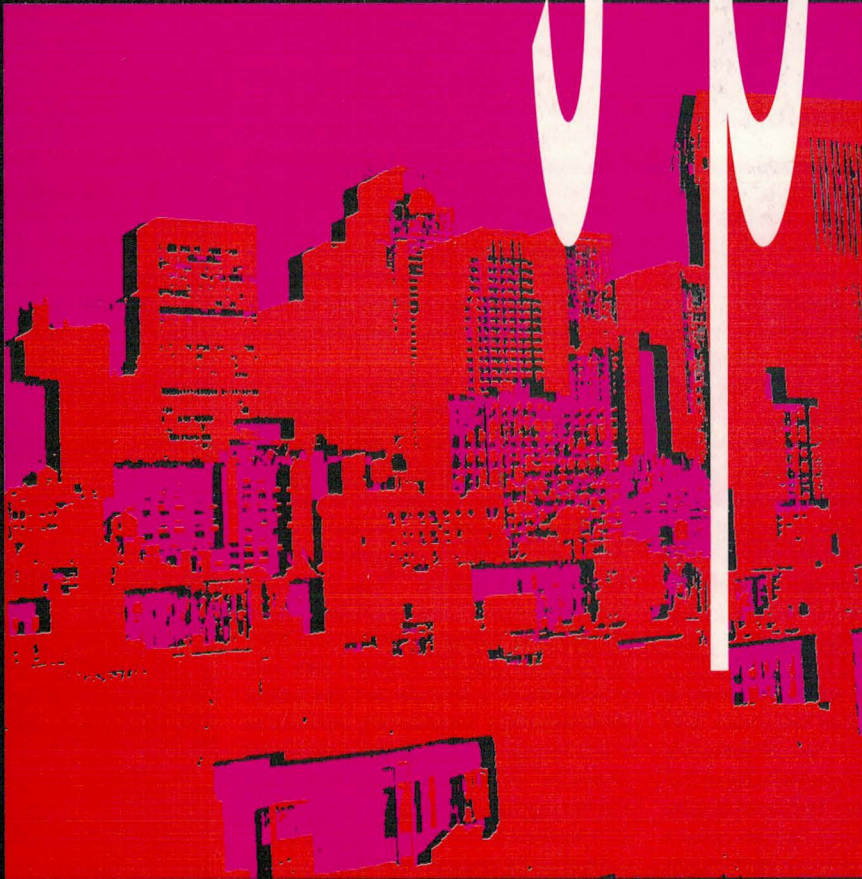


G 5361 F

**SUSI MÖBBECK/JOACHIM SCHUSTER:
BUNDESPARTEITAG**

**RICHARD ALBRECHT:
UNBEWÄLTIGTE MODERNITÄT**

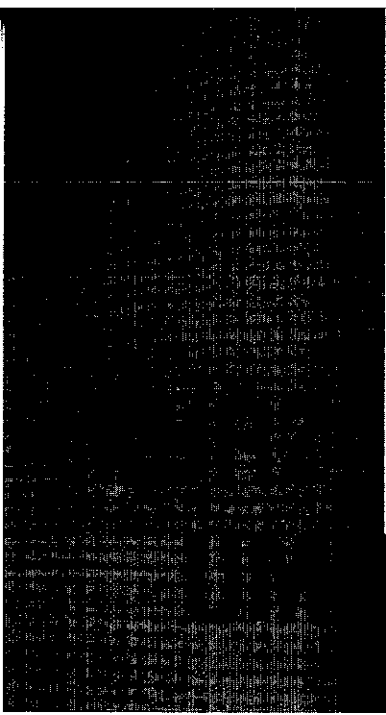
**PETER DOBBELSTEIN-OSTHOFF:
JUST COMMUNITY**



U R B A N I T Ä T

**ZEITSCHRIFT FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK & WIRTSCHAFT
AUSGABE 4/91 • HEFT 60 • JULI/AUGUST • DM 7,-**

ISSN 0170-4013



Bei aller Zufriedenheit über den sozialdemokratischen Wahlsieg (den Wiedereinzug der Grünen in die Bürgerschaft nicht zu vergessen) muß doch die Wahlbeteiligung von 66,1% zu denken geben. Zieht man noch die Stimmen für Splitterparteien ab, so repräsentieren die Bürgerschaftsfraktionen heute nur noch 63,3% der Wahlberechtigten.

Dieser seit Jahren anhaltende und sich eher noch verstärkende Trend wird zwar ab und an registriert, erschüttert ansonsten aber nicht die routinierte Inbrunst, mit der man den jeweiligen Wählerinnen und Wählern regelmäßig zu danken pflegt, selbst wenn es immer weniger werden. Mit anderen Worten: als politischer Vorgang fällt die ganze Angelegenheit unter den Tisch. Vielleicht sollten wir im Rahmen unserer Demokratiedebatte über folgenden Vorschlag nachdenken: In Zukunft entspricht die Gesamtheit der möglichen Abgeordneten der Gesamtheit der Wahlberechtigten. Die Stimmenanteile der Parteien werden dann als Anteile an der wahlberechtigten Bevölkerung ausgewiesen. Das Hamburger Wahlergebnis würde dann wie folgt aussehen:

SPD	31,7 %
CDU	23,2 %
GAL	4,8 %
FDP	3,6 %
Andere	2,8 %
Enthaltung	33,9 %

Dementsprechend sollte auch die Sitzverteilung erfolgen. Im vorliegenden Fall würde dies bedeuten, daß mehr als 30% der Plätze frei bleiben. Dies würde nicht nur den demokratischen Bürgerwillen deutlicher

dazu zwingen, ihre Ignoranz aufzugeben und sich stärker als bislang um die Veränderung ihrer Politikformen und um die Aktivierung der Wahlberechtigten zu bemühen.

Diesmal als Schwerpunkt: Das Thema „Urbanität“. Hierbei geht es nicht um die mittlerweile üblichen Zeitgeist-Beiträge. RICHARD ALBRECHT und HEINZ ALTENA zeigen auf, was jenseits der lifestyle-orientierten Urbanitätsdebatten noch im realen Leben passiert (und worum sich die großstädtisch etablierte Linke meist weniger kümmert als um den eigenen Lebensstil). ULI LÜNSTROTH macht einen Städtedurchgang durch die „drei Welten“ und entwickelt eine interessante Definition: Metropolen seien „die Summe der größtmöglichen Gegensätze einer Region bzw. eines Landes, die sich zudem ständig entladen“. Recht hat er - und aus diesem Grunde mußte man dafür sein, daß der Regierungssitz genau dorthin verlegt wird, wo diese Definition am ehesten zutrifft und wo die Regierenden am direktesten mit dem realen Leben konfrontiert sind: nämlich nach Berlin!

Soziale und zivile Konflikte werden sich hier und anderswo im Kampf in den und um die Metropolen entladen - und müssen als solche auch konzipiert werden. Was in allen Artikeln mehr oder weniger offen bleibt, ist die Frage nach Konzeptionen und Strategien für die Arbeit und das Leben und den Kampf in den Städten - und zwar vom Stadtteil bis zum urbanen Großraum. Ein Beispiel: die Weltausstellung EXPO 2000 in Hannover hat die dortige Linke ausgewählt. Rücken die einen die Chance einer großformatigen Inszenierung alternativer Gestaltungsansätze in den Vordergrund, sehen die anderen vor allem die weitere Zerstörung und Aufspaltung von sozialen Lebensräumen, die es zu verteidigen oder - „von unten“ - zu entwickeln gelte.

Ein Problem sei kurz herausgehoben: die Frage der „Inszenierung“ bzw. des In-Szene-Setzens von Politik, die sich gerade in den großstädtischen Räumen stellt. Mir scheint - egal wie man zur EXPO steht -, daß die Linke einen Begriff und eine Praxis von Inszenierung (wieder)gewinnen muß. Und dies meint auch eine Inszenierung ihrer eigenen Vorstellungen von Reformprojekten, von Umbauprogrammen, von Alternativentwürfen, welche darauf zielt, produktive Kräfte zu mobilisieren (die Phantasie gehört dabei an die allererste Stelle!). Entsprechend der Größe der vor uns liegenden Aufgaben und Vorhaben muß

Ben Stils handeln, die vor allem in den Metropolen (s. LÜNSTROTHs Definition) anzusiedeln sind. Damit wende ich mich erstens gegen diejenigen, die zwar gerne ihren Lebensstil und ihren „guten Geschmack“ inszenieren, aber in der „Kultur“ nicht mehr so gerne soziale Interessen und politische Vorhaben reflektiert sehen möchten; zweitens gegen diejenigen, die zwar gegen eine derartige Verbindung nichts einzuwenden haben, aber sie lieber in ihrem eigenen kleinen, aber feinen links-alternativen Milieu (im Zweifelsfall auf der Kleinkunstbühne) suchen und nicht in Großvorhaben oder gar in Massenveranstaltungen (brrrr!).

Überhaupt: die „Massen“ schätzen beide Strömungen nicht mehr so sehr, seitdem sie ihnen vor Jahren davon gelaufen sind... Individualisierung heißt aber nicht, daß die „Massen“ aus der Geschichte verschwinden. Wir erleben auch heute in vielen Formen - man denke an Rockkonzerte, Sportereignisse usw. - das Bedürfnis nach „massenhaften“ Ereignissen und es gehört zu den größten Fehlern von „modernen Linken“, diesem Bedürfnis eine abnehmende Bedeutung zuzumessen, nur weil weniger Leute zu Demos kommen und mehr Leute Squash spielen. In Zukunft werden wir auch in der politischen Öffentlichkeit eine Renaissance der „Massen“ erleben - und zwar zuallererst in den Metropolen. Kurzum: „Urbanität“ ist mehr als eine Ausprägung von Lebensweisen. Sie ist ein Kampfplatz.

Apropos „Massen“. Eine „Massenorganisation“ hat vor kurzem ihren hundertsten Geburtstag gefeiert: die IG Metall. Die erwähnten Linken haben mit diesem „Dinosaurier“ ja auch ihre Probleme. Und natürlich: Erneuerungsbedarf gibt es in den Gewerkschaften reichlich. Ich selbst habe an anderer Stelle viele „Erneuerungen“ gefordert und vielleicht auch forciert. Aber gegenüber den elenden „Strukturdebatten“ vieler frustrierter Linker, aus denen regelmäßig nichts herauskommt als weiterer Frust, und erst recht gegenüber der Schlaumeierei mancher „linker“ Zeitgeist-Feuilletonisten sollte an dieser Stelle auch einmal festgehalten werden: es gibt auch heute noch „bewährte“ Formen von Politik. Und daß die IG Metall noch immer der mit Abstand mächtigste linke Faktor in dieser Republik ist, geht auch auf das Konto bestimmter gewerkschaftlicher Grundprinzipien der Organisation und Interessenvertretung von „Massen“. In der heutigen Zeit ist dies mehr wert als alles andere.

IMPRESSUM

Herausgeber/Herausgeberinnen:
 Detlev Albers (Bremen);
 Heinz Albrecht (Berlin-West);
 Jürgen Egert (Berlin-West);
 Katrin Fuchs (Verl.);
 Josef Hindels (Wien);
 Klaus Peter Kisker (Berlin-West);
 Heinrich Lienker (Bielefeld);
 Susi Möbbeck (Bremen);
 Ursula Pausch-Gruber (Kairlindach);
 Kurt Wand (Hamburg);
 Klaus-Peter Wolf (Frankfurt/M.);
 Burkhard Zimmermann (Berlin-West)

Redaktion:
 Ingo Arend
 Oliver Brosch
 Florence Guesnet
 Uwe Kremer
 Mathias Machnig
 Birgit Zoerner

Redaktionssekretär:
 Ralf Schmitz

Redaktions- und Verlagsanschrift:
 Kieler Str. 13
 5000 Köln 80
 Telefon (0221) 623271
 Telefax (0221) 612815

Verlag:
 spw-Verlag/Redaktion GmbH
 Kieler Str. 13 • 5000 Köln 80
 Geschäftsführung:
 Andreas Bach
 Ulla Saß

Konto des Verlages:
 Postgiraamt Dortmund
 Kto. Nr. 324 434 68
 BLZ 440 100 46
 Abzahlungen ausschließlich
 auf dieses Konto

• Die spw erscheint in 6 Heften mit einem Gesamtumfang von 360 Seiten
 • Jahresabonnement DM 51,-
 ermäßigtes Jahresabonnement (für SchülerInnen, StudentInnen, Erwerbslose) DM 42,-
 • Auslandsabonnement DM 54,-

• Abbestellungen mit einer Frist von drei Monaten zum Jahresende.

Wir freuen uns über Manuskripte und Zuschriften. Manuskripte sollen in Maschinenschrift und mit einem ausreichenden Rand versehen sein. Wenn möglich, sollen Manuskripte auf Diskette mit einem Ausdruck geliefert werden (MS-DOS, 5 1/4 oder 3 1/2 Zoll, MS WORD oder reiner ASCII-Text).

ISSN 0170-4613

Copyright © spw-Verlag/Redaktion GmbH 1991.
 Alle Rechte, auch das der Übersetzung, vorbehalten.

Satz und Gestaltung:
 Birgit Gieson, Hemer

Druck:
 Nolte-Druck, Schwerte

Der ABO-Auflage liegt ein Werbeblatt des Argument-Verlages Rentzelstr. 1 2000 Hamburg 13 bei.

SOZIALDEMOKRATIE

Susi Möbbeck/Joachim Schuster: SPD-Parteitag: Allen wohl und keinem weh	Seite 4
Parteitag des SPD-Bezirks Hannover	8
Hamburger Bürgerschaftswahl	9
Ralf Krämer: SPD - alle Macht den Profis	10

GRÜNE PERSPEKTIVEN

Ludger Volmer: Chaos in Neumünster - Harmonie in Köln?	12
Perspektivpapier: Die Grünen mit Zukunft	14

KULT

Birgit Zoerner: "Nicht ohne meine Tochter"	18
Diether Dehm: Die Alten	22

URBANITÄT GLOBAL

Heinz Altena: Warum die Lebensstilfrage nicht nur eine Stilfrage ist	23
--	----

spw special

Richard Albrecht: Die unbewältigte Modernität	27
---	----

Uli Lünstroth: Urbanität global	35
Uwe Kremer: Das EXPO-Projekt	39
Klaus Störch: Armut, was ist das?	40

REZENSION

Thomas Rausch: Gesellschaftliche Zeitstrukturen und Entfremdung	41
--	----

DEBATTE

Frank Wilhelmy: Das Schweigen der Lämmer	44
Rüdiger Eckert: MEGA IN, MEGA OUT	48
Die D. H.	52

SUSI MÖBBECK/JOACHIM SCHUSTER (BREMEN)

SPD-PARTEITAG: ALLEN WOHL UND KEINEM WEH!

Die Erwartungen an den Bremer Parteitag der SPD waren groß. Regierungsfähigkeit und personelle Erneuerung sollten demonstriert, Antworten auf die neuen innen- und außenpolitischen Herausforderungen angesichts Deutscher Einheit und veränderter Weltlage gegeben werden.

„Deutschland in neuer Verfassung“

Innenpolitisch beherrschte die Suche nach ökonomischen, sozialen und ökologischen Perspektiven für die sechs neuen Bundesländer die Debatte. Verabschiedet wurde ein Leitantrag unter dem Titel „Deutschland in neuer Verfassung“, in dem ein nationaler Aufbauplan mit umfassendem Infrastrukturprogramm gefordert und Kriterien für eine neue Verfassung formuliert werden. Obgleich in der Debatte nicht mit harscher Kritik an der marktradikalen und unsozialen Politik der Bundesregierung gespart wurde, sind die Konturen eines alternativen wirtschafts- und sozialpolitischen Konzepts kaum erkennbar. Nicht umsonst kennzeichnete die FAZ den Antrag im Vorfeld des Parteitags als „provokierend marktkonform“. Der Beschluß liest sich wie ein schlechter Zusammenschchnitt des Regierungsprogramms: nach wie vor fehlt der SPD eine moderne industrie- und strukturpolitische Position ebenso wie konkrete Anforderungen an die Umstrukturierung der Treuhand. Vor allem aber werden die wirtschaftsdemokratischen Ansätze des Berliner Grundsatzprogramms nicht wieder aufgenommen, geschweige denn konkretisiert.

Blauhelmedebatte - haarscharf am Problem vorbei

Überragendes Thema des Parteitags war jedoch die „Blauhelm-Diskussion“. Schon die Bezeichnung macht deutlich, daß es der SPD nicht gelungen ist, eine Weiterentwicklung und Bündelung bisheriger außen- und friedenspolitischer Positionen zu einem schlüssigen Konzept angesichts veränderter Herausforderungen zu formulieren. Anstatt sozialdemokratische Eckpunkte einer neuen Weltfriedensordnung und der künftigen Rolle des größeren Deutschlands festzulegen, geht der „Kompromiß“ von Bremen - Grundgesetzänderung, um die Beteiligung der Bundeswehr an UNO-Friedensmissionen zu ermöglichen, bei gleichzeitiger Ablehnung von „Out-of-area-Einsätzen“ - haarscharf am Problem vorbei. Eine entsprechende GG-Änderung wird mit den Koalitionsparteien nicht zu machen sein und ob die SPD-Bundestagsfraktion dann hart bleibt, ist nach wie vor fraglich. Nichtsdestotrotz ist das Ergebnis zumindest ein kleiner Erfolg. Derjenigen, die im Vorfeld deutlich gemacht haben, daß die Zustimmung zur Beteiligung an Blauhelm-Aktionen zum Einfallstor für militärische Einsätze werden kann: die Formulierung des Beschlusses läßt dafür keinen Spielraum und macht der Fraktion ein „Umfallen“ erdenklich schwer. Daß dennoch - den Beschwörungen der Parteiführung zum Trotz - 179 Delegierte (zu 230) gegen jede Grundgesetzänderung stimmten, ist ein ermutigendes Zeichen. Obgleich mit dem europapolitischen Beschluß und den Vorschlägen für eine Reform der UNO grundlegende programmatische Vorstellungen von einer neuen Weltfriedensordnung, weltweiter sozialer und ökologischer Entwicklung sowie der Rolle der UNO und

Europas darin vorliegen, sind konkrete Schritte auf dem Weg dahin kaum benannt. In allen entscheidenden westlichen Ländern sind diejenigen Kräfte dominant, die Kriege weiterhin als legitimes Mittel der Politik ansehen, und die USA werden vermutlich auch weiterhin versuchen, ihre Stellung als westliche Hegemonialmacht mit aggressiver und militaristischer Politik zu erhalten. Welche Vorstellungen die Sozialdemokratie hat, um dieser Politik auch machtpolitisch etwas entgegenzusetzen, bleibt nach dem Bremer Parteitag unklar. Ein im Vorfeld des Parteitags aufgekommener Vorschlag, dazu einen außen- und friedenspolitischen Sonderparteitag durch-

zu führen, wurde leider nicht beschlossen.

Auftakt zur Organisationsdebatte

„42 Thesen“ der Kommission Organisationspolitik und Politische Bildung lagen den Delegierten als Grundlage für eine umfassende Organisations-Debatte vor, die auf dem Parteitag 1993 zum Abschluß gebracht werden soll. Darin enthalten sind Vorschläge zur Öffnung der Partei, zur Straffung des hauptamtlichen Apparats und zur Intensivierung der politischen Qualifizierung. Mit den Thesen

wird versucht, erste Antworten auf die nach der verlorenen Bundestagswahl erhobene Forderung nach einer Modernisierung der Parteistrukturen zu geben. Es wird konstatiert, daß Politikstil und Organisationsstruktur der SPD gewachsenen Anforderungen aufgrund soziokultureller Veränderungen, gesteigener Partizipationsbedürfnisse und Forderungen nach

nung von Politpromis und VorstandskandidatInnen. Allerdings: einen schönen Erfolg konnten die Arbeitsgemeinschaften verbuchen.

Eine klare Mehrheit des Parteitags entschied sich gegen den Willen der Parteiführung dafür, den Arbeitsgemeinschaften künftig auf allen Gliederungsebenen das Antragsrecht zu Parteitag einzuräumen. Die Debatte zur Jugendpolitik hingegen fiel der Parteitagsregie zum Opfer und wurde zugunsten der Frage des Regierungssitzes fallengelassen.

Ein neuer Hoffnungsträger?

Der Bremer Parteitag sollte die personelle Verjüngung fortsetzen und damit die Führungscrew für die 90er Jahre komplettieren. Björn Engholm, nach der verlorenen Bundestagswahl als zweite Wahl auf den Thron gehoben, avancierte bis zum Parteitag mit hohen Popularitätswerten in der Bevölkerung zum neuen Hoffnungsträger: sachlich und sozial engagiert, offen und traditionsbewußt, dem Leben zuge-

**DER MIT DEM
BERLINER
PROGRAMM
ERREICHTE STAND
DER PROGRAM-
MATISCHEN
ERNEUERUNG
DROHT
VERSCHÜTTET
ZU WERDEN.**

wandt und zuverlässig - allen wohl und keinem wehe. Bewußt hob sich Engholm in seiner Parteitagsrede von Lafontaine ab: Zusammengehörigkeit beschwörend, wenig pointiert und ohne scharfe Töne gegen die Bundesregierung. Die Rede insgesamt war aber auch wenig tiefeschürfend, kaum dem Image des nachdenklichen Pfeifenrauchers gerecht werdend. Engholm stellte sich explizit in die Tradition Willy Brandts und auch Helmut Schmidts. Inhaltlich fiel die Rede in vielen Passagen deutlich hinter das Berliner Grundsatzprogramm zurück, dessen Grundphilosophie darin kaum zu finden ist. Aber auch konkrete reformpolitische Eckpunkte waren nur dünn eingestreut. Viel Beifall erhielt er dort,

wo er die solidarisch streitende „offene Partei“ skizzierte.

Daß Engholm einen neuen Stil in der Arbeit der Parteiführung installieren will, ist klar. Ob damit aber eine Demokratisierung einhergehen wird, ist eher zweifelhaft. Dies umso mehr als davon ausgegangen werden kann, daß er die Rolle der Ministerpräsidenten und die des Präsidiums aufwerten will. Das extrem gute Wahlergebnis für Engholm ist wohl Ausdruck der Sehnsucht der Partei, er möge die Regierungsfähigkeit in seiner Person verkörpern und die SPD möglichst schnell an die bundespolitische Macht zurückführen. Viele sehen in ihm schon jetzt den Kanzlerkandidaten für die nächste Wahl.

2/3 Mehrheit für den Frankfurter Kreis?

Im Parteivorstand ist der Generationswechsel fortgesetzt worden, nachdem eine Reihe von „Altgedienten“ auf eine erneute Kandidatur verzichteten. Damit ist vor allem der Anteil Derjenigen gesunken, die noch in der sozialliberalen Ära mitgemischt haben, während diejenigen, die durch ihre JUSO-Zeit in den 70ern und die Erfahrung der neuen sozialen Bewegungen geprägt worden sind, gewachsen ist. Übrigens: Der Frankfurter Kreis dürfte nun fast eine 2/3-Mehrheit im Parteivorstand haben. Ob das künftig auffallen wird? Erfreulich sind die guten Wahlergebnisse für exponierte VertreterInnen der Linken, insbesondere für Katrin Fuchs, Heidi Wiczorek-Zeul und Peter von Oertzen und die Neuwahl von Sigrid Skarpelis-Sperk, die linke wirtschaftspolitische Kompetenz in den Vorstand mitbringt. Positiv auch die Wiederwahl von Peter Glotz, der das intellektuelle Niveau des Parteivorstands sicher deutlich heben wird.

Fazit

Der Bremer Parteitag hat insgesamt die programmatischen Perspektiven der Sozialdemokratie nach den großen internationalen und nationalen Veränderungen allenfalls angedeutet. Bezogen auf die konkreten Perspektiven sozialdemokratischer Politik in den kommenden Jahren sind Klärungen ausgeblieben.

Zwar sind die Felder, auf denen sich künftige Konflikte entwickeln, erkennbar. Wie sich aber die innerparteiliche Landschaft konturiert, wird eher unübersichtlicher. Dies umso mehr seit aus den Reihen der nordrhein-westfälischen SPD der Versuch gemacht wird, einen Brückenschlag zwischen traditionellen und modernen WählerInnen-schichten unter dem Stichwort „Modernisierung mit Bodenhaftung“ herzustellen. Der mit dem Berliner Programm erreichte Stand der programmatischen Erneuerung droht dabei jedoch verschüttet zu werden. Parallel dazu entwickelt sich eine reine „Yuppie“-Clique beispielhaft in Frankfurt, die die soziale Frage von der Tagesordnung der Partei zu wischen bemüht ist, während ein Teil der „Enkel“ wie Lafontaine gerade auf die populistische Besetzung dieses Feldes setzt. Die eher sozialistisch orientierte Parteilinke bleibt in sicherer Deckung und ist zur Zeit nur vereinzelt aufzuspüren.

In dieser „neuen Unübersichtlichkeit“, in der gegenwärtig kein innerparteilich hegemonialer Block auszumachen ist, ist die Chance des Parteivorsitzenden, seine Politik durchzusetzen, so schlecht nicht. Und die scheint, dem Rau'schen Motto „versöhnen statt spalten“ folgend, eng an der NRW-Position zu liegen. Unterstützung wird er dafür aus der Bundestagsfraktion und aus den neuen Bundesländern erhalten.

Insofern ist davon auszugehen, daß Engholm ebenso wie Vogel darauf setzt, die gewachsene Stärke der SPD durch ihre Mehrheit in den Bundesländern umzusetzen in ein faktisches Mitregieren aus der Opposition heraus. Diese Politik resultiert aus der Vorstellung, die SPD müsse sich gerade jetzt besonders der „nationalen Verantwortung“ stellen und so ihre Regierungsfähigkeit unter Beweis stellen. Doch gerade darin liegt die fatale Fehleinschätzung: Denn solange die SPD keine ernsthafte Oppositionspolitik betreibt und insbesondere in der Wirtschaftspolitik keine reale Alternative formuliert, trägt sie eher zur erneuten Stabilisierung der angeschlagenen Bundesregierung bei, als daß ein baldiger Regierungswechsel gelingt. Im übrigen wird die Politik einer faktischen großen Koalition aber auch dazu beitragen, daß die ohnehin zunehmende Distanz der Bevölkerung zur Politik sich weiter verstärkt. Und: für die Identität und das Selbstverständnis der Sozialdemokratie wird eine solche Politik auf die Dauer existenzgefährdend.

Ein Strategiewechsel ist also dringend notwendig. Der Bremer Parteitag hat in dieser Richtung noch keine Signale gesetzt. Die Kraft dazu kann aber nur aus einem erneuten Brückenschlag zwischen Teilen der Enkel und der Parteilinken entwickelt werden. Ob Oskar Lafontaine sich zum Wortführer einer solchen Verbindung macht, wird dabei nicht unwichtig sein. Die Parteilinke muß daher aus der Deckung kommen und sich als eigenständige Kraft insbesondere im Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik profilieren.

spw

FIETE SASS

REPRESSION STATT PROFESSIONELLER TARIFPOLITIK?

Die ÖTV ist in den Schlagzeilen. Leider nicht mit erfolgreicher Gewerkschaftspolitik, sondern mit einer internen Repressionsmaßnahme. Michael Wendl, ÖTV-Sekretär in München, wurde fristlos gekündigt. Begründung: In einem Artikel für die „Kölner politischen Informationen“ hatte Wendl sich kritisch mit dem jüngsten Tarifabschluß im öffentlichen Dienst auseinandergesetzt. „Juristisch interessant“ findet die FR, daß der Hauptvorstand der ÖTV sich unter Berufung auf den Tendenzschutz über die Satzung der ÖTV hinwegsetzt, die dem Betriebsrat in personellen Angelegenheiten uneingeschränkte Mitbestimmung einräumt. Und der Betriebsrat, dem Wendl selbst als stellvertretender Vorsitzender angehört, hat der Kündigung nicht zugestimmt. Politisch hat der ÖTV-Hauptvorstand, durch die Zurschaustellung der eigenen Betonköpfe, der Gewerkschaft schweren Schaden zugefügt. Unversehens tritt hier ein überwinden gehofftes, vordemokratisches Organisationsverständnis an die Öffentlichkeit. Wer Kündigung für ein legitimes Mittel im Umgang mit innergewerkschaftlichen Kritikern hält, hat in Sachen Demokratie das Wichtigste noch nicht verstanden. Das Vorgehen des Hauptvorstands spricht aber auch der eigenen Satzung wie zahllosen Gewerkschaftsbeschlüssen zum Tendenzschutz Hohn. Die kirchlichen Arbeitgeber werden das interessiert notieren. Wie aber mögen engagierte ÖTV-Mitglieder in kirchlichen Betrieben das empfinden?

An empfindlicher Stelle getroffen

Wer so bedenkenlos um sich schlägt, ist an empfindlicher Stelle getroffen. Durch welche Kritikpunkte hat sich der ÖTV-Hauptvorstand zu seinem Vorgehen hinreißen lassen?

Mit 6% Lohn- und Gehaltserhöhung hat der öffentliche Dienst zwar deutlich höher abgeschlossen als in den drei Vorjahren, bleibt aber wiederum hinter durchweg allen anderen Bereichen zu-

rück, die mit 6,7% oder mehr abgeschlossen haben. Für Reallohnsteigerungen bleibt bei Steuererhöhungen, Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge und anziehender Inflation wieder nichts übrig. Also gewiß kein Traumabschluß.

Für etwa die Hälfte der im öffentlichen Dienst beschäftigten ArbeiterInnen und Angestellten relativiert sich das Bild freilich durch Verbesserungen der Eingruppierung, die - je nachdem - geringe bis deutliche Einkommensverbesserungen mit sich brachten. Allerdings zu Beginn der Tarifverhandlungen noch nicht verbindlich fixiert, zu welchem Zeitpunkt diese Verbesserungen in Kraft treten werden. Durch dieses Ungeschick war die ÖTV-Führung, die schon vor schnell Erfolgsmeldungen herausgegeben hatte, erpreßbar.

So konnten die Arbeitgeber der ÖTV in einem verhandlungstaktischen Heimspiel für müde 6% Lohn- und Gehaltserhöhung auch noch qualitative Zugeständnisse abringen, die es in sich haben:

- Für alle Angestellten die Verpflichtung zu Bereitschaftsdiensten und Rufbereitschaft außerhalb der regelmäßigen Arbeitszeit,
- für die ArbeiterInnen die Verpflichtung zur Rufbereitschaft außerhalb der regelmäßigen Arbeitszeit, und schließlich
- bietet die Neufassung des § 15 Abs. 7 BAT, der Zahlungen bzw. Freizeitausgleich für anfallende Wegezeiten regelt, den Arbeitgebern die Chance, durch ordentliche Kündigung sich der Zahlungsverpflichtungen von je zwischen 100,- und 250,- DM pro Monat an die betreffenden KollegInnen - meist KrankenpflegerInnen - zu entledigen.

Mehrarbeit statt Arbeitszeitverkürzung

Da können sich die öffentlichen Arbeitgeber gratulieren: Während anderenorts der Trend zu Arbeitszeitverkürzung und

Solidarität mit Michael Wendl!

Der Hauptvorstand der ÖTV hat den Münchener ÖTV-Sekretär Michael Wendl fristlos entlassen. Begründung: Dessen Kritik an dem jüngsten Tarifabschluß für den öffentlichen Dienst. Wir verurteilen dies. Akt: zentralistischer Willkür und fordern den Hauptvorstand der ÖTV auf: Nehmt die Entlassung sofort zurück und setzt Euch mit der ÖTV-internen Kritik am Tarifabschluß gefälligst inhaltlich auseinander! Unsere LeserInnen und Leser fordern wir auf: Schreibt Eure Meinung zu den Ereignissen in persönlichen Stellungnahmen und Resolutionen aus Partei und Gewerkschaft an den Hauptvorstand der ÖTV.

Gewerkschaft ÖTV
Hauptvorstand
Olgastr. 63
7000 Stuttgart

Die Redaktion

Zeitsouveränität geht, heißt es im öffentlichen Dienst Mehrarbeit und Flexibilisierung nach Maßgabe der Arbeitgeber. Und das trotz beträchtlicher Kampfbereitschaft der ÖTV-Mitgliedschaft. Auch die bei den öffentlichen Arbeitgebern herangereifte Einsicht, daß ein weiteres Zurückbleiben der Einkommen zu schmerzhaften Wettbewerbsnachteilen des öffentlichen Dienstes in wichtigen Teilarbeitsmärkten geführt hat, konnte die ÖTV sich kaum zunutze machen.

Was hat die ÖTV-Verhandlungsführung zu soviel Zugeständnissen bewogen? Und das trotz frühzeitiger Warnstreiks. War das „nur“ schlechte Taktik? Auffällig auch die selten gelassene Reaktion der Arbeitgeber auf die Warnstreiks. Da kann man schon nachdenklich werden.

Wie professionell wird die ÖTV eigentlich geleitet?

Wen wundert da noch, wenn intern Kritik laut wird? Dem Hauptvorstand scheint die Sache auch peinlich zu sein. Warum sonst legt er sich so ins Zeug, die Kritik zum Schweigen zu bringen? Doch durch das undemokratische Vorgehen gegen Michael Wendl ist die Frage erst richtig ruckbar geworden: Wie professionell wird die ÖTV eigentlich geleitet?

spw

PARTEITAG
DES SPD-BEZIRKS HANNOVER
VOM 8. BIS 9. JUNI 1991
IN DUDERSTADT

KRÄCHZEN IM GEBÄLK

Wer sein Antragspaket gelesen hatte, durfte sich vom diesjährigen Parteitag des SPD-Bezirks Hannover keine spannenden Debatten erwarten. Ein Jahr nach der spektakulären Ablösung der Albrecht-Regierung durch Rot-Grün hatte sich die SPD-Basis programmatische Schmal Kost verordnet; möglicherweise auch ein Indiz dafür, daß sich die von Gerhard Schröder geführte Landesregierung bislang achtbar geschlagen hat und sich das innerparteiliche Augenmerk mehr auf die Umsetzung der rot-grünen Koalitionsvereinbarung konzentriert. Zudem waren auch bei den Personalentscheidungen keine Überraschungen zu vermuten, da Gerhard Schröder sich nach längerem Zögern zu einer erneuten Kandidatur für den Bezirksvorsitz bereiterklärt hatte. Schließlich galt es bereits weit im Vorfeld des Parteitages als ausgemacht, daß der stadthannoversche SPD-Chef Wolfgang Jüttner als „geschäftsführender“ Stellvertreter in die Vorstandsspitze des Bezirks aufrücken sollte, um den Ministerpräsidenten bei der Führung des Bezirks zu entlasten.

Ganz ohne Spannung lief der Parteitag dann doch nicht ab. Dafür hatte vor allem der SPD-Unterbezirk Hannover/Stadt gesorgt, der wenige Wochen zuvor die Durchführung einer Volksbefragung zur EXPO 2000 in seinem Kommunalwahlprogramm festgeschrieben hatte. Die Weltausstellung zur Jahrtausendwende (Motto: „Mensch - Natur - Technik“) bestimmt bereits seit Monaten das politische Tagesgespräch im Raum Hannover, da ein Projekt dieser Größenordnung (30 bis 50 Millionen Besucher in fünf Monaten, Kosten von mindestens 10 Mrd.

DM) für die niedersächsische Landeshauptstadt nicht nur die Realisierung langersehnter Infrastrukturmaßnahmen ermöglicht, sondern auch mit erheblichen sozialen und ökologischen Risiken verbunden ist. Da die rot-grüne Landesregierung in Niedersachsen zu jeder Gelegenheit für die Erweiterung der politischen Demokratie durch plebiszitäre Elemente eintritt, eine Befragung aller HannoveranerInnen aber für „groben Unfug“ hält, machte sich auf dem SPD-Parteitag dicke Luft breit.

Während die stadthannoverschen GenossInnen die Auffassung vertraten, daß ein EXPO-Konzept, das das Thema „Mensch - Natur - Technik“ ernst nimmt und zugleich die soziale Flankierung sicherstellt, auch eine Mehrheit in der örtlichen Bevölkerung findet, machte die Landesregierung aus ihrer Befürchtung keinen Hehl, daß die EXPO über „Zufallsmehrheiten“ kippen könne und ohnedies die Finanzierungsverhandlungen mit dem Bund weiter verkompliziert werden könnten. In der Tat macht die in Aussicht gestellte Volksbefragung die anstehenden EXPO-Verhandlungen nicht einfacher. Für die Legitimität des EXPO-Großprojektes und die politische Kontrollierbarkeit der Planungsprozesse ist eine Befragung aller Hannoveraner und Hannoveranerinnen aber unumgänglich. Schließlich ist sie auch für alle diejenigen eine politische Rückversicherung, die sich in der Vergangenheit auf eine kritisch-konstruktive Herangehensweise an eine „EXPO neuen Typs“ verständigt und daher ihre Zustimmung u.a. an die Einhaltung wohnungs- und umweltpolitischer Auflagen geknüpft haben. Eine Entscheidung wurde auf dem SPD-Bezirksparteitag über die Volksbefragung zur EXPO allerdings nicht getroffen. Sie war auch nicht erforderlich, weil die Durchführung der Befragung allein in den Zuständigkeitsbereich der Stadt Hannover fällt, in der die örtliche SPD auch nach der Kommunalwahl am 6. Oktober die Mehrheit der Ratssitze stellen wird. Der Konflikt zwischen Basisgliederung und

Landesregierung dürfte in dieser Frage daher auch in den nächsten Monaten weiterschweben.

Von den Personalentscheidungen des Duderstedter Bezirksparteitages wäre eigentlich kaum etwas zu berichten gewesen, wenn nicht gerade mit Peter Struck (parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion) und Reinhard Scheibe (Leiter der niedersächsischen Staatskanzlei) zwei Kandidaten des Ministerpräsidenten Schröder bei den Bezirksvorstandswahlen mit Pauken und Trompeten durchgefallen wären. Für Schröder war dieser Vorgang Anlaß genug, sein Amt als Bezirksvorsitzender vorübergehend zur Disposition zu stellen. In einer eilig einberufenen Bezirksvorstandssitzung hatte Schröder noch während des Parteitages seinen VorstandskollegInnen den Rücktritt von seinem Vorsitzendenposten angedroht, falls nicht der Bezirksparteitag umgehend eine Statutenänderung beschließen. Mit einer neuen Statutenregelung wollte Gerhard Schröder für seinen Kandidaten Scheibe wenigstens den Weg für eine Mitgliedschaft im Parteirat der Bundes-SPD freimachen. Nach längeren Gesprächen hatte der Ministerpräsident allerdings seine gewohnte Souveränität zurückgewonnen und der Parteitag konnte ohne Statutenänderung seinen weiteren Lauf nehmen.

Ob sich allerdings der SPD-Bezirk Hannover in Zukunft erlauben kann, auf eine landespolitische Debatte und Antragsberatung zu verzichten, ist mehr als fraglich. Die „goldenen Zeiten“ der ersten zwölf rot-grünen Regierungsmonate sind vorbei. Angesichts der massiven Auswirkungen der Kosten der Deutschen Einheit auf die Landeskasse und der fiskalischen Folgen einer sich abschwächenden Konjunktur werden die Verteilungsspielräume auch in Niedersachsen merklich enger. Um eine Debatte über die künftigen landespolitischen Prioritätensetzungen wird sich der SPD-Bezirk Hannover auf absehbare Zeit daher nicht herumdrücken können.

Arno Brandt, Hannover

ZUM AUSGANG DER HAMBURGER
BÜRGERSCHAFTSWAHL

„BUSINESS AS USUAL“

... danach sieht es bei oberflächlicher Betrachtung aus: der Abwärtstrend der CDU hat sich fortgesetzt, die SPD ist in einer ihrer Hochburgen im Aufwärtstrend und nach dem Ausschlafen des Rausches vom Wahlabend sind alle Beteiligten munter dabei, wie eh und je die Posten zu verteilen.

Diese Wahl war keine gewöhnliche. Zunächst deshalb nicht, weil sie von einem Drittel der Wahlbevölkerung überhaupt nicht als eine solche begriffen wurde. 33,9% oder 430.000 HamburgerInnen gaben ihre Stimme nicht ab. Zum zweiten zeigen sich an der Vielzahl der Kandidaturen und ihrer generations- oder stadtteil-spezifischen Teilerfolge Risse in der freundlichen Fassade des traditionellen Parteiensystems. In dicht besiedelten Wohnquartieren der inneren Stadt mit niedrigem Sozialprestige kamen die AL (eine Linksabspaltung der GAL-Grünen) auf über 3% und die PDS auf über 2%. Stimmbezirke in städtischen Randlagen mit vorwiegend sozial deklassierten BewohnerInnen wiesen Stimmenanteile von weit über 5% für Republikaner und Hamburger Liste Ausländerstopp auf. Bemerkenswert ist auch der Stimmenanteil von 4,3% unter den ErstwählerInnen für das rechtsradikale Spektrum. Last but not least erhielten die Grauen stadtweit, ohne regionale Schwerpunkte 0,9% der Stimmen.

Die im Parlament vertretenen Parteien haben alle, die absoluten Stimmenzahlen zugrunde gelegt, verloren: SPD 50.000, CDU 100.000, FDP 20.000 und GAL 10.000 Stimmen. Wahlarithmetik mit Gewinn- und Verlustrechnung erübrigt sich bei solchen Einbußen.

Schon an dieser Kurzauswertung wird deutlich, daß in Hamburg niemand so

recht an eine Veränderung glauben wollte: Die CDU nicht, die mit ihrem ewigen Verlierer Hartmut Perschau einen Saubermann-Wahlkampf in Sachen Hafensstraße und Drogen präsentierte; das rechtsradikale Spektrum nicht, das sich nicht auf eine Formation verständigen konnte und den Einsatz finanzieller Wahlkampfspritzen diesmal scheute; die auf den Realokurs eingeschwenkten GRÜNEN nicht, die nur eines wollten, nämlich „Wieder in die Bürgerschaft“; die außerparlamentarische Linke nicht, die sich den Luxus von gleich drei Kandidaturen leistete (neben der Alternativen Liste kandidierten PDS und DKP); und auch die FDP nicht, die alles auf die Fortsetzung der sozial-liberalen Koalition setzte.

Daß die Erwartungen der FDP als einzige enttäuscht wurden, lag vor allem am Wahlkampf ihres Koalitionspartners. Der SPD gelang es noch relativ am besten, ihr Wählerstimmen-Potential zur Stimmabgabe zu bewegen. Das SPD-Wahlkampfkonzept war mit neuen Symbolen und anderen Veranstaltungsformen - Kultur wurde endlich einmal großgeschrieben - darauf abgestellt, das Gebrauchswertversprechen einer modernen Großstadtpartei zu erhöhen. Der durch den City-Boom Hamburgs wachsende finanzielle Spielraum (im vergangenen und im laufenden Haushaltsjahr werden rund 1,4 Milliarden Mehreinnahmen zu Buche schlagen) tat ein übriges zur materiellen Unterfütterung der Wahlaussagen. Widersprüche zwischen dem auf Modernität bedachten Erscheinungsbild und der sozialdemokratisch geführten Realpolitik fallen der Partei nur selten auf. So setzte sie kurz vor Ende der Legislaturperiode gegen den Widerstand auch konservativer Juristenvereinigungen ein Polizeigesetz durch, das jeder christdemokratischen Landesregierung zur Ehre gereichen würde. Übertroffen wurde dieses Gesetz nur noch von der Forderung des sozialdemokratischen Innensenators Hackmann nach der gesetzlichen Verankerung des Todesschusses. Die Räumung eines besetzten Hauses 16 Stunden nach Schließung der Wahllokale kam als

Wahlkampf-Aktion für diese HamburgerInnen- und Rechtspolitik nur knapp zu spät. Schwierigkeiten, den LehrerInnen-, Kindergartenplatz- und Wohnraumbedarf rechtzeitig richtig einzuschätzen, tun ein übriges, um ein gerüttelt Maß an Unzufriedenheit beim sozialdemokratischen WählerInnenklientel aufrecht zu erhalten. Da können ein paar gut gemeinte, jedoch wenig durchgreifende Initiativen zur autofreien Innenstadt oder zur Legalisierung harter Drogen direkt hoffnungsfroh stimmen. Wie lange der nicht zuletzt aus den ungelösten Problemen der Stadt resultierende BürgerInnen-Protest noch in Wahlenthaltung neutralisiert wird, ist nicht nur Sache der hamburgischen Sozialdemokratie. Eine Sozialdemokratie, die es mit BürgerInnen-Beteiligung ernst meint, wird um dieses Problem nicht mehr herumkommen.

Daß in der Initiativkultur auch ohne bislang bekannte Radikalitätsüberschüsse immer noch gesellschaftliches Veränderungspotential schlummert, müßte die SPD auch in Hamburg endlich zur Kenntnis nehmen. Eine Öffnung in diese Richtung im Rahmen der Modernisierung der Partei setzt jedoch die Erkenntnis voraus, daß Erneuerung mehr umfaßt als die Anpassung des Managements an die jeweils letzte Etappe des gesellschaftlichen Wertewandels. Ob die Übermütigkeit der Macht angesichts der sozialen und ökologischen Probleme in der boomenden Metropole Hamburg einer neuen Nachdenklichkeit und wenigstens Schritten in eine andere Moderne weichen kann, darf bei der verharschten innerparteilichen Situation getrost bezweifelt werden.

Bertram Sauer, Hamburg

Ralf Krämer

SPD - alle Macht den Porfis

Peter Grafe, Tradition und Konfusion - SPD, Eichborn Verlag, Frankfurt am Main 1991

Dieser Untertitel des Buchs des ehemaligen TAZ-Redakteurs Peter Grafe zu „Tradition und Konfusion der SPD“ ist durchaus programmatisch zu verstehen. Es muß schärfer kritisiert werden, als das Peter Glotz in der Juni-Ausgabe des „Vorwärts“ tat. Das Buch erhebt nicht den Anspruch einer ernsthaften politikwissenschaftlichen Arbeit, sondern dient der eher feuilletonistischen Darstellung einiger plakativer Thesen. Dennoch ist die Oberflächlichkeit und Eindimensionalität ärgerlich. Die Perspektive ist die einer SPD, die aus meiner Sicht keine (innerparteilich) demokratische und schon gar keine sozialdemokratische Partei mehr wäre.

Grafe spielte als sogenannter „mitdenkender Protokollant“ eine wesentliche Rolle bei der Formulierung des in SPW 1/91 ausführlich kritisierten „SPD-Modernisierungspapiers“ einiger führender GenossInnen der NRW-SPD. Beim Lesen des Buchs fragte ich mich gelegentlich, ob das Buch stärker Ausdruck der Diskussionen in dieser Arbeitsgruppe und insbesondere der Einflüsterungen Bodo Hombachs ist oder ob umgekehrt weite Passagen des Buchmanuskripts die Vorlage für die Formulierungen des Modernisierungspapiers waren.

Ralf Krämer, Juso-Landesvorsitzender NRW

Die Übereinstimmungen sind jedenfalls frappierend, teils sogar wörtlich, nur daß hier klar und in der Konsequenz ausgesprochen wird, was im „NRW-Papier“ nur implizit enthalten ist:

- Der Widerspruch zwischen Programmatik und Realpolitik der SPD soll überwunden werden durch den Abschied von der mit dem Begriff des demokratischen Sozialismus verbundenen Perspektive einer über den Kapitalismus hinausgehenden Gesellschaftsordnung (S. 26f.).
- „Relikte einer Arbeiterpartei“ wie sozialpolitische Umverteilungsvorstellungen sollen links liegen gelassen und die Einschränkung sozialdemokratischer Handlungsfähigkeit durch Rücksichtnahme auf gewerkschaftliche Forderungen und „Tabus“ wie Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich und Wochenendarbeit (S. 31ff.) überwunden werden. Statt der Rolle des „Betriebsrats“ oder „Sozialarbeiters“ solle die SPD die Rolle des „Betriebsleiters“ dieser Gesellschaft anstreben (S. 29).
- Statt am „symbolischen innerparteilichen Konsens“, den „integrativen Lügen“ eines Parteitags, sollten sich die KandidatInnen und Regierungen der SPD am „Mainstream der Gesellschaft“ orientieren (S. 85).

Die SPD, die Grafe empfiehlt, will bewußt nicht mehr als „die bessere CDU“ sein (S. 28). Das gilt auch für ihre Methoden und Strukturen. Entscheidende Aufgabe der Partei soll „zeitgemäße Kommunikation“ in Wahlkämpfen sein (Maßstab ist der 40-Sekunden TV-Spot), um die eigenen KandidatInnen als „besser“ zu verkaufen. Gefragt sind dazu „Kommunikatoren“, Manager und Experten anstatt (nicht etwa mit) sozialdemokratischer Gesinnung. Schließlich ist für Grafe der wesentliche Zweck von Parteien, die Elitenkonkurrenz um öffentliche Führungspositionen zu organisieren (S. 103). Demokratische innerparteiliche Wil-

lensbildung durch die Mitglieder kann dabei nur stören, schließlich mischen sich in anderen „Firmen“ ja auch nicht Zig- oder Hunderttausende in die Gestaltung des Produkts oder die Marketingstrategie ein.

Grafe untermalt seine Thesen mit vielen Feststellungen und Beobachtungen, die zutreffend sind und reale Probleme der SPD widerspiegeln:

- innerparteilicher Autoritarismus, Anpassungsdruck und Geschlossenheitswahn, mangelnde inhaltliche Streitkultur;
- unzureichende Zuspitzung politischer Botschaften und oftmals schwache und defensive Darstellung von SozialdemokratInnen in der öffentlichen Auseinandersetzung;
- unzureichende Gewichtung der sogenannten „neuen Fragen“ in der Politik der Partei;
- verknöcherte und unzeitgemäße Strukturen in der SPD, unzureichende Berücksichtigung der Individualisierung und der gewachsenen sozialen und innerparteilichen Vielfalt;
- Filz, Dominanz öffentlicher Angestellter, Ämterpatronage und darauf beruhende „Betonfraktionen“ insbesondere in sozialdemokratisch regierten Großstädten;
- Verselbständigung und Abschottung von FunktionärInnen;
- unprofessionelle Organisation und Arbeit des hauptamtlichen Apparats und auf „Versorgung verdienter GenossInnen“ statt Qualifikationen ausgerichtete Personalpolitik der Partei, insbesondere im Ollenhauerhaus.

Das meiste davon ist nicht neu und den LeserInnen dieser Zeitschrift oftmals aus eigener leidvoller Erfahrung nur zu gut bekannt. Doch die Interpretation und Konsequenzen aus dieser Darstellung laufen den etwa von Jusos vorgebrachten Forderungen nach Öffnung der Arbeitszusammenhänge der SPD und einer wirklichen demokratischen Parteireform (vgl. SPW 2/90) sowie einer politischen Profilierung in offen-

siver Auseinandersetzung mit rechter Politik in weiten Teilen diametral entgegen.

Politik reduziert sich im wesentlichen auf über Werbung ausgetragene Konkurrenz verschiedener Personalangebote, die jeweils „besser“ das „Gemeinwohl“ verwalten wollen. Als ginge es nicht gerade darum, wer und wie in der Lage ist, dieses „Gemeinwohl“ in konkreten Konflikten zu definieren. Politik als Feld, auf dem gegensätzliche - und bei weitem nicht mit gleichen Möglichkeiten ausgestattete - soziale Interessen und politische Zwecke sich auseinandersetzen, findet nicht statt.

Die Deformation politischer Entscheidungen durch demokratisch nicht legitimierte Kapitalmacht wird zwar am Beispiel der Bebauung des Potsdamer Platzes in Berlin durch Daimler Benz sogar erwähnt, spielt aber analytisch

ansonsten keinerlei Rolle und wird nicht als Problem formuliert. Sozialdemokratische Politik als ein auf demokratische Gegenmacht (Gewerkschaften, fortschrittliche Bewegungen, Öffentlichkeit und Kultur) gestütztes Projekt gesellschaftlicher Veränderung liegt außerhalb des Horizont.

Die Haltung gegenüber realen gesellschaftspolitischen Problemen und Entwicklungen kann nur als ignorant bezeichnet werden, wenn die CDU-Politik als quasi sozialdemokratisch, der Sozialabbau seit 1982 als „sogeannter“, die Umverteilung von unten nach oben als Problem der unteren 10-15% und daher politisch nicht mehr wesentlich und die sozial bedingten Benachteiligungen im Bildungswesen als behoben bezeichnet werden (S. 40). Kapitalismus gibt es für Grafe nicht mehr. „Heute bestimmt das Design das Bewußtsein“ (S. 106). - Die SPD sollte

sich meines Erachtens etwas mehr Verstand bewahren.

Auch mehrheitsfähig wäre eine Partei, wie Grafe sie empfiehlt, nicht, weil eine sozialdemokratische Partei eben notwendigerweise ein anderes Verhältnis zu ihrer gesellschaftlichen und innerparteilichen Basis braucht als etwa CDU oder FDP. Oder anders gesagt, der Erfolg einer solchen Partei könnte uns egal sein. Auch Grafe selbst bemerkt das Problem und versucht abschließend Unterschiede zu formulieren, die zwischen einer solchen SPD und der CDU verblieben. Das Ergebnis ist dünn oder steht im Gegensatz zum vorher gemalten Bild der Partei (S. 119ff.). Meine Auffassung: Bei solch einer Partei wäre auch die Bezeichnung „sozialdemokratisch“ nur noch aus Tradition weiter mitgeschlepptes „Relikt einer Arbeiterpartei“ ohne politische Bedeutung.

Anzeige

Blätter für deutsche und internationale Politik

1991

Die Zukunft der internationalen Arbeit

1991

Die Blätter kennenlernen?

Ich bestelle Heft 5/91 zum Werbepreis von 7,50 DM.

Ich bestelle ein Probeabo - Heft 5 und 6/91 für 10 DM.

Ich möchte ein kostenloses älteres Probeheft.

Zutreffendes bitte ankreuzen, Scheck oder Briefmarken beilegen.

Name: _____

Vorname: _____

Str: _____

Ort: _____

Land: _____

Blätter Verlagsgesellschaft, Bertha-v.-Sutner-Platz 6, 5300 Bonn 1

LUDGER VOLMER (BONN)

CHAOS IN NEUMÜNSTER - HARMONIE IN KÖLN?

DIE GRÜNEN IN NEUER VERFASSUNG

Haben DIE GRÜNEN sich innerhalb von drei Wochen grundlegend gewandelt oder kam in Köln wahrnehmbar zum Ausdruck, was sich in Neumünster latent angedeutet hatte? Nur oberflächliche Betrachter haben bei der Beschreibung des Neumünsteraner Parteitags die action-szenen in den Vordergrund gerückt. Doch auch die professionellen green-watchers haben nicht immer die Logik hinter dem scheinbaren Chaos von Neumünster entdeckt. Dabei hat die Versammlung einige Beschlüsse gefällt, die als Einschnitt in der Parteientwicklung der GRÜNEN zu werten sind. Einschnitt nicht in dem Sinne, daß nun ein totaler Kurswechsel angesagt wäre, die Partei angepaßt und „stinknormal“ würde, sondern im Sinne eines Schlußstriches unter lang schwelende und immer unproduktiver werdende Debatten. Der „harmonisch“ verlaufene Fortsetzungsparteitag in Köln war bereits ein erstes Resultat des neuen Stils und hat die konstruktiven Tendenzen weiter verstärkt.

Resultate von Neumünster und Köln

Die Regel, daß ein Mandatsinhaber nicht gleichzeitig ein gleichwertiges Parteiamt bekleiden dürfe, wurde beibehalten. Die Aufhebung dieser Klausel war von einigen VerfechterInnen im Vorfeld unverständlichweise zum A und O jeder Strukturreform hochstilisiert worden. Entsprechend fiel das öffentliche Wehklagen nach dem Scheitern aus. Dabei ging unter, daß ein ganzes Bündel weitreichender struktureller Änderungen beschlossen worden ist. Als Ablehnungsgrund wurde in der Öffentlichkeit ein irrationaler und pauschaler Anti-Promi-Affekt unterstellt.

Für zahlreiche Delegierte waren tatsächlich aber grundlegende demokratietheoretische Überlegungen ausschlaggebend, für die es kurze Zeit darauf ein anschauliches Beispiel gab. Die grünen MinisterInnen im niedersächsischen Kabinett mußten die Daimler-Teststrecke, die mit grüner Programmatik unvereinbar ist, mittragen. Wie wichtig war es gerade da, daß eine regierungsunabhängige Parteinstanz deutlich machen konnte, daß die Zustimmung im Kabinett den dort geltenden Zwängen, nicht aber einem Wandel grüner Zielsetzungen geschuldet war. Unsere MinisterInnen hätten wohl kaum beide Rollen in Personalunion spielen können.

Die notwendige Verknüpfung von Partei- und Fraktionsebene, zudem von Bundes- und Landespolitik, soll in Zukunft der Länderrat übernehmen. Er bildet das Kernelement der Parteireform. Damit wurde zum einen die Machtposition der Landesvorstände erhöht, gleichzeitig wurden sie aber in die Pflicht genommen, sich verantwortlich um die Bundesebene mitzukümmern. Diese Konstruktion bietet die beste Chance dafür, daß die GRÜNEN nach dem Wegfall einer starken Bundestagsfraktion nun nicht in einzelne Regionalparteien zerfallen.

Keine Entscheidungsschlacht

Ebenso wichtig wie die Strukturreform war die Verabschiedung der Erklärung von Neumünster. Wir GRÜNEN standen nach der Bundestagswahl vor der Frage, ob der festgefahrene Flügelstreit bis zur Spaltung der Partei vorangetrieben würde oder ob beherzte politische Kräfte diesem Treiben ein Ende

machten, indem sie eine politische Gesamtkonzeption der Partei definierten, der etwa 80 Prozent der Parteimitglieder zustimmen könnten. Der Preis einer Entscheidungsschlacht wäre das Ende der grünen Partei und die Wahrscheinlichkeit gewesen, daß auch die beiden Zerfallsprodukte nicht hätten überleben können. Der Preis der Konsensstrategie war die Absplittierung kleinerer Gruppen am linken und rechten Rand der Partei. Der Erfolg dieser Strategie hatte die präzise Analyse zur Voraussetzung, daß in den entscheidenden Grundfragen grüner Politik immer noch eine prägnante Gemeinsamkeit bei fast allen Parteimitgliedern existiert, der nur endlich einmal zur Artikulation verholfen werden mußte.

Mit der Einigung auf diese Grundsatzklärung wurde eine Reihe von Konflikten beigelegt:

Das Konzept einer „ökologischen Bürgerrechtspartei“, mit dem die „Aufbruch“-Gruppe die GRÜNEN auf ein Zwei-Punkt-Projekt reduzieren, in die Mitte der Parteienlandschaft verfrachten und die Illusion möglicher parteiübergreifender Bündnisse schüren wollte, die letztlich Türöffnerfunktion auch für Koalitionen mit der CDU geboten hätten, wurde unmißverständlich zurückgewiesen.

Die GRÜNEN verorten sich dem Selbstverständnis nach dort, wo sie die Partei beobachtet ohnehin sehen, nämlich im linken Parteienspektrum. Die nach der Wahlniederlage notwendige „Neugründung“ der Partei verleugnete nicht ihre zehnjährige Geschichte, griff aber auch nicht auf den frühen Mythos zurück, nach dem die GRÜNEN nicht links, nichts rechts, sondern vorn seien. Regierungsbündnisse, erst tabu, später

umstritten, sind nun allgemein akzeptierter Bestandteil grüner Strategiebildung. Naturgemäß kommt als Koalitionspartnerin nur die SPD infrage, der wir uns allerdings nicht als Juniorpartnerin andienen, sondern mit klar konturierterem Profil gegenüberstehen. Die soziale Frage, die einige Kräfte hatten suspendieren wollen, wird als untrennbar mit der ökologischen gesehen. Konsens ist die Ablehnung von wirtschaftlichen Wachstumsstrategien als Lösungsbedingung für soziale und ökologische Probleme. Ökologie als umfassende Gesellschaftspolitik wird wieder schärfer als originär grüner Ansatz propagiert werden, an dem gemessen die nachsorgende Umweltpolitik der Altparteien als defizitär nachzuweisen ist.

Radikaler Reformismus

Die „Systemfrage“ als Kriterium für den Grad der Fortschrittlichkeit grüner Politik wurde als fruchtlos ad Acta gelegt. Die Konkurrenz von aus vorgefertigten Weltbildern abgeleiteten Politikansätzen wurde zugunsten eines induktiven Ansatzes aufgegeben, der, von den akuten und konkreten Problemen ausgehend, adäquate Lösungen sucht und sich dabei nicht darum schert, ob er „Systemgrenzen“ überschreitet oder immanent bleibt.

Die Forderung nach radikaler Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft verweist zu einem darauf, daß wir uns an die demokratieverträglichen Methoden gesellschaftlicher Veränderung halten, gleichzeitig aber den heutigen zu eng gefaßten Rahmen institutioneller Demokratie sprengen wollen.

Kombination von linksökologischen Inhalten mit Pragmatismus in der Durchsetzungsfrage

Diese und andere strategische Groborientierungen lassen sich zusammenfassen unter dem Begriff des radikalen Reformismus. Er beinhaltet eine Absage an sozialromantische Revolutionsvorstellungen ebenso wie an die Ideologie dialogisch verlaufender Evolutionsschübe.

Die dritte wesentliche Entscheidung von Neumünster war die Wahl der ersten drei Personen des geschäftsführenden Vorstandes. Keine Chance bei dieser Wahl hatten Personen, und seien sie noch so prominent, die in den Wochen und Monaten zuvor aggressive Herrschaftsansprüche formuliert hatten und sich z.T. nur am Rande der verabschiedeten Grundsatzklärung ansiedelten. Gewählt wurden schließlich als SprecherInnen zwei Personen, die ihre eigene im linken Spektrum der Partei verankerte Auffassung mit einem integrativen Ansatz für die Gesamtpartei zu verknüpfen suchten. Diese Kombination von Profil und Integration setzte sich durch gegenüber denen, die entweder nur überzogene Profilierung oder diffuse Integrationsansprüche signalisiert hatten. Zum Schatzmeister mit Sitz und Stimme im geschäftsführenden Vorstand wurde ein Vertreter aus der Frühphase des „Aufbruchs“ gewählt, als dieser noch die Überwindung des Flügelstreits und nicht eigene Herrschaft beanspruchte.

Strukturreform, Grundsatzklärung und Personalwahl signalisieren zu-

sammengenommen eine neue Tendenz grüner Politik. Durchgesetzt hat sich das, was seit Jahren latent als Mehrheit vorhanden war, sich aber wegen der Solidarisierungszwänge, die die Flügelschlachten mit sich brachten, nicht als selbständige politische Kraft hatte artikulieren können: Die Kombination von linksökologischen Inhalten mit Pragmatismus in der Durchsetzungsfrage.

Auf der Fortsetzungs-BDK in Köln zeigte sich das Ergebnis des neuen Stils. Der Arbeitsparteitag bot naturgemäß nicht viel Raum für inhaltliche Diskussionen, weil das in Neumünster vertagte Pflichtprogramm absolviert werden mußte. Allerdings konnten wir uns erlauben, Entwürfe des Kuratoriums für eine neue Verfassung präsentieren zu lassen. Damit haben DIE GRÜNEN einmal mehr ihre Pionierfunktion wahrgenommen und ein wichtiges Thema auf der Ebene der Parteien thematisieren geholfen. Die Ablehnung deutscher Beteiligung bei Blauhelmeinsätzen markierte einen deutlichen Unterschied zur SPD.

Im Sinne der neuen Kooperationsbereitschaft auf allen Seiten wurden auch die noch offenen Vorstandspositionen besetzt. Es wurde eine Reihe von KandidatInnen gewählt, die das Spektrum des Vorstandes über die politische Mitte hinaus ins gemäßigte Lager verlängern können, gleichzeitig aber die Gewähr für eine konstruktive Zusammenarbeit bieten. Aber auch die Radikaleren, die sich vom Linken Forum nicht angezogen fühlen, finden ihre Ansprechpartnerin. Fazit: die innere Krise der GRÜNEN scheint überwunden.

Herausforderungen annehmen -

DIE GRÜNEN mit Zukunft

Daß es so wie bisher nicht weitergehen kann, ist inzwischen Allgemeinplatz bei den GRÜNEN....

Entscheidend ist: wofür stehen die Grünen? Welche Rolle wollen sie ausfüllen, nachdem sie auch bei ihren Kernthemen wie Ökologie und Feminismus Konkurrenz bekommen haben? Es sind nicht die Detailprogramme, die die Grünen unersetzbar machen, sondern ihr utopischer Überschuß und ihre analytische Radikalität, die keinem Klientelismus verpflichtet und ideologisch nicht begrenzt ist.



Dieses Perspektivpapier wurde vor den Parteitagen von Neumünster und Köln durch das „Linke Forum in den GRÜNEN“ vorgelegt von: Peter Bartelheimer, Willi Brüggem, Klaus Dräger, Andrea Fischer, Kerstin Müller, Frieder O. Wolf und Andreas Schulz. Wir dokumentieren es in Auszügen.

1. Ökologie und gesellschaftliche Interessen

Zunächst geht es darum, aus der politischen Falle, in die die Grünen durch ihren eigenen Erfolg geraten sind, wieder rauszukommen. Mit der Anerkennung, die typisch grüne Themen, wie die Ökologie- und Frauenfrage erfahren haben, haben sie sich zugleich grundlegend gewandelt. Sie sind den Grünen dadurch entglitten.

Für die Grünen war die Ökologie einst thematischer Fokus eines sehr viel breiter angelegten gesellschaftlichen Emanzipationsprojektes. In den Händen der Altparteien wurden sie auf das Niveau Erhardtischer Vernunft- und Sparappelle heruntergewirtschaftet. Hoffähig wurden nur die kleinkarierten, technokratisch-administrativen Umsetzungsmodelle und der Appell an den Gemeinsinn des Bürgers. Den Grünen wurde das Ökologiethema genommen, nicht weil die Altparteien hier besser oder glaubwürdiger gewesen wären. Getrennt von den lebensweltlichen Emanzipationsbedürfnissen blieb ihnen nur die Rolle des warnenden Besserwissers.

Eine analoge Entwicklung ist im Zusammenhang mit frauen- und sozialpolitischen Forderungen der Grünen zu beobachten. Typisch grüne Anliegen wie die Quotierung oder existenzsichernde Altersversorgung wurden in bürokratisch abgeschliffener und gemäßigt, gutbürgerlicher Gestalt aufgenommen. Die mit ihnen ursprünglich verbundene Sprengkraft, ihr emanzipativer Gehalt - etwa die grundlegende Infragestellung patriarchalischer Rollenmuster und Machtstrukturen - blieben auf der Strecke. Vom radikaldemokratischen Impetus der Anti-AKW- und Friedensbewegung, der Bürgerinitiativen und der Runden Tische in der DDR blieb auf der „großen politischen Bühne“ nur die abstrakt staatsrechtliche Debatte um eine neue Verfassung.

Die Grünen traf diese thematische Enteignung unvorbereitet und hilflos.

Häufig hatten sie ihr außer zänkischer Prinzipienreiterei und mahnenden Kassandrarufern nichts entgegenzusetzen. Grüne Politik hat den Kontakt zur Gesellschaft verloren, weil sich die Inhalte ihrer Politik gegen den konkreten lebensweltlichen Kontext verselbständigt haben, aus dem sie hervorgegangen sind.

Auch die grüne Deutschlandpolitik ist ein gutes Beispiel für einen pharisäerhaft-besserwisserischen und gegen die konkreten Bedürfnisse verselbständigten Politikstil. Gerne klagen die Grünen darüber, unter die Räder der deutschen Einheit geraten zu sein. So hatte es auch etwas trotziges, statt dessen einen Klimazug auf die Schienen zu setzen. Aber alles was quer liegt ist nicht deshalb schon richtig. Die Parole: „Alle reden von Deutschland - wir reden vom Wetter“ hätte eine gelungene polemische Zuspitzung sein können, wenn sie nicht mit einer arroganten Gleichgültigkeit gegenüber den ökonomischen Existenzängsten in der ehemaligen DDR einhergegangen wäre. Nicht daß wir uns so lange geweigert haben, auf den Einheitszug aufzuspringen war unser Fehler. Daß wir angesichts der sozialen und ökonomischen Folgen, angesichts von Existenzangst, Massenarbeitslosigkeit und soziokulturellem Orientierungsverlust sprachlos wurden, das hat uns viele Wähler gekostet.

Die Grünen haben nur noch eine Chance, sich als inhaltlich eigenständige Kraft zu behaupten: Die Besinnung auf die häufig nur noch im Rückblick faßbaren Zusammenhänge zwischen ihren Themen und den konkreten lebensweltlichen Interessen. So entstand z.B. die Anti-AKW-Bewegung nicht deshalb, weil bei naturwissenschaftlichen Berechnungen ein zu hohes „Restrisiko“ aufgefallen wäre. In den siebziger Jahren war die Atomwirtschaft zum Inbegriff einer allgemeinen Verunsicherung und Lebensangst geworden, die die über-technisierten über komplexen und unwirtschaftlich sinnentleerten Lebenswelten der modernen Industriekultur

meinte und gegen die Atomindustrie „zu Felde“ zog.

Gegen die Autokultur wurde nicht nur deshalb gestritten, weil mit Hilfe der Katalysatoren die CO₂-Emissionen nicht in den Griff zu bekommen waren. Sondern weil mit dem Auto, den innerstädtischen Betonpisten und Überland-Autobahnen jede lebensnah noch faßbare Raum-Zeit-Relation verloren ging, weil Landschaften und städtische Lebensräume zu bloßen Durchgangsschleusen verkamen - kurz: weil das Auto zum Inbegriff eines fehlgeleiteten, nur auf Konkurrenz, Ausgrenzung und Vereinzelung beruhenden Freiheitsideals wurde.

Eine neue Qualität und Konsequenz ökologischer Bewegungen wird es nur dann geben können, wenn sie sich mit den in unserer Gesellschaft systematisch frustrierten Wünschen nach gemeinschaftlicher Selbstverwirklichung und gestaltender Einflußnahme verbündet. Auf die unwirtschaftliche Leere moderner High-Tech-Welt müssen die Grünen mit einem alternativen Gesellschaftsentwurf reagieren, in dem die Individuen sich als wirkliche, weil wirkungsvolle Subjekte erleben können. Nur in einer Welt, die als die eigene, die als durch das eigene Tun geprägte erlebt wird, ist Verantwortung denkbar, die mehr ist als ein abstrakter moralischer Appell. Ökologie und Emanzipation vom „goldenen Käfig“ der modernen Industriegesellschaft sind kein Gegensatz, sie bedingen sich gegenseitig. Interessen sind nichts anthropologisch, nichts natürlich und ahistorisch Vorgegebenes, sondern ergeben sich aus den individuellen Lebensentwürfen, den Chancen, die sich jede und jeder einzelne ausrechnet, seine und ihre Wünsche zu erfüllen. Deshalb gehört die konkrete Utopie, die Hoffnung auf die Realitätstüchtigkeit des erträumten Anderen ebenso zur ökologischen Politik wie kurzfristige Reform- und Umbauschritte. Die ökologisch-emanzipatorische Transformation der kapitalistischen Industriegesellschaft wird ebenfalls sehr viel tiefgreifender und radikaler sein müs-

sen, als alle bisherigen „sozialistischen“ Experimente, die in der Eigentumsfrage den hauptsächlichsten Hebel zur Lösung aller Probleme sahen.

2. Deutschland und die Neue Weltordnung

Die Implosion des sozialistischen Lagers und das Ende der Ost-West-Konfrontation eröffnen neue Chancen und Entwicklungsperspektiven für Europa und für das Verhältnis von erster und dritter Welt. Die Idee vom gemeinsamen Haus Europa, die Perspektive einer weltweiten Entmilitarisierung und die Forderung nach offenen Grenzen - all das sind Hoffnungen und Wünsche, die sich zu Recht mit der Überwindung der Blockkonfrontation verbinden.

Gleichzeitig wachsen mit der Auflösung der Nachkriegsordnung von Jalta auch unkalkulierbare Risiken heran. Der Golfkrieg gab nur einen ersten Vorgeschmack. Seitens des realsozialistischen Lager nicht mehr gibt, ist niemand mehr da, der die Außenpolitik der führenden kapitalistischen Mächte bremsen oder beschränken könnte. Die Systemkonkurrenz zwang den Westen zu einer gezielten Integrations- und Kompromißstrategie nach innen und außen: Politische Entkolonialisierung, Marshallplan, Montanmitbestimmung, kapitalistische Entwicklungshilfe und UN-Programme haben darin eine ihrer Ursachen. Dies festzustellen relativiert in keinsten Weise die langjährige Gegnerschaft der Linken zu Kaltem Krieg, Blockkonfrontation und Stalinismus. Nur führt das Ende der Systemkonkurrenz nicht automatisch zum Frieden. Jetzt, nach dem Ende des Ost-West-Gegensatzes, werden die Kräfteverhältnisse im Innern wie im Äußeren neu bemessen.

Militärische Überlegenheit, die Sprache der Waffen, sie drohen zum alles entscheidenden Baustein der „neuen Weltordnung“ zu werden. Insbesondere für die USA wird die Militarisierung

ihrer Außenpolitik zu einem immer wichtigeren Mittel, ihre Vormachtstellung trotz ökonomischer Schwächen im Vergleich zu EG und Japan zu wahren.

In Deutschland wird diese Auseinandersetzung durch die neuen Bundesländer und die dort entstehende Armutsregion angeheizt. Die durch die gesplante ökonomische Entwicklung angetriebene Migrationsbewegung aus Ostdeutschland und Osteuropa wird als Mittel genutzt, auch im Westen den erreichten „Sozialkompromiß“ auszuhöhlen. Leiharbeit, Deregulierung und Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse lassen sich unter diesen Bedingungen leichter durchsetzen. Deutschland steht außen- wie innenpolitisch am Scheideweg. Entweder es kommt zu einem „Burgfrieden“ der materiell Abgesicherten, der nach außen und innen auf Ausgrenzung, Gewalt und Rassenhaß beruht, oder es gelingt, einen Weg für Veränderungen freizukämpfen.

Schon jetzt ist klar: Das vereinigte Deutschland befindet sich auf dem Weg zur Weltmacht. Die über Jahrzehnte geübte Bescheidenheit und die sicherte Dominanz in der Bundesrepublik ökonomische Abhängigkeit Europas sind die Grundlagen dieser neuen Rolle. Wer diese Weltmachtspolitik positiv „gestalten“ und zum Vorreiter einer friedfertigeren, einer humaneren und ökologischeren Welt machen möchte, rüttelt an ihren Fundamenten. Deshalb ist eine „zivilisierte“ und „normalisierte“ (Bernd Ulrich) Weltmacht Deutschland ein Widerspruch in sich.

Eine auf Selbstbeschränkung, Entmilitarisierung und ökologisch-solidarische Wirtschaftsbeziehungen beruhende deutsche Außenpolitik wird es ohne eine neue innere Kräftekonstellation, ohne einen ökologischen *New Deal* nicht geben.

Antikapitalismus, der auf radikale Demokratisierung der Ökonomie und politische Regulierung von Märkten setzt, ist ebenso Triebkraft dieser Ver-

änderungen wie Antimperialismus, der die politische und ökonomische Beherrschung des Südens durch den Norden beenden will. Es geht folglich um die Preisgabe der Weltmachtrolle Deutschlands durch eine Politik der Selbstbeschränkung und der Umverteilung zugunsten der Dritten Welt und Osteuropas.

3. Die Notwendigkeit einer gesellschaftlichen Alternative

Beides, die neue Weltlage sowie die thematische Erstarrung und Ent-eignung der Grünen verweisen auf die politische Notwendigkeit, die grüne Programmatik zu einem konkret faßbaren alternativen Gesellschaftsentwurf zu bündeln. Das geht nicht am grünen Tisch, geht nicht auf der Ebene abstrakter Modellbasterei. Es setzt vor allem eines voraus: eine langfristige strategische Debatte und Konzeption, eine Vorstellung vom Weg, der zugleich das sich herauskristallisierende Ziel sein kann. All das kann nicht in einer „geschlossenen“ Alternative präsentiert werden. Die Frontstellung „System gegen System“ hat sich grundsätzlich als Sackgasse erwiesen. Deshalb bildet das grüne Umbauprogramm einen wichtigen neuen Ansatz. Es läßt sich auf keinen scholastischen Streit ein, ob das bestehende System für seine Umsetzung flexibel genug ist, sondern konzentriert sich auf die Schritte, mit denen sofort begonnen werden könnte. Es stellt damit scheinbare Sachzwänge als Geflecht mächtiger ökonomischer und politischer Interessenkoalitionen bloß, die sich Veränderungen widersetzen. Und doch dürfen die Grünen beim modellhaften Durchspielen konkreter Umbauschritte nicht stehenbleiben. Sie bleiben leere Sandkastenspiele, wenn die Vermittlung zu den politischen Subjekten, zu ihren alltagsweltlichen Erfahrungen, ihren Hoffnungen und Wünschen nicht gelingt. Dies geht nicht ohne ganzheitliche und offene Visionen von einer grundsätzlich anderen Gesellschaft. Neben der notwendigen Auseinandersetzung um die kleinen Schritte müssen die Grünen

deshalb wieder zu einem Ort werden, an dem über Möglichkeiten und Bedingungen einer gesellschaftlichen Alternative offen und vorurteilsfrei debattiert werden kann. Wir brauchen folglich ein neues Programm der Grünen, das eine offene, positive gesellschaftliche Utopie in Umrissen beschreibt, die wesentlichen Umbauschritte benennt und eine machtpolitische Strategie und Bündnisperspektive formuliert.

Die Grünen können bei ihrem Erneuerungsprozeß an die im „Westen“ immer deutlicher abzeichnende Legitimationskrise der „Arbeitsgesellschaft“ anknüpfen. Der Kitt, der diese Gesellschaft bisher zusammenhielt, ist brüchig geworden. Wachsender Reichtum und wachsende Qualifikation haben dazu geführt, daß die Parole „Arbeiten um zu Leben“ für immer weniger Menschen ein glaubwürdiges Leitmotiv bildet. Der in den kapitalistischen Metropolen angehäufte ungeheure gesellschaftliche Reichtum steht in keinem Verhältnis zu den ökonomischen Zwangsstrukturen, zu persönlichen „Verkrüppelungen“, zu den ökologischen und militärischen Gefahren, mit der die Teilhabe an diesem Reichtum zunehmend erkaufte werden muß. Neue Bedürfnisse, die mit materiellem Reichtum und Konsum allein nicht mehr befriedigt werden können, treten in den Vordergrund. Sie geraten in den Gegensatz zu den festgefahrenen Hierarchien, Verhaltensnormen und Konkurrenzstrukturen in den Familien, am Arbeitsplatz, in Parteien, Verbänden und Gewerkschaften. Dieses unter den betäubenden Sachzwängen der alltäglichen Lebensorganisation verschüttete gesellschaftliche Widerspruchspotential aufzugreifen, ihm wieder Gewicht und Sprache zu geben, das ist die eigentliche Aufgabe grüner Programmatik, das ist der Kern einer politischen Radikalität, die bewußt über die Grenzen des kapitalistischen Gesellschaftssystems hinausgeht.

Gegenwärtig wird diese Legitimationskrise unserer gesellschaftlichen und politischen Ordnung durch eine

Revitalisierung „frühkapitalistischer“ Konkurrenz- und Zwangsstrukturen, durch den Abmarsch in die Zwei-Drittel-Gesellschaft überdeckt. Der mit dem Zusammenbruch des „realen Sozialismus“ verbundene ideologische Rückenwind sowie die im Gebiet der ehemaligen DDR entstehende Armutsregion tun ihr übriges.

Nur wenn es gelingt, durch gesellschaftlichen Druck und durch eine gezielte Reformpolitik die Strukturen der in ökonomischem Klientelismus und Konkurrenz erstarrten Gesellschaft aufzubrechen, wird es auch für den ökologischen Umbau und für die Überwindung des Nord-Süd-Gegensatzes gesellschaftliche Mehrheiten geben. Es geht um eine konkrete Utopie, die die zivile Gesellschaft und den herrschaftsfreien Diskurs nicht nur außerhalb der „harten Ökonomie“ situiert, sondern zugleich den in der Ökonomie herrschenden gesellschaftlichen Zwangsverhältnissen ihre Grundlage entziehen will.

4. Ein gewandeltes Parteiverständnis

Die Schlußfolgerung ist: Die Grünen können nicht zur Ein-Punkt-Partei werden, sie müssen alle Themen auf ihre Art und Weise bearbeiten. Sie unterscheiden sich von anderen Parteien vor allem durch die Art, wie sie ihre eigenen Einsichten und Hoffnungen, wie sie die Überlebensnotwendigkeiten der ganzen Menschheit ernstnehmen. Ökologie ist insofern keine Ressortaufgabe, sondern kennzeichnet ein Herangehen, das sich durch alle Themenbereich grüner Kampagnen wie ein roter Faden durchziehen muß. Doch der Bezug zu konkreten gesellschaftlichen Interessen darf dabei nicht verlorengehen.

...

5. Strategien für ein ökologisch-soziales Umverteilungsprojekt

Wer die richtigen Themen und vielleicht auch die richtigen Antworten

hat, macht deshalb noch lange keine erfolgreiche Politik. Der Verweis auf die Orientierung an den Inhalten ist zu einfach, er drückt sich um die Frage, mit welchen gesellschaftlichen Bündnissen die guten Ideen umgesetzt werden können. Auch dies ist ein Aspekt der thematischen Enteignung der Grünen. Nach zwanzigjähriger Auseinandersetzung mit der ökologischen Katastrophe steht die grundlegende Wende noch aus, greift die resignative Logik des „kleineren Übels“. Was machtpolitisch und ökonomisch nicht umsetzbar erscheint, wird auf Dauer auch als politisches Leitmotiv wirkungslos. Ohne konkret faßbare Bündnis- und Reformperspektive ist die Konkurrenz mit den Altparteien schon verloren.

Die Grünen sind selbst schon Ausdruck einer zunehmenden Ausdifferenzierung der großen gesellschaftlichen Blöcke. Sie können als Motor eines parteiübergreifenden Lernprozesses wirken. Gleichzeitig muß klar bleiben: Ökologie pur, das kann die Sache der Grünen nicht sein, eher „Ökologie plus“ (Raschke). Dies bedeutet, daß sie für einen konservativen Ökologismus nicht zu haben sind, der unter dem Vorzeichen von Selbsthilfe, Selbstverantwortung und Verursacherprinzip den ökologischen Umbau mit kapitalistischer Deregulierung zu verbinden sucht. Insofern sind die Grünen eine ökologische Linkspartei. Ein sinnvolles und potentiell tragfähiges Reformbündnis kann sich deshalb nur auf die gegenwärtig von der Sozialdemokratie integrierten Kräfte stützen.

Und doch: Genau wie 1987 in Hessen haben die Grünen in Berlin schmerzhaft erfahren müssen, daß die bloße Wählerstimmenaddition von Rot und Grün nicht reicht. Noch sind die wechselseitigen Wählerspektren, sind die Klientelinteressen heterogen. Alle bisherigen rot-grünen Koalitionen haben sich als nicht überlebensfähige Frühgeburten erwiesen. In Berlin hat die SPD mit dramatischen Verlusten in den klassischen Arbeiterbezirken bezahlen müssen.

Die Grünen sind, ob sie wollen oder nicht, der Katalysator für die Auflösung des sozialdemokratischen Volksparteienmodells. Der Spagat wird zu groß für die SPD. Das zeigen auch die Ergebnisse der Bundestagswahl. Die Vermittlung zwischen traditioneller Industriearbeiterklientel und neuen Zwischenschichten will nicht mehr gelingen. Auf die Grünen muß Verlaß sein, auch wenn es darum geht, in Regierungsverantwortung konkrete Reformschritte durchzusetzen. Dies ist nur möglich, wenn es gelingt, ein mehrheitsfähiges Reformbündnis neu von unten aus der Gesellschaft heraus aufzubauen. Die Krise der Sozialdemokratie und auch die eigene stellt das grüne Projekt vor ganz neue strategische Herausforderungen. Wir brauchen einen ökologischen „New Deal“. Anders als in der Roosevelt-Ära vor dem zweiten Weltkrieg wäre er nicht an militärische Aufrüstung und sozialpartnerschaftlichen Burgfrieden gekoppelt. Die Durchsetzung dieser neuen Kräftekonstellation wäre mit großen gesellschaftlichen Konflikten verbunden. Es ist offen, ob dabei das kapitalistische „System“ auf der Strecke bleibt. Kernpunkte des ökologischen New Deal können schon jetzt benannt werden.

Die Wachstumsgesellschaft ist an ihre Grenzen gestoßen. Das sozialdemokratische Integrationsmodell, die gemeinsame Teilhabe am Wachstumsgewinn, geht zu Ende. Für die gut Verdienenden steht die weitere Reichtumsanhäufung in keinem vernünftigen Verhältnis mehr zu dem dafür zu entrichtenden Preis. Die unteren Einkommensgruppen werden für die neuen ökologisch-emanzipativen Interessen der neuen Zwischenschichten nur dann zu gewinnen sein, wenn die soziale Konkurrenz aufhört, eine Frage des gesellschaftlichen und soziokulturellen Überlebens zu sein. Dies bedeutet: Wer den ökologischen Umbau nicht gegen die Gesellschaft durchsetzen will, muß die sozialen und kulturellen Voraussetzungen schaffen, damit auch die weniger gut Verdienenden daran teilnehmen.

Auch wenn weiteres qualitatives Wachstum, wenn weiterer Landschafts- und Ressourcenverbrauch nicht mehr möglich sind - auf ökologisch gelenkten technologischen Fortschritt und auf steigende Arbeitsproduktivität kann auch der ökologische Umbau nicht verzichten. Produktivitätsfortschritt ohne quantitative Ausweitung der Güterproduktion bedeutet einen Zugewinn an nicht monetarisierten Gütern, an individuellen Lebenschancen, an freier und selbstbestimmter Zeit, an ganzheitlicher Qualifikation und Persönlichkeitsbildung. Er eröffnet neue Möglichkeiten für eine Entzerrung und Demokratisierung der Arbeit, für eine schrittweise Aufhebung der strikten Trennung von Arbeit und Freizeit, für ein anderes Verhältnis der Geschlechter, für die Ersetzung monetärer Dienstleistungen durch gemeinschaftliche Selbsthilfestrukturen z.B. im Bereich der Wohnungsinstanzsetzung und der Altenpflege. Das ist die Basis für eine Umverteilungsstrategie, die weniger auf Umverteilung monetären Reichtums, als vielmehr auf eine schrittweise Relativierung ökonomischer Zwangsstrukturen sowie auf gleichberechtigte Lebenschancen für alle abzielt.

Die Verteilungsfrage ist kein rein monetäre Frage mehr. Es geht um die Verteilung der gesellschaftlich notwendigen Arbeit, der materiellen und ökologischen Lebensrisiken, der individuellen Bildungs- und Entwicklungschancen, des Verhältnisses der Geschlechter, der persönlichen Einfluß- und Gestaltungsmöglichkeiten.

Das Grenz-Nutzen-Kalkül geht für beide Seiten auf. Die Verlierer, d.h. die materiell besser Gestellten, werden dann auch zu den Gewinnern gehören.

Birgit Zoerner

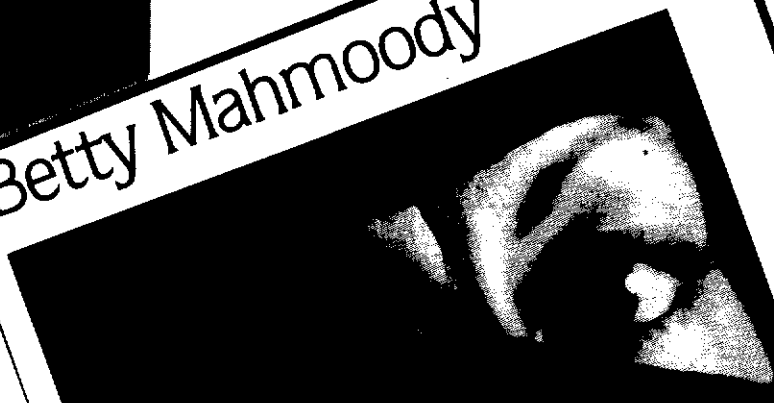
"Nicht ohne meine Tochter"

Ein Buch (be)schreibt Weltgeschichte

Seit einiger Zeit geistert ein Buch durch die Bestsellerlisten und hat auch mit seiner Verfilmung mittlerweile die Topcharts erreicht: Betty Mahmoodys „Nicht ohne meine Tochter“. Die Geschichte erzählt das persönliche Schicksal einer mit einem Iraner verheirateten Amerikanerin, die im Anschluß an einen Urlaubsaufenthalt in der Heimat ihres Mannes dort zusammen mit ihrer Tochter von ihm festgehalten wird. Die beiden Frauen können erst nach einer dramatischen Flucht in die USA zurückkehren. Soweit so gut. Dies ist der Stoff, aus dem Bestseller gemacht werden.

Und auch ich habe - wie so viele andere dieses Buch nicht mehr aus der Hand gelegt. Aber nicht, weil es so spannend oder fesselnd gewesen wäre, sondern weil ich ein derart rassistisches Mach-werk nicht in den Top Ten der ach so aufgeklärten Bundesrepublik vermutet hätte. Da es aber nicht einfach Zufall ist, daß dieses Buch in der heutigen Zeit dorthin gelangen konnte, darf es auch nicht unkommentiert bleiben.

Betty Mahmoodys



Erfahrungswort

Nicht ohne meine Tochter

siehe dazu:

Uwe Kremer: Kurzum. spw Heft 58

Ingolf Ahlers: „Neue Weltordnung“ und regionaler Klientelismus. spw 58. S. 31f. Insgesamt ist dieser Artikel zu der angesprochenen Problemlage nur zu empfehlen.

Mostafa Arki: Das Andere anders sein lassen. hrsg. vom Intern. Kulturwerk. Hildesheim. o.J. In diesem Buch finden sich auch viele Richtigstellungen der Interpretationen von Betty Mahmoodys zur iranischen Kultur und Religion.

Das Buch zum Golfkrieg

Dies ist „das Buch zum Golfkrieg“, das, diesmal über ein Einzelschicksal transportiert, das ideologische Rüstzeug dafür liefert, die Länder des Orients endlich „befreien und sie mit unserer überlegenen Lebensweise beglücken zu können (oder aber, wenn sie das nicht wollen, weiter ins Elend zu treiben). Hierbei spielt es keine Rolle, ob es sich um den Irak oder den Iran handelt. Das ist natürlich nicht die erklärte Intention der Autorin - wodurch das Ganze nicht unbedingt erträglicher wird-, sondern ihrer naiv-westlichen Sichtweise geschuldet, aus der sie ihre Geschichte erzählt. Offensichtlich bietet sie damit einem breiten Publikum identifikatorische Momente. Gleichzeitig wird dort ein Menschenbild konstruiert, das der weiteren Ausbreitung des Fremdenhasses Tür und Tor öffnet und zur weiteren Marginalisierung großer Erdteile durch die reichen Industrienationen das ideologische Unterfutter bietet.

In spw 56 hat Rainer Bäcker in seinem Artikel „Die Angst vor dem Fremden“ die Beliebtheit des Bertolucci-Films „Der Himmel über der Wüste“ ausgeleuchtet. Er nimmt den Film als ein Indiz dafür, daß „keine Idee in der letzten Zeit so destruiert worden ist, wie die der Einheit der Völker (sprich altdeutsch: 'des Internationalismus')". Die Abgrenzung gegen die 'fremde Gruppe', sei sie nun ethnisch, religiös oder rassistisch begründet, bestimmt die politische Landkarte und verschont keine Ideologie.“ Die Wirksamkeit des Fremden beschreibt Rainer Bäcker so: „Das 'Fremde' ist nie letztlich lokalisierbar, materialisierbar, sondern entwickelt seine Wirkmächtigkeit rein als Bild, ruft gleichzeitig damit auf, es an etwas zu binden, worauf man alle Sehnsucht und Haß projizieren kann.“

Das Bild von den fremden Untermenschen scheint sich immer weiter auszubreiten, da man hinter ihnen auch die Bedrohung unseres Wohlstands ver-

mutet. Dann, wenn die Legitimation dafür gebraucht wird, Grenzen für weitere Flüchtlinge zu ziehen, ohne die Verhältnisse der Menschen in ihrer jeweiligen Heimat zu tun, ist es einfacher, sie werden bei uns gar nicht mehr als Menschen betrachtet. Und bei uns in der westlichen Welt wird bei uns in der westlichen Welt ich verstehe das Buch von Betty Mahmoodys und seinen Erfolg als einen Erfolg. Wir haben im Buch noch gelernt, daß der tausendfache Tod der uns kulturell ferner stehenden AraberInnen weniger Wert ist als der eines uns kulturell näher stehenden Menschen. Oder wie Rainer Bäcker in spw 58 zitiert: „Die Opfer des Fremdenhasses: Man rottet sie ohne Gewissensbisse aus, wobei man sie mehr oder weniger den Tieren gleichsetzt. Die individuelle Identität des Getöteten ist daher per definitionem irrelevant, denn sonst würde es sich um Mord handeln. Man hat weder die Zeit noch das Bedürfnis, in Erfahrung zu bringen, wen man gerade getötet hat.“

„Feministischer“ Rassismus

In linken Kreisen wird nun aber zuweilen vermutet, daß die Beliebtheit dieses Buches mit dem düsteren Titelbild und dem feministisch reißerisch anmutenden Titel möglicherweise darauf zurückzuführen sei, daß es den Kampf einer Frau gegen einen sie brutal unterdrückenden Mann erzählt. Außerdem heißt das Buch ja auch noch: Nicht ohne meine Tochter (nicht etwa: Nicht ohne meinen Sohn). Eine solche Sichtweise offenbart einen des gesellschaftlichen Kontextes komplett entkleideten Individualfeminismus westlich-weißer Prägung (soweit dies die Bezeichnung Feminismus noch verdient), bei dem einige Symbole geschlechtsdogmatischer Sichtweisen zum Absoluten verkehrt werden. Im vorliegenden Fall paßt

er sich nicht nur nahtlos in den rassistischen Diskurs über andersartige bzw. nicht-weiße/westliche Kulturen ein (gegenwärtig vorzugsweise über die arabische Welt), sondern vermittelt diesem sogar noch neue Zugänge.

Von Soraya zu Mahmoody?

„Was veranlaßt nun die Menschen, die sich selbst wahrscheinlich als durchaus Kritische und bewußt einschätzen, ein solches Buch zu propagieren?“ So die Eingangsfrage des Iraners Mostafa Arki, der unter dem Titel „Das Andere anders sein lassen - Bikulturelle Partnerschaft“ eine erste umfassende Kritik zu Mahmoodys Buch geliefert hat. (Die weiteren Zitate, soweit sie nicht anders gekennzeichnet werden, beziehen sich auf dieses Buch.) Er fährt fort: „Der lockere, spannende Stil macht 'Nicht ohne meine Tochter' zu einer leicht verdaulichen Kost. Auf diese, den Intellekt wenig fordernde Weise, fließt die Botschaft Fanatismus, Gewalttätigkeit und Kulturlosigkeit als Synonym für den Orient und das orientalische Volk direkt ins Hirn. Damit liefert es den LeserInnen identifikatorische Momente, wenn Betty die unbekannte Kultur abwertet und die vertraute westliche hochjubelt...“

Ein wichtiger Faktor für die große Begeisterung, mit der das Buch aufgenommen wird, liegt in seinem psychischen Sprengstoff. Es weckt bei den LeserInnen das Gefühl, meine Kultur ist und damit 'Ich bin etwas Besseres'. Die Art und Weise, in der Frau Mahmoody schreibt, spricht ein besonders bei einigen Deutschen noch nicht überwundenes Bedürfnis an, sich selbst auf Kosten anderer zu erhöhen. Von oben herab, die Füße auf dem schicken Perserteppich ausgestreckt, liest man mit einem Schaudern, was man schon immer ahnte: daß die Perser ein unglaublich dreckiges, unzivilisiertes Volk sind, das weder Messer und Gabeln, noch das Essen am Tisch kennt.

Und fundamentale Grundwerte sind seit dem Sturz des Schahs ohnehin aus den Köpfen der Menschen verschwunden. Zur Schahzeit genossen die Perser bei den Bundesbürgern ein ganz anderes Ansehen. Da fand die deutsche Seele noch ihren Frieden in den Berichten der Boulevardpresse über Reza Pahlevi und Farah Diba. Jede/r wußte um Sorayas Schicksal und verfolgte gespannt, welch wertvolles Geschenk der Schah seiner Farah wohl diesmal gemacht hatte.“

Der unschuldige Westen?

Der Westen war einträglich an der unter dem Schah versuchten Verwestlichung beteiligt. Wie es um die Menschenrechte in diesem Land bestellt war, interessierte nicht, solange die Ideologie und der Cash stimmten. Der Weg für Khomeini wurde gerade hier durch den Westen bereitet, aber davor werden lieber die Augen verschlossen. Statt die eigene Geschichte auch aus diesem Blickwinkel zu beleuchten, dominieren bei Mahmoody ein erschreckendes Nichtwissen über den kulturellen Hintergrund ihres Mannes und eine nicht zu überbietende politische Naivität - gepaart mit der selbstgerechten Wahrhaftigkeit des westlichen Kulturimperialismus, der alles an seinen Maßstäben und Wertvorstellungen mißt und sich selber als das Nonplusultra betrachtet. Sie, die durch die Heirat mit einem iranischen Arzt einen beträchtlichen gesellschaftlichen Status und Wohlstand in den USA erreicht hat, setzt Armut mit „nicht-westlich“ bzw. „nicht-zivilisiert“ gleich. Betty Mahmoody sei an dieser Stelle angeraten, gelegentlich in ihrer Heimat einmal den einen oder anderen Slum zu besuchen, sich über den Ernährungszustand nicht unbeträchtlicher Teile der amerikanischen Bevölkerung und über ihre Wohnverhältnisse, soweit vorhanden, zu informieren. Beachtlich ist auch

die Tatsache, daß sie offensichtlich über den kulturellen Hintergrund ihres Mannes und über die politische Lage in seinem Heimatland gar nichts weiß. Sie beschreibt ihren Mann als „brillantes Genie mit zeitweiliger düsterer Verwirrung“. Für sie war er kulturell gesehen eine Mischung aus Ost und West. So fährt sie ohne Wissen, aber in der Gewißheit, im Recht zu sein, los.

Die Vorurteile dominieren

„Es ist eine durch Vorurteile geprägte Darstellung, die sich einen allgemeinen Anspruch gibt. Betty Mahmoody versucht, durch pauschale Statements ihre eigene Verantwortung bei dem kulturellen Aufprall, der die folgenden 500 Seiten der Erzählung beherrscht, zu negieren.“

Sie besitzt nicht einen Funken Neugierde oder Interesse an dem, was sie dort erwartet, sondern ist komplett feindselig eingestellt. Nach ihrer Ankunft in Teheran beschreibt sie erst einmal, in welchem dreckigen Land mit welcher stinkenden Menschen sie sich dort befindet. Daß auch sie möglicherweise aufgrund der Hitze und nach einer längeren Reise nicht mehr die schönsten Düfte ausströmt, mag ihr aufgrund ihrer finanziellen Möglichkeiten zur Partizipation an den Errungenschaften der Parfümindustrie erst gar nicht in den Sinn kommen. Sie beschreibt die häßlichen Menschen mit den schiefen oder fehlenden Zähnen, und entwirft ein Bild animalisch anmutender Kreaturen, denen aufgrund mangelnden Zugangs zu besserer Gesundheitsvorsorge das Menschsein schon fast abgesprochen wird. Diese Bilder werden in dem Buch immer wieder bemüht und fügen sich letztlich zu einer Assoziationskette zusammen, an deren Ende kulturlose und verwahrloste Elemente stehen.

Aber zurück zum Buch. Als unsere

Autorin auf dem Flughafen als Begrüßungsgeschenke ein Manto bekommt, fällt ihr daran nur auf, daß dieser nicht tailliert und gar nicht modisch geschnitten war. Welch eine Erkenntnis! Außerdem mokiert sie sich über die schlechten bis nicht vorhandenen Englischkenntnisse ihrer Gastgeber - ja sie ist direkt beleidigt - und nimmt sich sofort vor, kein Wort Farssi jemals über die Lippen zu bringen. Abgesehen davon, daß sie diese Sprache nach sechs Ehejahren mit einem Iraner selbstverständlich nicht mit einem Wort spricht. „Allmählich beginnt sich die Leserin zu fragen, wie denn ihr Mann sie auf die Reise vorbereitet hat, was er ihr für Hilfestellungen gegeben hat, um mit der fremden Kultur klarzukommen. Offensichtlich war Moodys iranische Herkunft nie ein Thema zwischen den beiden, denn wie Betty sagt: 'Er war durch und durch amerikanisiert'.... So finden immanent rassistische Tendenzen, die sich heute in Form einer kulturellen Unterschiedlichkeit ausdrücken, ein Mittel, sich einen unauffälligen Anstrich zu geben. Und Betty nutzt jede Chance, konfrontiert mit iranischen Sitten und Gebräuchen, bei den Lesern dieses mulmige Gefühl hervorzurufen, die insgeheim aufatmen, daß sie weit weg von einem Land wie dem Iran sind.“

Verdeckter und offener Rassismus

„Bei all ihren Überlegungen und Beschreibungen scheint es ihr auch häufig genug nicht klar zu sein, daß sich das Land in den ersten harten Jahren eines Krieges befindet. Daß man Schlange stehen muß, deswegen, daß die Leute auf der Straße weniger lachen, deswegen, daß Furcht herrscht, deswegen, stattdessen beschwert sie sich, daß Moody ihr keine Erdbeeren kauft!!“

Und den Krieg selber stellt sie nur als Ergebnis des Fanatismus einer menschenverachtenden Regierung dar.

Auch wenn ansatzweise die amerikanische Politik thematisiert wird, bleibt kein Zweifel darüber, daß die Hirngespinnste von einer Mitverantwortung der USA, wie durch doppelte Waffenverkäufe oder wirtschaftliche Zusammenarbeit, für sie indiskutabel sind. Stattdessen berichtet sie von der Angst, daß ihre Tochter vielleicht auch mit einem Vetter verheiratet würde, der sie mit entstellten Babys, mit leerem Blick schwängern würde, was soviel heißen soll, daß der Iran aus Inzestprodukten und genetischen Abnormalitäten besteht. Und die Leserin durchfährt auch prompt ein leises Schaudern, wenn sie solche Sätze liest.

Welch Verachtung für ein Volk, wenn man es durch Sätze wie - eine Horde freudloser Iraner - beschreibt.“

Den stärksten Haß gegen ihren Mann, der sie festhält, entwickelt sie, als sie bei Bombenangriffen auf Teheran um die Gesundheit und das Leben ihrer Tochter fürchtet. Verständlich: Doch hätte ihr beim Niederschreiben ihrer Erlebnisse nicht auch in den Sinn kommen können, für wieviele Menschen mit der „Hilfe“ der „zivilisierten“ USA aus dieser Furcht Realität geworden ist?

„Problematisch bleibt in Bettys Erzählung auch immer wieder ihre Beurteilung der patriarchalischen Verhältnisse, die sie leider nicht zu differenzieren weiß. Es ist sicherlich richtig, daß in südlichen Ländern und in Ländern des Nahen Ostens patriarchalische Verhältnisse und Strukturen besonders ausgeprägt sind, und es dringend notwendig wäre, die Situation der Lage der Frau in diesen Ländern zu verbessern, aber das kann nicht aufgrund von Pauschalurteilen passieren, wie Betty sie abgibt.“

Besonders kritisch erscheint mir in diesem Zusammenhang die Feststellung, daß alte iranischen Männer ihre Frau schlagen. Selbst wenn der Koran die Züchtigung der Ehefrau in bestimmten

Situationen erlaubt, Ehemänner, die ihre Frau schlagen, Ausnahme. Sie, daß die des schlagenden Ehemanns nicht eingreifen. Was aber keine Kulturfrage ist. Spätestens seit der großen Diskussion um Gewalt in

Anfang der 80er Jahre zum Thema ausgelöst wurde, ist bekannt, daß die Zahl der Ehemänner, die unter Alkoholeinfluss schwer schlagen, enorm gestiegen ist.... Eine ähnliche Parallelität läßt sich auch zu Bettys gesperrt sein ziehen. Dieser Ausdruck des Mannes gegenüber die Freiheitsberaubung wäre sie sein Besitz, aber auch Freiheit und

Menschenrechte über alles stellenden Ländern wie den USA und Europa, hat es in den letzten Jahren erschreckende Auswüchse männlicher Selbstüberschätzung gegeben. Seit ca. fünf bis sieben Jahren ist gerade dort die Zahl der Männer gestiegen, die sich eine Frau per Katalog kaufen. ...Und bei dieser Form des modernen Sklavenhandels sind Fälle bekannt geworden, in denen die Frauen während der Ehe über Monate hinweg eingesperrt wurden.“ ... „Selbst nach einigen Monaten in Teheran ist Betty nicht fähig, von ihrem Amerikanozentrismus wegzukommen.“

Bei der Wohnungssuche genießt sie denn auch ihre amerikanische Herkunft, um eine gepflegte Wohnung zu bekommen 'Denn die einfachste Art, ein Haus gut erhalten zu wissen, war, es nicht an Iraner zu vermieten.' Als bestünde der Rest Teherans aus Dreck und als gäbe es nicht auch in den USA genug Elendsviertel in den Städten, als wäre nicht gerade in den vergangenen Jahren von der neuen Armut in den USA die Rede.... Es ist bedauerenswert, daß Betty in keinsten Weise von ihrem Aufenthalt im Iran lernen konnte, daß sie ihre eigene Einstellung dem Leben im Überfluß gegenüber, das sie in den USA genießt,

überdenkt, daß ihr nichts darüber klar wurde, wie sie durch ihr Luxusbedürfnis zur Ausbeutung der Menschen in den unterentwickelten gehaltenen Ländern beiträgt, wie ihr Land, die USA, Kulturimperialismus betreibt.“

Mostafa Arki schließt sein Buch mit dem folgenden Absatz: „Selbstverständlich ist die Tatsache von einer Milliarde Moslems ein Grund zur Sorge für das vereinigte Europa, aber sie ist noch keine Bedrohung. Die fanatischen bzw. fundamentalistischen Züge des Islams stellen das Problem dar, ebenso wie fanatische und fundamentalistische Züge im Eurozentrismus und Amerikanozentrismus eine Gefahr enthalten.“

Im Gegensatz zu den konkreten Verunftsansätzen, die in der westlichen Welt dominant sind, ist in der orientalistisch-islamischen Kultur das ethische Element dominierend.

Ein Konglomerat von beiden könnte eine Richtung darstellen. Und hierbei stellen bi-kulturelle Ehen ein gesellschaftliches Phänomen dar, das die allgemeine Unterstützung mehr denn je verdient hat. Frau Mahmoody jedoch hat nichts davon begriffen, denn 'Nicht ohne meine Tochter' ist ein Todeskuß für bi-kulturelle Partnerschaften.“

Birgit Zoerner, Historikerin (Dortmund), Mitglied der spw-Redaktion

va&g

NEUERSCHEINUNG

Frank Deppe
Jenseits der
Systemkonkurrenz

230 Seiten, DM 22,00
ISBN 3-89419-019-1

Das Ende der Systemkonkurrenz bzw. des „Kalten Krieges“ bedeutet nicht allein den Zusammenbruch des „realsozialistischen Staatensystems“, sondern schließt tiefgreifende Veränderungen in den Machtbeziehungen zwischen den entwickelten kapitalistischen Zentren (USA, Japan, Westeuropa), aber auch eine Neubewertung der Nord-Süd-Beziehungen, ein. Der Niedergang der USA wird ebenso ausführlich diskutiert wie der Versuch, deren politisch-militärische Führungsfähigkeit wiederherzustellen.

In den theoretischen Abschnitten wird die Erklärungskraft der klassischen, marxistischen Imperialismustheorien sowie der Streit zwischen der „neorealistischen“ und der „Interdependenz-Schule“ überprüft. In einem abschließenden Kapitel geht das Buch auf die Debatten über „neue Weltordnungen“ ein. Der kurze Traum vom „neuen Denken“ und einer globalen Friedensordnung wird dabei ebenso behandelt wie der neue Anspruch auf eine „unilaterale“ Weltordnung unter der Führung der USA, der jetzt durch den Golfkrieg bekräftigt wurde.

Die Diskussion von Chancen einer alternativen Ordnung, die sich in der europäischen Politik sowie in den nationalen Auseinandersetzungen um den gesellschaftlichen Entwicklungstyp (Zivilgesellschaft) rekonstruieren lassen, bilden den Abschluß des Buches.

va&g

Postf. 510 • 3550 Marburg
Verlag Arbeit & Gesellschaft

DIE ALTEN

**DIE ALTEN TRÄUMER NUR AN NÄCHTIGEM
NUR SCHLECHT GENESEN VON VERRAT,
VORSCHNELLEM HURR
CHARISMA, NETTE HERRENFALTEN KÖNNEN
SIE AM MÄCHTIGEN
UND SELBER MÜDE UND GEBÜCKT UND
NICHTS IST KLAR**

**DIE ALTEN TRÄUMER, WAS MITNANDER-TRINKEN?
ALS LETZTE JAHRE IMMER WIEDER
DURCHZUKNETEN
WIEDER UND WIEDER ALTE FEHLER NEU
VERTRETEN
DEN ALTEN AUF DER PARKBANK -
WAS SOLL DA NOCH WINKEN:**

**LETZTES GEFECHT
FÜR'S MENSCHENRECHT?
DIE ALTEN TRINKER HABEN LÄNGST
VERLORN
UND HABEN DABEI WISSEND WIRR GELACHT
EIN TRAUM, VOR UNERREICHBARKEIT
GANZ NAH
DURCH ALLE DEUTSCHLANDS,
IMMER NEU VON VORN
DER HAT, WENN ALLES LOCKER WAR,
SIE DANN DOCH STEIF UND STILL GEMACHT**

DIETHER DEHM

Heinz Altena

**Warum
die Lebens-
stilfrage
nicht nur
eine
Stilfrage
ist**

Mit dem Zerschlagen der realen Sozialismen in Osteuropa und dem Rollback des (Liberal-) Konservatismus in den westlichen Ländern wird die Krise der Linken manifest. Von Klassengesellschaft zu sprechen, ist nicht mehr opportun. Modernitätsposen oder auch bloße Existenznöte haben die linken Zirkel längst erreicht. Rückzug, Anpassung, Überwintern sind die Strategien der Hoffnungsvollen von einst.

Heinz Altena arbeitet im
Nachbarschaftstreff Duisburg-
Bruckhausen

Das Vakuum der gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung hat sich jedoch schnell wieder gefüllt. Selbstkritische Kritische, libertäre Liberale und gute Konservative bilden den Pool, aus dem heraus die Welt erklärt und mit neuem Sinn versehen wird. Ihr Mitteilungsstil wirkt zynisch, nivellierend und - auf jeden Fall - postmodern. So wünscht sich Herr Schwengel in einer lebensstilistischen Gesellschaftsdeutung einen „European way of life“ zur Zivilisierung der Modernisierung und kulturellen Zähmung des Kapitalismus. Neue Antagonismen pflastern dabei seinen Weg: Horx'sche Negos (nette Egozentriker) streiten mit den Sozialos (freundliche, moralische Ikeafamilien). Ein Kulturkrieg entzweit die Kinderlosen und Familien, die Männer und Frauen, die Zweierbeziehungen und die Singles. Politik muß Massenkultur und 'excellence' (=Elitekultur), gelbe Modernitäts- und grüne Zivilisationsbehauptungen im Spagat in den Griff nehmen¹. Es ist so weit: Der Schein bestimmt das Bewußtsein. Die Welterklärer von heute schauen sich in ihrer Umgebung um und, siehe da, neue Antagonismen werden entdeckt und machen neue Gesellschaftsentwürfe nötig.

Die menschlichen Daseinsformen bilden sich in Kategorien von Lebensstilen ab. Sets von Modernitäten ringen um die regionale Kulturhoheit. Die Machtkämpfe innerhalb der modernen, zivilisierten Welt werden zu existentiellen Auseinandersetzungen hochstilisiert. Ihre Gewaltigkeit verschließt den Blick vor historischen, ökonomischen, sozialen und politischen Zusammenhängen. Dabei ist die Lebensstildebatte wahrlich nichts Neues. Lebenslagen- bzw. Lebensweltkonzepte werden seit Jahren z.B. in der Sozial- und Gemeinwesenarbeit diskutiert. Diese Ansätze gehen davon aus, daß mensch systemischen und biographischen Erfahrungshintergründen unterliegt. Komplexe Wechselwirkungen determinieren die individuellen Handlungspotentiale. Objektiv gleiche Situationen (z.B. Arbeitslosigkeit) erzeugen keineswegs identische Verhaltensweisen. M.E. erlaubt diese augenfällige Erkenntnis jedoch zweierlei nicht:

1. die Annahme der Dominanz der eher individuellen Dispositionen, denn auch biographische Erfahrungen unterliegen den relevanten Seinsbestimmungen;

2. die Lebensstilkontroverse zu einer mehr als prosaischen oder pragmatischen Wertigkeit zu erheben.

Die Wahrnehmung und Deutung gesellschaftlicher Machtkämpfe entlang von Lebensstilen ignoriert in zynischer Manier die tatsächlichen Befunde bundesrepublikanischer Wirklichkeit. Eine große Minderheit - das berühmte Drittel - hat ganz andere Sorgen, als über ihren Lebensstil die moderne Zivilisation mitzugestalten. Vielleicht ist es hilfreich, den Stilisten einen Erfahrungsbericht vom Rest der Menschheit entgegenzuhalten. Im folgenden will ich ein paar Geschichten aus der jüngsten Geschichte eines Stadtteils in Duisburg am Rhein erzählen, die die Kehrseite der (schein-)heiligen Modernisierungsgesellschaft erhellen.



Bild: RS

Im Teufelskreis der Medien

Es war im Winter vor drei Jahren. Über die Rheinhausen-Krise erlangte auch unser Stadtteil Bruckhausen mediale Zuneigung. Eine illustrierte stellte im Stile einer großen Boulevardzeitung das Elend der Menschen von Bruckhausen dar. Ergebnis dieses Voyeurjournalismus:

- Schöne, glänzende Schwarz-Weiß-Bilder mit knappem, plakativem Text garniert. Fünf Seiten Tränendrüse.
- Eine Lkw-Ladung Hundefutter, gestiftet von einem Münchner Tierschutzverein. (Im Artikel hieß es, daß Hundebesitzer, um ihre Hunde nicht verhungern zu lassen, auf ihre eigene Ernährung verzichten). Der Trans-

port kam allerdings nie in Bruckhausen an, da die Tierfreunde Bruckhausen mit Rheinhausen verwechselten, so daß sich die Krupp-Arbeiter die Ladung teilten.

- Fünf elektrische Schreibmaschinen vom Starnberger See. Im Begleitschreiben einer älteren Dame war zu erfahren, daß Bildung die Grundlage fürs Leben sei.
- Aufgebrachte Bruckhausener BürgerInnen, die ihre Lebenswelt in grober Form diffamiert sahen.

Eine großangelegte publikumswirksame Care-Paket-Aktion des Illustriertenverlags konnte gerade noch verhindert werden. Die Welt hatte ihre Bilder, den Skandal für fünf Minuten. Im Wartezimmer und Frisiersalon, zwischen Feierabend und

Fernsehabend konnte der Normalbürger seine Abgrenzung zu den Ausgrenzten mit gemischten Gefühlen wahrnehmen.

Bruckhausen ist ein Stadtteil, in dem die gewachsenen Strukturen sozialer Beziehungen nachhaltig gestört sind. In den letzten 15 Jahren hat sich die Bevölkerungszusammensetzung beinahe vollständig gewandelt. Von z.Z. etwa 4500 Einwohnern sind 60% AusländerInnen. Die deutsche Minderheit setzt sich zum größten Teil aus sozial schwachen Familien, Restfamilien und ledigen zusammen. Arbeitslosigkeit und Sozialhilfebezug sind in diesem Stadtteil ganz normale Erfahrungen. Die hinlänglich bekannten Effekte dieser

Lebenslagen sind Abstumpfung, Isolation und die Gefahr (psycho-)sozialer Deformation.

Die Diskussion um den übermäßigen Konsum von Fernseh- und Videobildern wird meist von den Menschen geführt, die über reichlich Ressourcen verfügen, um einer alternativen Freizeitkultur zu frönen. Opfer des Stumpfsinns sind andere - und das in mehrfacher Hinsicht. Für sie wird das rund-um-die-Uhr-Glotzen zur „notwendigen“ Sucht. Die dazugehörige Technik (Geräte und Stromversorgung) sind für diese Lebenskünstler jedoch nicht selbstverständlich. Teure Ratenkäufe führen über Verschuldung zur Pfändung. Der Erhalt des Lebensnotwendigen macht eine Umverteilung im Haushaltsplan notwendig. Mit dem für die Stromabschlagszahlung vorgesehenen Budget wird der Gerichtsvollzieher gütlich gestimmt. Der Stromlieferant fackelt jedoch nicht lange. Die Stromversorgung wird unterbrochen, der Zähler demontiert. Jetzt hilft nur noch der gnädige Nachbar, der die Installation eines Verlängerungskabels zuläßt. Hier deutet sich jedoch nur der kleinere Teufelskreis an. Problematisch wird die Chose, wenn die Geräte ihren Geist aufgeben oder der Gerichtsvollzieher die Luxusgegenstände mit einem Kuckuck verziert. Zum Erhalt des Lebensstils wird es dann objektiv nötig, den legalen Weg zu verlassen, um über Schwarzarbeit und/oder Beschaffungskriminalität die heile Glitzerwelt zurückzuerobieren. Nur der Vollständigkeit halber sei hinzugefügt, daß in einem so gearteten Milieu die soziale und polizeiliche Kontrolle überaus wirksam sind. Tröstlich ist höchstens, daß der moderne Strafvollzug ein gewisses Quantum an Medienkonsum zuläßt.

Der ganz normale Wahnsinn

Können es sich heute die Kulturstifter erlauben, über den Sinn und die Ästhetik geschmackvoller Drapierung von Buchattrappen lustvoll zu streiten, so ist unser Mensch aus Bruckhausen gadenlos authentisch. Ein Familienoberhaupt mit Frau und vier Kindern ist stolz auf seine 24bändige, ledergebundene Ausgabe von „Die Geschichte der Menschheit“. Pro Quartal ein Band zu DM 270,-, acht Bände sind bereits erschienen. Als Motiv für das Zugreifen bei dieser einma-

ligen Gelegenheit (limitierte Auflage) wird das gute Aussehen im Wohnzimmer und das Vermächtnis für den vierjährigen Sohn genannt. Der Familienvater selbst kann weder schreiben noch lesen. Diese Beispiele mögen genügen um über die wahre Teilhabe an den Massenkulturgütern zu urteilen. Die Lebensstile marginalisierter Bevölkerungskreise in peripherisierten Stadtteilen und Quartieren haben wahrlich nichts mit der Prägung der modernen Zivilisation zu tun. Als Arbeitskräfte aufgegeben, als KonsumentInnen kaum relevant, müssen diese Menschen täglich um ihre Krümen vom Wohlstandskuchen kämpfen. Lebensstil gilt hier nicht als gestalterische Größe oder als Basis sozialen Wandels. Lebensstil ist Überlebensstil.

Normalität wird simuliert. Die gutbürgerlichen Küchen- und Wohnzimmerklischees werden bei entsprechendem Talent über das geschickte Aufarbeiten von Sperrmüllgütern erreicht. Dabei ersetzt die Klebefolie die unvermeidliche Eichenholzfront. Dem Besucher kann es auch passieren, daß die gute Hausfrau auf dem Straßenschuhe-Ausziehen besteht, obwohl eine weitere Verschmutzung des ehemals vielleicht unifarbene Teppichbodens nicht zu erwarten ist.

Noch eklatanter wird die Scheinwelt im Arbeitsleben sichtbar. Der normale Arbeitsmarkt gibt in dieser strukturschwachen Region nichts mehr her. So gehen viele Frauen schwarz putzen. 2x pro Woche zwei Stunden in einem 20km entfernten Einsatzort für 8,- bis 10,- DM/ Stunde. Das heißt eine Stunde Anfahrt und eine Stunde Abfahrt mit öffentlichen Verkehrsmitteln, Kosten zwischen 5,- und 8,- DM. Falls vorhanden, fährt der Ehemann seine Gattin mit dem Auto. 20 km hin, zwei Stunden warten tut Mann nicht, 20 km zurück. Zum Abholen noch einmal 40 km. Vom Verdienst übrig bleiben im Höchstfall 20,- DM pro Woche. Der Einsatz lohnt sich aber. Erstens entsteht das Gefühl der Nützlichkeit und zweitens sind 80,- bis 100,- DM im Monat ein Zubrot für außergewöhnliche Anschaffungen.

Nicht viel besser sieht es bei den „selbständigen“ Männern aus. Mit ihren 6km-Autowracks (ohne Führerschein fahrbar) begeben sie sich frühmorgens auf Tour. Schrottsammeln und Entrümpelungen in

einem ohnehin kargen Stadtteil stehen auf dem Programm. Bei näherem Hinhören in ihren zahlreichen Pausengesprächen entpuppt sich das große Geschäft als Traum, als Option auf die Zukunft. Jedoch ist wohl der Verdienst bei derartigen Unternehmen zweitrangig. Das Engagement und die Initiative zählen. Unwidersprochen dürfte sein, daß auch in der ersten Kultur Arbeit simuliert wird - nur viel subtiler und verdienstvoller. Dort gehört es zum guten Ton, genährt durch Überheblichkeit und Überdruß. Der dekadente Charakter einiger Beschäftigungsprofile (Menschen- und Häusermakler, Repräsentanten, Berater) ist offenbar. So wird aber die Yuppiementalität geboren, die über Freizeitstile und modifizierte Arbeitszeiten schwadronieren läßt.

Normalität wird simuliert.

Im Schatten der Wirtschaft

Eigenwirtschaft und Schattenwirtschaft sind in Bruckhausen an der Tagesordnung. Sie werden mit ungeheurer Akribie betrieben und mit einer gewissen Bauernschläue gepflegt. Als wollten sie dem Rest der Gesellschaft ein Schnippchen schlagen, pflegen die Menschen ihre Talente und Connections. Ihr Unrechtsbewußtsein ist dabei häufig ausgeprägter als das der Millionenschieber in öffentlichen oder privaten Diensten. Immer wieder kreisen die Gedanken um die Legalisierung ihres Tuns. Vordergründig scheitert es an objektiven Hindernissen (z.B. Handwerksordnung). Gravierender scheint jedoch die mangelnde fachliche und emotionale Kompetenz. Handwerks- und Dienstleistungsangebote sind von der Qualität her signifikant milieukonform. Auf einem normalen (Schwarz-)Markt wären die Leistungen kaum konkurrenzfähig. Auch die Arbeitshaltung schwankt zwischen „verbissen reinhauen“ und „locker gehen lassen“, wobei letzteres auch schon mal das Versaufen des Vorschusses beinhaltet.

Dabei ist die Diskrepanz zwischen Selbsteinschätzung (fachliches Talent, Konsolidierung des Betriebes) und Wirklichkeit (chaotische Arbeitsbedingungen, Illegalität) immens. Die Aktivisten des Stadtteils handeln jedoch mit ihrem freien Unternehmertum sehr rational. Der erste Arbeitsmarkt hat für sie mindestens zwei Nachteile. Zum einen werden sie wegen mangelnder Qualifikation und schillernder Biographie kaum gebraucht und zum anderen würden regelmäßige Lohneinkünfte die Gefahr der Lohnpfländung mit sich bringen.

Das bedeutet Ausbau der Zentren und elitären Infrastrukturen, um den Allüren der Besitzenden zu entsprechen. Die begrenzten kommunalen Ressourcen werden so aufgezehrt.

Schulden haben sie alle allemal. Der 2. Arbeitsmarkt (ABM/§ 19 BSHG) hat den zusätzlichen Nachteil, für relativ kurze Zeit aus den gewohnten Lebensbewältigungsstrategien herausgerissen zu werden. Statt der erhofften Konsolidierung tauchen alte und neue Probleme auf. Längst verdrängte Unterhaltszahlungen und Schuldentilgungen lassen den Stolz auf feste Arbeit bald verblassen. Neue Kreditkansen tun sich auf. Zumindest im Teilzahlungsgeschäft ist die monatliche Lohnabrechnung bares Geld. Was interessiert es den Verkäufer in einem HiFi/Videoladen, ob der Sozialarbeiter für den potentiellen Kunden gerade einen Haushaltsplan zur Tilgung der Altschulden entwickelt hat.

Den Lifestyle-Jongleuren sollen Berichte über Wohnungsstandards, Krankheit, Alter, Verwahrlosung und, und, und ... erspart bleiben. Wer sich jedoch eingehender mit dem Thema Armut auseinandersetzen will, findet im Anhang einige Hinweise.²

Das harte Brot mit den weichen Faktoren

Daß der Kampf um Räume für exquisite Lebensstile längst begonnen hat und daß Politik daran nicht unbeteiligt ist, wird bei der Auslobung sogenannter weicher Standortfaktoren sichtbar. Länder, Regionen und Kommunen konkurrieren um potentielle Investoren. Die harten Standortfaktoren, wie Bodenschätze, verkehrliche Infrastruktur und billige Massenarbeitskräfte sind in den Hintergrund getreten. Die zukunfts-trächtigen Branchen ringen um höchst-qualifiziertes Personal. Dieses ist nur zu gewinnen, wenn das Umfeld des Unternehmens paßt.

Kultur- und Freizeitangebote müssen genügend attraktiv sein. Exklusives Bauland für die VIP's sollte vorhanden sein. Kurz gesagt, das Image einer Stadt muß stimmen. Die Kommunen in den alt-industriell geprägten Regionen sollen und wollen mit den begrenzten Mitteln innerhalb kürzester Zeit diesen Bedürfnissen Rechnung tragen. Das bedeutet Ausbau der Zentren und elitären Infrastrukturen, um den Allüren der Besitzenden zu entsprechen. Die begrenzten kommunalen Ressourcen werden so aufgezehrt. Für die problematischen Randzonen bleiben Almosen, die den Prozeß einer unkontrollierten passiven Sanierung forcieren. Bruckhausen ist nicht einmalig. Es werden noch etliche Regionen, Stadtteile, Gebiete hinzukommen.

Was nun?

Moderne Zeiten haben schon in älteren Kulturen und Gesellschaften ihre Stilleblüten getrieben. Doch auch in der Vergangenheit hat es immer Mächtige und Ohnmächtige gegeben. Müßig darüber zu streiten, ob es den Sklaven der Antike schlechter ging als den heutigen Verlierern, den Asylsuchenden, SozialhilfeempfängerInnen usw. Natürlich hat heute jedeR die theoretische Chance, sich innerhalb eines Lebens die soziale Leiter rauf oder runter zu arbeiten. Die freiheitlich-demokratische Grundordnung unserer Gesellschaft garantiert die Freiheit des Einzelnen. Die individuelle Freiheit kreiert Lebensstile. Was heißt das? Was steckt dahinter? Doch zumindest das, was Ulrich

Beck in seiner „Risikogesellschaft“ beschreibt: „Die entstehenden Individuallagen sind durch und durch (arbeits-)marktabhängig. Sie sind sozusagen die Perfektionierung der Marktabhängigkeit bis in alle Fasern der Existenz(sicherung) hinein...“, und „die freigesetzten Individuen werden arbeitsmarktabhängig und deshalb bildungsabhängig, konsumabhängig, abhängig von sozialrechtlichen Regelungen und Versorgungen, von Verkehrsplanung, Konsumangeboten, Möglichkeiten und Moden in der medizinischen, psychologischen und pädagogischen Beratung und Betreuung“³.

Also geht es in der Zukunft doch nur um den Verteilungskampf um Güter und Dienstleistungen? Das würde zwei Gewißheiten unterstellen:

1. Die natürlichen Ressourcen sind durch wachsende Produktivität und Kreativität unerschöpflich.
2. Die oben skizzierte Individualgesellschaft findet als solche Akzeptanz. Das ohnmächtige sich-Einrichten im Status Quo ist unabänderlich.

Beides gilt m.E. nicht. Noch ein paar Jahre werden wir den Planeten plündern und verseuchen können, um ein paar Menschen den Standard zu halten. Es wird einen Punkt geben, an dem der dekadente Egoismus weniger von vielen nicht mehr ertragen und getragen wird. Die Auslotung des Ist-Zustands mit oder ohne zukünftigem Untergangsszenario ist aber schon häufig genug vorgenommen worden. Bei aller Defensive sollte und muß der Mut gefunden werden, neue Utopien des Sein-Sollens zu erkämpfen.

spw

- 1 Hermann Schwengel: Lebensstandard, Lebensqualität und Lebensstil, in: Volker Hauff (Hg.), Stadt und Lebensstil, Weinheim/Basel 1988, S. 68ff
- 2 Z.B.: Diether Döring/Walter Hanesch/Ernst Ulrich Huster (Hg.): Armut im Wohlstand, Frankfurt/M. 1990; Hartmut Häußermann/Walter Siebel: Neue Urbanität, Frankfurt/M. 1987; Stephan Leibfried/Florian Tennstedt (Hg.): Politik der Armut oder Die Spaltung des Sozialstaats, Frankfurt/M. 1985; Wohlfahrtswerk für Baden-Württemberg: Blätter der Wohlfahrtspflege, Heft 11/89 und 9/90
- 3 Ulrich Beck: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt/M. 1986





Mittelschichten unverkennbar, trotzdem setzt sich die Urbanisierung, als Wiederbelebung der Zentren, nicht überall durch. Neapel, Porto, Liverpool, Detroit, Dresden, Duisburg und viele andere mehr gehören nicht zu den Gewinnern,

JE KLEINER EINE STADT, DESTO HÄRTER DER "KULTUR- KAMPF"

ihre ökonomischen und sozialen Entwicklungsperspektiven zeigen nach unten. Ihnen fehlen die wirtschaftlichen Innovationspotentiale und die finanzielle Ausstattung, um mit den anderen Zentren mithalten zu können.

Diese Trennungslinie zwischen Aufschwung und Niedergang findet sich ebenso in den neuen Grenzen der Bundesrepublik. Die gesamten größeren Städte in der ehemaligen DDR sind ebenso heiße Anwärter auf einen weiteren Abwärtstrend wie Teile des Ruhrgebietes.

Für die häufig herbeigeschriebene Urbanität in der Bundesrepublik und den übrigen kapitalistischen Ländern gibt es also ohne Zweifel gesellschaftliche und ökonomische Gründe. Diese Basistrends setzen sich aber weder national noch international bruchlos durch. Der vermeintliche allgemeine Trend wird so nur zu einer realen Entwicklung für die „Boomtowns“.

Trennungslinien verlaufen aber nicht nur zwischen den Städten, sondern gerade auch in ihnen. Der Traum von einer multikulturellen, bunten und vielschichtigen Stadtbevölkerung ist ein solcher

geblieben. Statt eines Nebeneinanders der verschiedenen Szenen, sozialen Schichten, ethnischen Gruppen etc. herrschen Kampf und knallharte Konkurrenz. Die Illusion von vielen verschiedenen Nischen ist geplatzt - es geht um die unterschiedlichen Lebensansprüche, die sich häufig aufgrund der unterschiedlichen Voraussetzungen und der begrenzten Angebote nur gegeneinander durchsetzen lassen. Die sympathischen Türken mit ihren kleinen Läden stehen der Luxusmodernisierung im Weg; das Eindringen von „Schicki-Micki-Lokalen“ nach Kreuzberg wird als Kampfansage gegen Alternative und Autonome aufgefaßt; neue Kommerzkultur wie die „Neue Flora“ in Hamburg zerstört gewachsene Wohnviertel ... Durch die Konkurrenz untereinander gehören die sich langsam, fast zufällig herausbildenden „Stadtlandschaften“ wohl der Vergangenheit an. Die konkrete Ausgestaltung und Erhaltung von Wohn- und Lebensbereichen muß heute durchgesetzt werden. Mit den in die Städte drängenden Menschengruppen und dem massiv gewachsenen ökonomischen Interesse an Flächen, dürfte die Zeit für „Reservate“ bald abgelaufen sein.

Die sozialen Spannungen der Vergangenheit dürften zumindest in der Bundesrepublik erst ein Vorgeschmack auf das Kommende gewesen sein. In Phasen der Prosperität und bei einer übersichtlichen sozialen „Gemengelage“ gab es einerseits noch genug zum Verteilen und andererseits ließen sich die Konflikte noch kanalisieren. Wenn man nun die FNL betrachtet, ist es mit den positiven ökonomischen Daten nicht mehr so weit her und die ersten kleineren Ausbrüche haben ja bereits stattgefunden. Nach dem Auslaufen von „Kurzarbeit Null“ dürfte ein heißer Sommer auf der Tagesordnung stehen.

Gleichzeitig erleben wir momentan eine einschneidende Veränderung und vorschreitende Differenzierung der sozialen Strukturen. Noch immer drängen Tausende unserer neuen „Brüder und Schwestern“ in die alten Bundesländer, weitere Einwanderungsbewegungen aus den anderen osteuropäischen Ländern sind abzusehen und nicht zuletzt baut sich eine immer größere Einwanderungswelle aus Ländern der „III. Welt“ auf. Der großstädtische Mix

wird komplizierter und die Auseinandersetzungen um die Fleischtröpfe dürften härter werden. Wer alles zu den Gewinnern gehört, ist noch nicht entschieden.

Es geht aber auch um die Ausprägung des spezifischen Charakters einer Stadt, um die kulturelle Hegemonie vor Ort. Je kleiner eine Stadt, desto härter der „Kulturkampf“. Metropolen wie Hamburg und Berlin bieten genug Raum für unterschiedliche, ja gegensätzlich ausgeprägte Schichten und Viertel.

Wer sich in diesen innerstädtischen Konflikten meistens durchsetzen wird, ist schon im Vorhinein klar: diejenigen, die das Geld und die öffentliche Meinung auf ihrer Seite haben. Der Rest muß sich neue Nischen suchen oder wird in die städtische Peripherie abgedrängt, damit de facto aus dem sozialen Gefüge Stadt herausgedrängt.

Unabhängig von der Formierung der unterschiedlichen Lebensfelder in einer Stadt, kann man sich getrost von der idyllischen Vorstellung des Nebeneinanders lösen - Großstädte sind Zwangsvereinigungen höchst unterschiedlicher sozialer und kultureller Schichten:

- Ein Großteil der AusländerInnen lebt bei uns aufgrund der katastrophalen ökonomischen und politischen Verhältnisse in ihrer Heimat.
- Für viele sozial Schwächere (ältere Menschen, StudentInnen etc.) bieten Altbaugebiete noch immer ein relativ preiswertes Wohnen.
- Singles und Alleinerziehende können ihr Leben nur in der Stadt organisieren.

Die Zwangsvereinigung der unterschiedlichen Gruppen in Großstädten ist aber nur die eine Seite der Medaille - gleichzeitig brauchen sie sich auch. Gegensätze und Widersprüche sorgen für Selbstbewußtsein, Hoffnung, Schuldzuweisungen und Abgrenzungen bei der Identitätsbildung. Auch ganz praktisch braucht sich das soziale Konglomerat - als Nachfrager und Anbieter von unterschiedlichsten Dienstleistungen.

Ob dieser sich erweiterende Sozial- und Kultur-Mix zumindest auf der Oberfläche moderiert werden kann, oder ob sich die bundesrepublikanischen Großstäd-

te an die europäischen oder gar amerikanischen Auseinandersetzungsstandards angleichen, ist noch ungewiß. Die Konfliktpotentiale wachsen. Die „Alternative“ einer klaren Ghettoisierung der verschiedenen Bevölkerungsgruppen nach dem „Modell New York“ dürfte weder attraktiv sein noch die Konflikte mittelfristig abschwächen.

Konfliktpotentiale

Grundsätzlich stellen die heutigen Realitäten in Großstädten und Metropolen und ihre möglichen Entwicklungsvarianten die bisherigen Definitionen und Vorstellungen infrage. Die Aussagekraft von Größenkategorien, Funktionen oder spezifischen wirtschaftlicher Strukturen dürfte immer geringer werden. Was will man mit der Feststellung anfangen, daß Städte wie Osnabrück, Bielefeld, Karlsruhe oder Augsburg im bundesrepublikanischen Maßstab aufgrund ihrer EinwohnerInnenzahl als Großstädte zu gelten haben? Viel eher scheint es heute angemessen, Großstädte und Metropolen nach ihren latenten, temporären und permanenten Konfliktpotentialen zu unterscheiden. Metropolen wären im Rahmen einer solchen Beschreibung dann die Summe der größtmöglichen Gegensätze einer Region bzw. eines Landes, die sich zudem ständig entladen. Als bundesrepublikanische Metropolen dürften so wohl nur Berlin und Hamburg durchgehen, der Rest fällt national und international noch ab. Die Realität, Darstellung und Wahrnehmung von Metropolen fällt in bemerkenswertem Maße in der „I. Welt“ auseinander. Widersprüchlichkeiten und Komplexitäten dieser großen urbanen Gebilde werden geflissentlich ignoriert oder auf politischen und persönlichen Bedarf reduziert. Soziale Auseinandersetzungen und Probleme werden so entweder als Abschreckung instrumentalisiert oder als „thrill“ der Großstadt ins Rampenlicht gerückt. Am liebsten sind den Medien die Metropolen als riesiges Feld von neuen Trends und Moden. Die Stadt wird auf die „schönen Seiten“ des Lebens reduziert: Essen, Trinken, Kultur und Konsum. Trotz aller sozialer und ökonomischer Umbrüche läßt sich der Verdacht, daß die neue Urbanität und die Mythologisierung der Metropolen auch gerade ein Medien-

phänomen ist, nicht von der Hand weisen. Der Kampf der Städte um Medienpräsenz wird zu einem wichtigen ökonomischen und kulturellen Faktor, denn nur wer von den Menschen im ganzen Land wahrgenommen wird, kann seine Modernität behaupten. Egal ob Hauptstadfrage, „Expo“, „Museumsufer“ oder Centre Pompidou-Metropolen müssen sich und ihren Ruf ständig reproduzieren. Dank dieser Außendarstellung prägen Metropolen und Großstädte inzwischen die Wünsche und Vorstellungen der gesamten Gesellschaft. Für die meisten Menschen müssen aber die Exkursionen ins Abenteuer Metropole oder die Versatzstücke dieser vermeintlich großstädtischen Welt, die in die Provinz importiert werden, reichen.



Urbanität wird in der „II. und III. Welt“ etwas anders buchstabiert.

Die Gräben zwischen Stadt und Land sind nach wie vor riesig. Die Versorgung mit den grundlegendsten Waren und Dienstleistungen ist, wenn überhaupt, häufig nur in den Städten möglich. Landflucht ist hier weder Luxus noch eine von mehreren Alternativen, sie wird getrieben von Hoffnungen und blanker Not. Die Enttäuschung über die wirklichen Angebote und Chancen in den Städten ist dann für die Masse der Zuwanderer um so bitterer. Illusionen von einem verbesserten Lebensstandard oder vom

reinen Überleben werden schnell und brutal zerstört. Die Gruppe der großstädtischen Gewinner ist wesentlich kleiner, mithin auch die Chancen dazugehören.

Hunger und Elend stehen in den Ländern des ehemals real existierenden Sozialismus, der „II. Welt“, nicht unbedingt auf der Tagesordnung. Die sozialen und ökonomischen Umbrüche der entwickelten kapitalistischen Länder zeichnen sich zum Teil erst am fernen Horizont ab. Versorgung mit Dienstleistungen, Anschluß an die marktwirtschaftliche Entwicklung und bescheidender Wohlstand sind die Triebkräfte der Urbanität. Kräftig beflügelt werden diese Wünsche und Hoffnungen durch die kapitalistischen Vorbilder. Dank der neuen Offenheit ist

der Blick in die Warenhäuser und die Wohnzimmer schließlich kein Problem mehr. Erwartungen werden so geweckt, allein die konkrete Unterstützung beim Übergang fällt mager aus.

„Stadtluft“ macht so in den osteuropäischen Ländern in einem sehr zynischen Maße frei von früheren politischen und gesetzlichen Strukturen. In diesem politischen Vakuum herrschen Desorganisation, Desorientierung und Kriminalität. Schwarzmärkte, Geschäftemacher aus Ost und West und Aufbruchversuche prägen das Bild der osteuropäischen Metropolen. Nutznießer sind wenige, betroffen von dem Zerfall der bisherigen wirtschaftlichen Strukturen sind viele.

Armut und Elend, Avantgarde und Experiment

Die gesellschaftlichen Auflösungserscheinungen sorgen darüberhinaus für eine Stärkung irrationaler und separatistischer Tendenzen, sowohl in Bezug auf einzelne Volksgruppen, Religion, im Verhältnis

EXOTIK, GEWALT UND SCHMUTZIGE NATÜRLICHKEIT VERSCHAFFEN DEN GROSSTÄDTEN AFRIKAS, ASIENS UND SÜDAMERIKAS ALLEMAL DIE AUFMERKSAMKEIT FÜR "ABENTEUER- URLAUB" & BERICHTERSTATTUNG.

zwischen Stadt und Land als auch zwischen Betrieben. So werden landwirtschaftliche Produkte nicht mehr in die Zentren geliefert, Regionen blockiert und Industriegüter nur noch im Tauschverfahren zwischen einzelnen Betrieben transferiert. Diese Aufspaltungen in der Gesellschaft und der Ökonomie deuten eher auf negative Entwicklungsperspektiven für die Städte hin. Ohne geschlossenes Wirtschaftsgebiet und ein Mindestmaß an gesellschaftlichem Konsens ist eine schnelle Ausdifferenzierung von urbanen Strukturen wie in den kapitalistischen Ländern nicht zu erwarten.

Waren am Anfang von Glasnost und Perestroika die Großstädte insbesondere der UdSSR noch voll im Blickfeld unserer Medien, schließlich war das, was sich unserem Auge bot so schön unverbraucht und natürlich, so ist das Interesse merk-

lich abgekühlt. Seit Armut und Elend Avantgarde und Experimente überdecken, geben Moskau und Leningrad nicht mehr soviel her als spannende Metropolen.

Metropolen in der „III. Welt“, wie Mexiko-City, Rio, Manila, Neu Delhi oder Harare sind inzwischen fast bar jeglicher ordnender oder lenkender Strukturen, hier herrscht schlicht Gewalt. Die Staatsmacht kann für die Mehrzahl der Menschen Sicherheit genauso wenig bieten wie einfachste Versorgung mit Infrastruktur. Trotzdem sind die Menschen gezwungen, ihre ländliche Heimat zu verlassen. Ökologische Zerstörungen, Überbevölkerung und regionale Konflikte machen das Leben dort häufig unmöglich. Zu Fluchtpunkten werden dann die Großstädte. Herausgerissen aus den bekannten sozialen und ökonomischen Bezugssystemen werden die Menschen in der Großstadt vereinzelt und ihrem Schicksal überlassen. Verelendung, Prostitution und Kriminalität sind die Konsequenzen eines Lebens am Rande des Zentrums. Da die „offizielle Welt“, entgegen einheimischer und ausländischer Soap-operas, nichts zu bieten hat, bleibt nur die Orientierung auf nicht-staatliche Strukturen und Organisationen. Diese „Welten“ haben höchst unterschiedliche Orientierungen:

- Fortschrittliche Bewegungen und Teile der christlichen Kirchen drängen auf eine Veränderung der gesellschaftlichen Wirklichkeit, um so auch der Mehrheit der Bevölkerung eine Lebensperspektive zu eröffnen.
- Kriminelle Vereinigungen profitieren von der Machtlosigkeit gesellschaftlicher Institutionen und der Armut der Masse ihrer Wasserträger, ihre Orientierung ist deshalb der Status quo.
- Fundamentalistische Gruppen, seien sie religiös oder nationalistisch, versuchen tradierte oder scheinbar tradierte Ordnungsstrukturen in einer urbanisierten Gesellschaft wiederherzustellen.

TrägerInnen eines Modernisierungs- und Urbanisierungskonzeptes nach kapitalistischem Zuschnitt sind fast nicht vorhanden. Für ihre Herausbildung fehlen die ökonomischen und gesellschaftlichen Anknüpfungspunkte und Potentiale.

Inseln der Hoffnung

Das Stadtmodell für die „III. Welt“ wird sich auf absehbare Zeit an einer strikten Trennung der verschiedenen Gruppen und Schichten orientieren. Die Gruppe derjenigen, die in der Stadt „leben“, wird im Verhältnis zur „I. Welt“ sehr klein bleiben. Die Masse von Menschen, die höchstens „überleben“ wird, wird immer riesiger.

Trotz oder gerade wegen dieser tiefen Spaltung und des brutalen Auseinanderklaffens von Reichtum und Armut, liegen diese Millionenstädte voll im Metropolentrend. Nicht ohne gerütteltes Maß an Perversion repräsentieren sie Abenteuer, Spannung und Nervenkitzel für den saturierten Norden. Exotik, Gewalt und schmutzige Natürlichkeit verschaffen den Großstädten Afrikas, Asiens und Südamerikas allemal die Aufmerksamkeit für „Abenteurerurlaub“ und Berichterstattung.

Neue „Inseln der Hoffnung“ liegen für die Ärmsten dieser Welt jetzt in den kapitalistischen Ländern und ihren Metropolen. Eine Hoffnung, die subjektiv und auch objektiv im Verhältnis zu ihren bisherigen Lebensbedingungen nicht trügen muß. Die „III. Welt“ bzw. die Lebensverhältnisse halten Einzug in die kapitalistischen Großstädte. New York, Los Angeles, Paris und London sind nur Beispiele eines Trends, der den Zentren des Nordens die Ghettos, das Elend und die Konflikte der Unterentwicklung beschert.

Nur am Rande stellt sich da die Frage, ob die momentanen Protagonisten des Metropolenkults nicht die Lust an diesem Lebensfeld verlieren, wenn ständige Bambule vor der eigenen Haustür und Kratzer auf dem eigenen Cabrio zur Normalität werden. Global gesehen beruht Urbanität auf Not und Hoffnung. In der Realität führt sie zu noch größerer Not, zu Hoffnungslosigkeit und zur Orientierung auf die kapitalistischen Zentren. Die Mittelschicht-Variante der „Urbanität“ in den kapitalistischen Ländern, mit Konsum, Kultur und Selbstverwirklichung, ist und bleibt die Ausnahme. Die vielbeschworene „neue“ Urbanität ist damit für die meisten Menschen auf dieser Erde eigentlich die alte Stadtlucht.

Das EXPO-Projekt

Arno Brandt, Wolfgang Jüttner, Stephan Weil (Hg.):

Das EXPO-Projekt - Weltausstellung und Stadtzukunft,

Fackelträger-Verlag Hannover 1991, 208 Seiten, Ladenpreis DM 19,80

Hannover stand bislang - mit Ausnahme der Messe - nicht gerade im Rampenlicht der internationalen Öffentlichkeit. Was sich allerdings spätestens seit dem 14. Juni 1990 ändern soll: An diesem Tag erhielt die Leinestadt nämlich den Zuschlag für die Ausrichtung einer Weltausstellung - und zwar nicht irgendeiner, sondern derjenigen, die im magischen Jahr 2000 unter dem Motto „Mensch-Natur-Technik“ stattfinden soll. Kann die Linke zu diesem Großereignis eine gleichermaßen kritische wie konstruktive Haltung einnehmen? Diese Frage wird in der progressiven Szenerie Hannovers heftig diskutiert. Die Bedeutung dieser Debatte reicht weit über Niedersachsens Grenzen hinaus, bündeln sich hierin doch exemplarisch zentrale Zukunftsfragen von der Entwicklung der urbanen Arbeits- und Lebensweisen bis hin zur Bewältigung der globalen Entwicklungen. Dies macht den von drei hannoverschen SPD-Linken herausgegebenen Sammelband „Das EXPO-Projekt - Weltausstellung und Stadtzukunft“ auch für Auswärtige so interessant und lesenswert.

Dies gilt zuallererst für den Aufsatz von WALTER SIEBEL, der die EXPO in einen neuen Typus städtischer Politik einordnet, nämlich die „kampagneartige Mobilisierung von Ressourcen auf ein Großprojekt“ hin. Den tieferen Grund für diese „Festivalisierung der Politik“ sieht er in der „Unsichtbarkeit der Städte“ - einem Ergebnis wuchernden urbanen Wachstums und großräumiger internationaler Konkurrenz. Gleichzeitig seien ihre inneren Probleme und darauf bezogene Lösungen differenziert und fragmentiert, für sich genommen nicht mehrheitsfähig und „politisch schwach“. „Festivalisierung“ versuche demgegenüber städtische Identität zu stiften. Dies könne die inneren Problemlagen noch „unsichtbarer“ machen. Sie eröffne umgekehrt aber auch die Chance,

„mit den kleinteiligen Lösungen vor Ort eine weitreichende Propaganda der guten Tat zu entfalten“. Auf diese Problemstellung geht mehrere Artikel später auch WILFRIED KRUSE ein, der die Rolle der Großprojekte am Beispiel Barcelonas und der Olympischen Spiele von 1992 thematisiert: Stadtentwicklung sei damit wieder zu einem öffentlichen Streit- und Dauerthema geworden. Diese „diskursive“ Seite von urbanen Großprojekten scheint auch ARNO BRANDT u.a. vorrangig zu bewegen: Es geht ihnen und den meisten anderen Autoren gerade um den Versuch, für sich genommen „unsichtbare“ Maßnahmen progressiver Stadtpolitik einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. (An dieser Stelle sei angemerkt, daß sich die Autoren mittlerweile zu Fürsprechern einer Volksbefragung zum umstrittenen Thema EXPO gemacht haben.)

Gegenstand dieses Diskurses sind die beiden zentralen inhaltlichen Problemstellungen - die Globalität des Komplexes „Mensch-Natur-Technik“ auf der einen, die Entwicklung der konkreten Stadt Hannover auf der anderen Seite. In globaler Hinsicht ist es ROBERT JUNGK, der in der EXPO 2000 die Chance sieht, „überforderten und enttäuschten Menschen wieder Mut zu machen“ und brachliegende menschliche Phantasien und Energien für die Bewältigung der weltweiten Probleme zu mobilisieren. Dies hätte sicherlich in kritischer Auseinandersetzung mit dem im Jahre 2000 auslaufenden industriellen Jahrhundert zu geschehen, was ein besonderes Anliegen von OSKAR NEGTS Ausführungen darstellt. Noch sehr wenig erfährt man in dem Buch allerdings über die Möglichkeiten, die Internationalität der Ausstellung entsprechend zu gestalten. Die Seite der Stadtentwicklung wird vom neuen Oberstadtdirektor JOBST FIEDLER so behandelt, wie man es wohl

(leider) erwarten konnte. Während mögliche Problemlagen nur kurz gestreift werden, muß der Leser eine unreflektierte Liste angeblicher und tatsächlicher EXPO-Vorteile über sich ergehen lassen. Ganz im Gegensatz dazu führt der Direktor des Großraumverbandes Hannover, HEINRICH GANSEFORTH, eine kritische Auseinandersetzung mit Imagedebatten und Marketingdenken, thematisiert die entscheidende Rolle wirtschaftlicher Macht in der Stadtentwicklung und die Sinnhaftigkeit von Protest und Widerstand als Wege aus der Krise der Stadt. Er ist nahezu der einzige Autor, der neben Diskurs- auch noch Machtfragen thematisiert.

Wie man sich eine alternative bzw. bessere und problemgerechtere EXPO vorzustellen habe, versuchen aus unterschiedlichen Blickwinkeln (Architektur, Verkehr, Ökologie, Wohnungsbau, Frauen u.a.) weitere Aufsätze zu erörtern. Neben sehr vielen interessanten Anregungen fällt dabei doch immer wieder auf, daß die - aus heutiger Sicht - wahrscheinlichen sozial-kulturellen und auch sozial-ökologischen Konsequenzen der EXPO zwar eindringlich thematisiert werden (Preisanstieg, Mietenexplosion, sozial-räumliche Abdrängung und Segregation usw.), aber diesen in der gesamten Stadtregion wirksamen Tendenzen zumeist nur mit „beispielhaften“ Projekten (gewissermaßen „Musterstadtteilen“) begegnet werden soll. Hierin liegt nach meiner Meinung die größte, im vorliegenden Buch deutlich werdende Schwachstelle der kritischen EXPO-Befürworter (ausgesprochene EXPO-Gegner kommen - warum eigentlich? - im Buch nicht zu Wort).

Auf der anderen Seite ist die von den Herausgebern und einigen weiteren Autoren betonte Chance des „EXPO-Festivals“ für eine Mobilisierung produktiver demokratischer Kräfte überzeugend dargelegt und ein weitgespannter Problemaufriss vorgenommen worden. Dabei regt das vorliegende Buch mit seinen Stärken wie mit seinen Schwächen die Phantasie an und es zeigt, daß die in den kommenden Jahren hoffentlich anhaltende EXPO-Debatte weit über Hannover hinaus geführt werden muß.

Uwe Kremer, Dortmund

links

SOZIALISTISCHE ZEITUNG

Politische Kritik mit
theoretischem Anspruch.

links im Juni 1991:

Politische Trends in der BRD sind das Schwerpunktthema der Juni-links. In der Ex-DDR hat sich das kapitalistische Versprechen von Wohlstand und Prosperität als Blendwerk und die von westdeutschen Politikern geweckten Hoffnungen als Trug erwiesen. Ehrlicherweise vermag heute jedoch niemand zu sagen, wie die Misere dort behoben und der sprichwörtliche Rubel zum Rollen gebracht werden kann.

Verbunden mit dem ökonomischen Desaster machen sich andere beunruhigende Trends in den neuen Bundesländern bemerkbar: Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Rechtsextremismus. Der einst von oben verordnete Antifaschismus des real existierenden Sozialismus hat seine Wucherungen hinterlassen. Weitgehend „unter Tage“, unbeachtet von der kritischen Öffentlichkeit findet die „Abwicklung“ des alten und die Anpassung an das „neue Bildungssystem“ statt. Auch hier wiederum eine vertane Chance der Demokratisierung?

Dazu schreiben in der neuesten links

Joachim Hirsch:

„An der DDR überfressen?“

Frank D. Stolt:

Rechtsextremismus à la DDR

Olaf Herold:

Abwicklung: Notbremse, Reform
oder Gleichschaltung

Ich bestelle

○ 1 Probeexemplar (kostenlos)

— Ex. links vom
(Einzelheft 6,- DM)

Name: _____

Straße: _____

Ort: _____

links, PF 10 20 62, 6050 Offenbach

Armut, was ist das?

Dieter Döring, Walter Hanesch, Ernst Huster (Hrsg.): *Armut im Wohlstand*, edition suhrkamp, Frankfurt 1991, 403 Seiten, DM 22,-

Armut, was ist das? Wer von Armut in der Bundesrepublik Deutschland spricht, der stößt vor allem bei den Vertretern der schwarzgelben Regierungskoalition auf Widerspruch. In der Bundesrepublik, so ihre Argumentation, gebe es keine Armut mehr, jeder Bürger habe Anspruch auf die Leistungen der Sozialhilfe. Wer von Armut in diesem unserem Lande spricht, der vergesse, daß in anderen Teilen der Welt Menschen den Hungertod sterben müssen. Davon kann bei uns nicht die Rede sein! Und Recht haben sie, die Damen und Herren Politiker und die ihnen wohlgesonnenen Wissenschaftler. Zwar erfriert hin und wieder einmal ein Penner, aber verhungern, nein, verhungern muß - in der Tat - im neuen Deutschland keiner. Vor diesem Hintergrund muß das neue Buch von Dieter Döring, Walter Hanesch und Ernst-Ulrich Huster, das sich mit der Armut in Deutschland beschäftigt, als überflüssige Provokation erscheinen. Warum sich mit einem Problem auseinandersetzen, das es überhaupt nicht gibt? Gehört das Thema nicht längst der Vergangenheit an? Hat nicht der Sozialstaat den Manchesterkapitalismus des 19. Jahrhunderts überwunden?

„Armut im Wohlstand“, so der Titel des im Suhrkamp Verlag erschienenen Buches, beschäftigt sich mit dem Problem sozialer Ungleichheit in seiner ganzen Komplexität in einem der reichsten Länder der Welt. Zurecht wird zwischen der „absoluten“ Armut in der Dritten Welt, und der „relativen“ Armut in den entwickelten Industrienationen unterschieden, denn erst vor dem Hintergrund dieser Differenzierung läßt sich adäquat über Armut im Wohlfahrtsstaat diskutieren. Vielleicht wäre es daher sinnvoller gewesen, bereits im Titel dieses lesenswerten Buches von der sozialen Ungleichheit im Wohlfahrtsstaat zu sprechen. Die „Armut im Wohlstand“ hat viele Gesichter, Armut, das wird in allen Aufsätzen deutlich, bedeutet die ungleiche Verteilung ökonomischer Ressourcen und Lebenslagen; Armut bedeutet aber auch, den Risiken der Risikogesellschaft in besonderem Maße ausgesetzt zu sein. Das betrifft den

„Normalfall“ der Arbeitslosigkeit, von der jeder getroffen werden kann, der seine „Ware“ Arbeitskraft gegen Entgelt verkaufen muß, die daraus möglicherweise resultierende Einkommensarmut, die schlechteren Arbeitsbedingungen aufgrund der schlechteren schulischen bzw. beruflichen Qualifikation, aber auch die gesundheitlichen Risiken, wie sie sich z.B. aus der Arbeit in Metallberufen ergeben.

Es gibt keinen Bereich gesellschaftlicher Armut, der nicht von den Autoren beleuchtet worden wäre. Da sie sich nicht damit zufrieden geben, Armut auf das Einkommen zu reduzieren, sondern soziale Ungleichheit - wie bereits oben angedeutet wurde - in den Kontext von Benachteiligung und Unterversorgung in zentralen Lebensbereichen stellen, eröffnet sich dem Leser die Möglichkeit, Armut in ihrer ganzen Breite zu erfassen und damit eine verengte Sicht- und Zugangsweise zum gesellschaftlichen Skandal Armut zu überwinden. Daher unterscheidet sich der über 400 Seiten umfassende Band wohlthuend von den Arbeiten wohl eher sozialdarwinistischer Autoren konservativer Provenienz zum Dauerbrenner Armut. Bedauerlicherweise - und das ist keineswegs den Herausgebern anzulasten - konnten die Veränderungen und sozialen Konflikte, die sich aus der (Wieder-)Vereinigung beider deutschen Staaten ergaben, nicht berücksichtigt werden. Denn neben den politischen, ökonomischen und ökologischen Problemen aus der Hinterlassenschaft der DDR und in engem Zusammenhang mit diesen haben die sozialen Probleme so große Ausmaße angenommen, daß sie die sozialpolitische Diskussion im gesamten Deutschland ganz wesentlich bestimmen. Dabei ist nicht immer genau zu bestimmen, welche dieser Probleme aus den vierzigjährigen Verhältnissen in der DDR selbst resultieren und erst jetzt manifest werdende Folgen alter Fehlentwicklungen sind und welche Probleme aus dem Systemwechsel resultieren bzw. als Folge von Eigenheiten des westlichen Systems anzusehen sind.

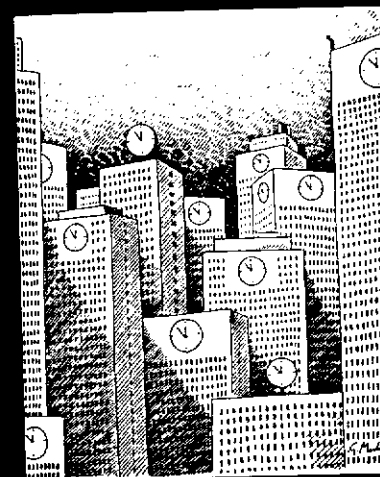
Umso notwendiger erscheint es, das alte System auch auf seine problematischen (im engeren Sinne) sozialen Auswirkungen hin abzuklopfen, um es nicht leichtfertig aus der politischen Haftung zu entlassen und noch nachträglich - wie vielfach in ahnungslosen Reden von den „sozialen Errungenschaften“ der DDR bereits übergenug geschehen - ein System zu beschönigen, daß aus eigener Schwäche und durch den Entzug des letzten Restes an Loyalität seitens seiner Untertanen zusammengebrochen ist. Das ist Stoff für ein anderes Buch.

Klaus Störch, Flörsheim a.Main

Götz Richter

Die lineare Zeit

Eine Untersuchung zum Zusammenhang von Zeitform und Entfremdung



Edition
Philosophie und Sozialwissenschaften 21
Argument

Gesellschaftliche Zeitstrukturen und Entfremdung

Götz Richter, *Die lineare Zeit*.
Eine Untersuchung zum Zusammenhang
von Zeitform und Entfremdung.
Hamburg (Argument-Verlag) 1991,
24,- DM

Die Geschichte der gesellschaftlichen Entwicklung vom Feudalismus zum Kapitalismus ist auch eine Geschichte der Entwicklung veränderter Zeitstrukturen. Zeit als eine wesentliche Dimension allen gesellschaftlichen Seins - im Bereich der Ökonomie ebenso wie in der Sphäre der Reproduktion - ist alles andere als naturgegeben. Ein von Zeitökonomie geprägter Alltag in unserer Gesellschaft - Begriffe dieses Alltags sind „Zeitgewinn-

nen“, „Zeit verlieren“, „keine Zeit haben“, „Zeit einhalten“, „pünktlich sein“ usw. usw. - ein solcher Alltag ist Resultat der gesellschaftlichen Entwicklung; Zeitökonomie spielt im Leben aller Individuen der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft eine Rolle; mehr oder weniger.

Mit der Zeitform des Kapitalismus, ihrer Entstehung, ihrem Einzug in alle Bereiche der gesellschaftlichen Praxis (einschließlich der sog. „Freizeit“) und schließlich der Bedeutung dieser Zeitform für die Entfaltungsmöglichkeiten des Individuums, beschäftigt sich ein in der Reihe „Edition Philosophie und Sozialwissenschaften“ beim Argument-Verlag neu erschienener Band: Götz Richter: „Die lineare Zeit“. Eine Untersuchung zum Zusammenhang von Zeitform und Entfremdung.

Die lineare Zeit, die regelmäßige, exakt quantifizierbare, immer gleichförmige Zeit der Uhr, die heute unseren Alltag bestimmt, war in der ländlichen Produktion des Feudalismus völlig fremd, wie Götz Richter zu Beginn seiner Untersuchung aufzeigt. Im bäuerlichen Alltag besteht keine Trennung zwischen Leben und Arbeit, die Arbeit ist eine gemeinschaftliche; entsprechend natürlicher Zyklen gibt es Phasen intensiveren oder geringeren Arbeitseinsatzes. Dabei „besteht zwischen Zeit und Handeln keine Differenz, da die Zeit in den Handlungen aufgeht und sich nicht als objektiver Faktor gegen sie stellt“: Somit entstehen erst durch Handeln Zeiträume, Zeiträume unterschiedlicher Dauer. Da den ProduzentInnen des Feudalismus das Streben nach Ertragsmaximierung fremd ist, kommen sie ohne eine objektivierbare, meßbare Zeit aus - die erst es ermöglichen würde, in einem bestimmten Zeitraum einen immer höheren Ertrag erzielen zu wollen. Formen von Zeitökonomie entstehen erst mit dem Handelskapitalismus; hier wird die Dauer von Warentransport und Warenumsatz zu einer entscheidenden Größe, nach der sich (u.a.) der Profit bemißt. Das Profitstreben der Kaufleute veranlaßt sie zu einem zweckrationalen, bewußten, haushälterischen Umgang mit der Zeit.

Die Durchdringung aller gesellschaftlichen Bereiche durch das Profitprinzip im Zuge der historischen Entwicklung

bringt die Verallgemeinerung der linearen Zeit mit sich. Rationalisierung und Beschleunigung kennzeichnen den Umgang mit der Zeit in der kapitalistischen Produktion - so analysiert Marx beispielsweise: „Neben das Maß der Arbeitszeit als 'ausgedehnter Größe' tritt jetzt das Maß ihres Verdichtungsgrads. Die intensivere Stunde des zehnstündigen Arbeitstags enthält jetzt so viel oder mehr Arbeit, d.h. verausgabte Arbeitskraft, als die porösere Stunde des zwölfstündigen Arbeitstags.“²

In der industriellen Produktion ist die Linearität der Zeit an einem Extrempunkt angelangt: Der Zeitablauf einer Fabrikarbeiterin bedeutet ein Höchstmaß an Monotonie, an Fremdbestimmung über gelebte Zeit. „Wenn die Maschine zum Subjekt des Produktionsprozesses wird, bleibt für die Subjektivität der Arbeiter kein Platz und keine Zeit mehr. Je mehr menschliche Arbeit durch Maschinen ersetzt und mit Maschinenarbeit kombiniert wird, desto enger wird das Gitter der linearen Zeit.“³

Die Entwicklung der Agrargesellschaft und ihrer zyklischen Zeit hin zur linearen Zeit der Industriegesellschaft, auf die hier nur einige Schlaglichter geworfen worden sind, unterzieht Richter einer eingehenden Untersuchung - sowohl die Umbrüche der Gesellschaftsstruktur, die die lineare Zeit durchsetzen, als auch die verschiedenen Erscheinungsformen linearer Zeit. Die ausführliche Darstellung der Stadien ökonomischer Entwicklung des Kapitalismus mit der Betrachtung der jeweiligen Entwicklung der Zeitstrukturen zu verknüpfen, ist das besondere Verdienst der Arbeit. Ein Resümee: „Die ökonomische Nutzung der Zeit als Ressource läßt diese zum Gegenteil ihrer früheren Bestimmung werden. In vorkapitalistischen Produktionsweisen war Zeit Ausdruck und Folge sozialen Verkehrs und gesellschaftlicher Beziehungen. Dagegen ist Zeit im modernen industrialisierten Arbeitsprozeß eine entsinnlichte, abstrakte Größe, die als die Handlungen determinierende Gewalt funktioniert.“⁴

Die lineare Zeit ist aber, wie schon erwähnt, keineswegs nur die Zeit der Produktionsprozesses. Zum Funktionieren der Produktion ist die Verinnerlichung ihres Zeitregiments durch die ArbeiterInnen unerlässlich - Pünktlichkeit,

Regelmäßigkeit, Zuverlässigkeit und sparsamer Umgang mit der Zeit, stehen für ein Ethos, das den Umgang mit der Zeit generell prägt, auch in der Reproduktionssphäre. Wenn aber die lineare Zeit generell als Zeitstruktur akzeptiert wird, so überträgt sich nach Richter „die Rationalität der Warenbeziehungen ... tendenziell auf zwischenmenschliche Beziehungen. ... Die sozialen Beziehungen dieser Gesellschaft werden einer Zeifform unterworfen, die nicht der prozessualen Struktur menschlich-gesellschaftlicher Zusammenhänge entspricht.“⁵

Damit setzen sich die fremdbestimmten Zeitstrukturen der Lohnarbeit auch in der „eigenen Zeit“, der „Freizeit“ der Individuen, fort; Freizeitkonsum, v.a. von Medien, transportiert fremdbestimmte Zeitstrukturen - wo etwa die Anfangszeiten der ARD-Sportschau den Tagesablauf eines Samstags bestimmen, ist dieser Tagesablauf eben nicht selbstbestimmt.

Richter entdeckt nur wenige gesellschaftliche Bereiche, die sich dem Diktat der linearen Zeit entziehen - so den verschwenderischen, spontan-emotional bestimmten Umgang mit der Zeit, den kleine Kinder praktizieren, so auch die besondere Zeitstruktur von Bildungsprozessen, die sich nur da vollziehen, wo abseits von Zeitdruck wirkliche Kommunikationsprozesse stattfinden können. Ob der Autor vermutet, daß aus solchen Formen der Verfügung über Zeit ein größeres Potential für die Kritik an entfremdeten Zeitstrukturen erwachsen kann? Wenn uns Richter die Motive für sein Augenmerk auf diese Zeitstrukturen auch nicht enthüllt, so äußert er doch, worin seiner Meinung nach keineswegs eine Strategie zur Überwindung der entfremdeten Zeitstrukturen bestehen kann: „Mit mehr Freizeit lassen sich die repressiven Folgen der linearen Zeit also nicht aufheben. Es muß darum gehen, einen engen Zusammenhang zwischen selbstbestimmter Arbeit und gesellschaftlicher Koordination herzustellen. ... Erst wenn die Beschäftigten im Arbeitsprozeß den Rhythmus der Arbeit bestimmen, sind sie Subjekte der Produktion. Eine veränderte gesellschaftliche Verfügung über Zeit kann sich jedoch nicht nur auf die Arbeitszeit begrenzen. Die Trennung in die strikt geschiedenen Lebensbereiche Arbeit, Reproduktion

und Freizeit muß aufgehoben werden.“⁶ Damit ist einmal mehr auf die Aktualität gesellschaftlicher Entwürfe jenseits des Kapitalismus verwiesen, eine Reformstrategie ist nicht angedeutet - was allerdings auch kaum beabsichtigt sein kann. Die Lektüre dieser erhellenden Analyse lohnt sich allemal - insbesondere für die LeserInnen, die sich die Auswirkungen kapitalistischer Strukturen auf den Alltag des Individuums auch jenseits der unmittelbaren ökonomischen Strukturen vor Augen führen möchten.

Den alltäglichen Widerstand der Individuen gegen fremdbestimmte Zeitstrukturen scheint Richter in seiner Darstellung, auch wenn er sich hierzu nur am Rande äußert, zu unterschätzen. Wenn Widerstand gegen starres Zeitregiment sich heute auch nicht in der Zerstörung von Fabriken durch die ArbeiterInnen äußert (wie dies unter frühkapitalistischen Bedingungen schon vorgekommen ist), so finden sich in Formen der Verweigerung gegenüber dem Zeitmuster der protestantischen Ethik, die in der Alltagskultur insbesondere von Jugendlichen große Bedeutung haben, Ansatzpunkte für eine politische Thematisierung von selbstbestimmten versus fremdbestimmten Zeitstrukturen. Bemerkenswert an Richters Buch, das die überarbeitete Fassung einer Diplomarbeit ist, scheint mir die besondere Sensibilität für Entfremdungserfahrungen der Individuen im Alltag. Eine Kritik am Beitrag des Verlags zu dieser Veröffentlichung sei noch angefügt: Ist es schon bedauerlich, daß unnötige, aber lästige, immer gleiche orthographische Fehler den Text durchziehen, so ist es ein Unding, daß bei nicht nur einem Kapitel eine größere Anzahl von Anmerkungen des Autors im Anhang schlichtweg vergessen wurde.

Thomas Rausch, Köln

- 1 R.Zoll, Zeiterfahrung und Gesellschaftsform, in: ders. (Hg.), Zerstörung und Wiederaneignung von Zeit, Frankfurt a.M. 1988, S.76
- 2 MEW 23, S.432f.
- 3 Götz Richter, S.64
- 4 ebd. S.67
- 5 ebd. S.72f.
- 6 ebd. S.92ff.

PapyRossa Frühjahr 1991



Eckart Spoo (Hg.)
KohlZeit
Neudeutschland und sein Kanzler
180 Seiten, DM 18.- ISBN 3-89438-013-6

Neuerscheinungen

Arbeitsgruppe Alternative
Wirtschaftspolitik
MEMORANDUM '91
Gegen Massenarbeitslosigkeit
und Chaos - Aufbaupolitik in
Ostdeutschland
240 Seiten, DM 22.-
ISBN 3-89438-014-4

Jörg Wollenberg (Hg.)
Von der Hoffnung aller Deutschen
Wie die BRD entstand
1945 bis 1949
373 Seiten, DM 28.-
ISBN 3-89438-016-0

Neuauflagen

Georg Fülberth
Leitfaden durch die Geschichte
der Bundesrepublik
170 Seiten, DM 16.-
ISBN 3-89438-017-9

Bernd Müllender/Peter Vermeulen
Nicht mehr mit uns!
Reservisten verweigern
4., auf den neuesten Stand gebrachte Aufl. '91
206 S., DM 18.- ISBN 3-89438-020-9

Winfried Schwaborn/Bernd Müllender
Handbuch für Kriegsdienstverweigerer
12., aktualisierte u. erweiterte Auflage '91
220 S., DM 12,80 ISBN 3-89438-024-1

Verbilligt noch lieferbar

Jan Brauns
Handbuch für Zivildienstleistende
196 S., DM 6,- ISBN 3-89438 318-6

Jonas Müller/Detlev Thiesen
Handbuch für Wehrpflichtige
Von A wie AIDS bis Z wie Zurückstellung
411 S., DM 15.- ISBN 3-89438-299-6

Bezug über Ihre Buchhandlung oder (zuzügl. Versandkosten) direkt bei

PapyRossa Verlag Petersbergstr.4 5000 Köln 41

Frank Wilhelmy

DAS SCHWEIGE DER LÄMMER

Golfkrieg, Friedensbewegung und Zivilisation

Angesichts von Massenmorden und Vertreibung, begangen von irakischen Elitetruppen an den Kurden und Schiiten, konnten Friedensbewegte und Linke ein vorläufig letztes Mal vorgeführt werden. Mit (berechtigten) Hinweisen auf den Zynismus der USA und dem Ruf nach Care-Paketen war nicht darüber wegzutäuschen, daß man dem, was notwendig getan werden mußte - dem militärischen Absichern von Menschenleben - die offene Zustimmung nicht geben wollte. Aber nicht erst diese obszöne Hilf- und Sprachlosigkeit weiterer Teile der Friedensinspirierten und Linken: Die Golfkriegsdebatte schlechthin beleuchtet grell die Schwächen und Dilemmata des friedensbewegten Denkens.

Atom pazifistischer Friedensrigorismus

Vor Ausbruch des Krieges ließ sich beobachten, daß es seltsam still um die Antizipation dessen war, was sich dann ereignet hat. Die Konfliktlage seit August wurde intuitiv als Gemengelage lauter „häßlicher“ Akteure bewertet. Die Folge war die Lähmung differenzierter politischer Analyse und das Fehlen konzeptionell durchdachter Politikprogramme in den alternativen Gegenöffentlichkeiten. Ein zentraler Hintergrund für die Paralyse insbesondere linken Denkens ist einerseits das Abhandenkommen eines weltgesellschaftlichen Fortschrittsbegriffs und eines dazugehörenden macht-politischen Bezugsrahmens, der die Bewertungs- und Umsetzungskriterien für politisches Handeln liefern könnte. Andererseits treten neben diese Leerstelle analytische Bruchstücke (aus herge-

Frank Wilhelmy, Stud. d. Politikwissenschaft, Bad Münster



Bild: RS

brachten Imperialismustheorien): Affekte, betroffenenmoralische Gesinnungen und Elemente eines vom Ost-West-Konflikt atom pazifistisch inspirierten Friedensrigorismus. Linke und Friedensbewegung hatten in der Golfkriegsdebatte in mindestens dreierlei Hinsicht Schlagseite: Konzeptionell, ethisch und friedens-theoretisch (unter den Pauschalbegriffen Linke und Friedensbewegung beziehe ich mich auf den mir überschaubaren Bereich der gewerkschaftsorientierten, linkssozialdemokratischen und sozialistischen Kräfte - konsequente Antimperialismus und Radikalpazifisten lasse ich beiseite.)

1. Konzeptionell: Das zentrale Alternativargument zum Krieg beruht auf der Forderung einer strikten Embargopolitik. Selbstverständlich ist diese Option prinzipiell vorzuziehen, aber sie hat Implikationen, die in der Diskussion wenig wahrgenommen wurden. Zunächst ist eine Embargopolitik, wie sie hier gefordert gewesen wäre, durchaus kein „zivilisiertes“ oder „friedliches“ Instrument. Um wirksam zu sein, hätte z.B. eine Hungersnot mit etlichen Opfern angestrebt werden müssen. Massenerschießungen, Folterungen etc. wären nicht nur weitergegangen, sondern vermutlich verschärft worden. Ein Embargo ist nur durch massive militärische Gewalt und Drohpolitik abzusichern und nur von den Kräften, denen in Nahost und hier die Verfolgung imperialer und neokolonialer Interessen nicht zu Unrecht unterstellt wird. Schließ-

lich - ein Embargo hätte auch scheitern können, möglicherweise auch dann, wenn es so konsequent und bewußt verfolgt worden wäre wie nie zuvor in der Geschichte. Dann wäre wohl erneut die militärische Lösung - dann allerdings mit geradezu unabwiesbarer Legitimation - anzustreben gewesen. Oder man hätte, das wäre die konsequente Alternative gewesen, Kuwait dem Irak und Israel sich selbst überlassen sollen, wie manche wohl dachten, aber nicht auszusprechen wagten.

Damit man mich nicht mißversteh: Angesichts der hunderttausenden von Toten, der ökologischen und ökonomischen Folgen, muß dieser Krieg als barbarische Katastrophe empfunden werden. Ich ziehe jedoch auf etwas anderes: Der Krieg war weder gerecht noch notwendig, allerdings unvermeidlich. Unvermeidlich deswegen, weil die Instrumentarien und der politische Wille zu einer alternativen Macht- und Gewaltpolitik nicht vorhanden waren. Dies gilt nicht nur für die Akteure, sondern auch für die Gegenöffentlichkeiten, die nicht in der Lage waren, wie Habermas treffend betont hat, ex ante die Kriterien für eine „Polizeistrategie“ unter Wahrung der Verhältnismäßigkeit der Mittel zu formulieren. Der Massenpazifismus der bundesrepublikanischen Gesellschaft ist zwar eine unschätzbare zivilisatorische Errungenschaft, aber er hat am Golf ein Diskurs-Waterloo erlebt. Die Verweigerung, alternative Machtpolitik zu reflektieren (man kann sich schlecht vorstellen, daß Hunderttausende in Bonn für eine Fort-

setzung oder Verschärfung eines rigiden Embargos demonstriert hätten, wenn die ersten Bilder von an Mangelerscheinungen Gestorbener oder von Massenerschießungen über den Bildschirm gegangen wären) ist eine tiefe Ursache für die Ohnmacht der Friedensbewegung.

2. Ethisch: Neben allerlei Infamem und Perfidem, was in der Kampagne gegen die Friedensbewegung vorgebracht wurde, gibt es mindestens einen Vorwurf, der nicht völlig von der Hand zu weisen ist: Das Verhältnis zu Israel. Vereinfachend waren es vier Fragen, die in der Diskussion zwar wenig expliziert wurden, um die es aber im engeren „ethischen“ Diskurs ging:

- Soll man sich überhaupt militärisch verteidigen dürfen?
- Soll sich ein Land verteidigen dürfen, das selbst nicht „unschuldig“ an der eigenen Bedrohung ist?
- Soll dieses Land militärisch-politisch unterstützt werden?
- Gibt es eine kollektive Verantwortung für das, was andere verbrecherisch verursacht haben (Verantwortung meint hier den Holocaust in historischen Sinn und die deutschen Giftgashilfen im aktuellen Sinn)?

Das sind alles alte, teilweise verdrängte ethische Fragen, die allerdings aktuell konkret beantwortet werden müssen. Ich würde alle vier Fragen bejahen, gehe aber davon aus, daß dies umstritten sein könnte. In jedem Fall verweisen aber die selbstquäterischen Debatten (exemplarisch bei den Grünen) um Ethik und Moral politischen Handelns auf eine ebensolche Fundierung, ein Bedarfe, der umso größer ist, als die Leerstelle „wissenschaftlich-holistischer“ Politikprogramme evident ist.

Nicht zuletzt gehört die weitgehend fehlende Reflexion eines ethischen Verhaltenskanons in „weltgesellschaftlicher Absicht“ zu den größten Unterlassungssünden der Linken, insbesondere marxistischen Theorietradition. Wenn Max Weber bei Linken teilrehabilitiert zu werden scheint, sollte man sich seiner nützlichen Unterscheidung von Gesinnungs- und Verantwortungsethiken entsinnen. „Der Christ handelt recht und stellt den Erfolg Gott anheim“ - das ist die Maxime der Gesinnungsethik. Sie mag diejenigen linken Pharisäer geleitet haben, die jegliche Waffenhilfe

für Israel abgelehnt haben und auch zu der Frage, ob denn den Kurden auch militärisch geholfen werden soll, lediglich die Gegenrechnung - der Westen habe ja diese Situation selbst herbeigeführt - aufmachten.

Eigentlich sollte die Forderung, politisch Handelnde sollten die Folgen ihres Tuns oder Untertätens mitkalkulieren und verantworten, trivial sein.

3. Friedens-theoretisch: Linke, insbesondere marxistische Theoriebildung zum Themenkomplex Gewalt, Konflikt, Krieg und Frieden ist, abgesehen von den unverzichtbaren ökonomischen Analysen und abgesehen von den traditionellen marxistisch-leninistischen Strategie- und Kriegsforschungen recht unterbelichtet.

Marxistische Friedensforschung?

Eine marxistisch ausgewiesene Friedensforschung gibt es in Ost und West in Ansätzen erst seit den 80er Jahren. Bis dahin kann man bestenfalls von einer Imperialismus- oder Revolutionsforschung sprechen, die mit der Lösung des Systemkonflikts nebenbei auch die Friedensfrage erledigen wollte. Die Erreichung von Frieden im Weltmaßstab wurde auf die Zeit der sozialistischen Weltrepublik vertagt. Bis dahin war Frieden entweder Pause zwischen den Klassenkriegen oder den Imperialisten abgerungener Waffenstillstand durch die allseitige, stets fortschreitende Verschiebung des Kräfteverhältnisses zugunsten des sozialistischen Lagers und der antiimperialistischen Befreiungsbewegungen. Erst mit dem „Neuen Denken“, der Betonung von „Gattungsfragen“ und der theoretischen Suche nach „Reformalternativen“ des „friedensfähigen Imperialismus“ wurden Grundlagen für eine evolutionäre, von schnellen Systemtransformationen absehbare Theoriestrategie entwickelt, freilich entweder auf Grundlage von Spekulation oder von Voluntarismus bzw. Idealismus, zudem reduktionistisch auf die Konfliktlage Ost-West beschränkt.

Die engeren Grundlagen des „Neuen Denkens“ sind nun entfallen - es gibt kein „sozialistisches Weltsystem“ mehr als Bremser und Korrektiv „imperialistischer Umtriebe“, und wie man sieht, schert

die Gattungsfrage diejenigen, die hunderte Ölquellen sprengen oder Atomkraftwerke bombardieren, einen leuchten Kehricht. Anders gesagt, die Gattungsfrage hätte dann interessiert, wenn Teile der USA verwüstet worden wären oder die Krebstoten infolge der Luftverseuchung sofort, in großer Zahl und auch im Westen und Norden zu Beklagen gewesen wären.

Der Golfkrieg hat das Neue Denken und die Hoffnungen auf eine „Weltfriedensordnung“ nach der weitgehenden Abmilderung des Ost-West-Konfliktes empfindlich desavouiert. Die Friedensfrage, soll sie denn rechtzeitig lösbar sein, scheint von der Systemfrage tendenziell entkoppelt werden zu müssen (im dem Sinn, daß nicht mehr der schnelle und weitgehende Bruch mit der Kapitallogik die unabdingbare Voraussetzung für (zumindest negativen) Frieden sein kann. Und unter der Hand ist die Friedensfrage in zahlreichen Kommentaren längst zu einer „zivilisations-theoretischen“ Frage umdefiniert worden.

Befriedeter Kapitalismus

Gefragt wäre also eine nicht-idealistische Zivilisationstheorie, die Friedensfähigkeit nicht als Resultante eines vom Himmel fallenden guten Willens oder kognitiver Einsicht beschreibt, sondern materialistisch die historische Genese von pazifisierten Vergesellschaftungsformen von Menschen untersucht. Die gängige Fragestellung ist deshalb umzukehren. Nicht: „Wie kann der Friedenszustand der Urgesellschaft nach dem Sündenfall der Klassengesellschaft wieder errungen werden“ ist zu fragen, sondern: „Wie bringen Klassengesellschaften, insbesondere der moderne Kapitalismus, pazifizierte Konfliktregelungsformen hervor? Eine marxistische Theorie der Zivilisation gibt es nicht und der historische Materialismus ist dafür auch kein ausreichender Ersatz. Gleichwohl existiert eine babylonische Vielfalt bei der unbekümmerten Verwendung des Zivilisationsbegriffes in aktuellen linken und marxistischen Debatten. Die Verwendungsweise der Vokabel, ihr Bedeutungsgehalt ist schwer abzugrenzen. Man kann wechselnd folgende Schwerpunktbedeutungen ausmachen: „Gesamtheit der wissenschaftlich-technischen Errungenschaften“, „Kultur“,

„Moderne“, „westlich-rationale Lebensweise“, „Humanität“, „höfliche Verhaltensstandards“ etc.

Als Gegenbegriff zu „Barbarei“ und „Rückständigkeit“ und in Vermengung mit anderen Begriffen wie „Zivilität“ und „zivile Gesellschaft“, als Abgrenzungsmetapher zu „Militär“, „Politik“ und „Ökonomie“, wird „Zivilisation“ ebenfalls gebraucht. Je größer die Vielfalt des Sinns, je größer also die Unschärfe des Begriffs, desto trefflicher eignet sich „Zivilisation“ als Metapher und Leerformel für diverse Projektionen und Versinnbildlichungen für alles das, was man gefühlsschwanger Positives meinen könnte. In keinem Linken Essay (und zur Zeit werden fast nur noch „Essays“ produziert) darf der Verweis auf die „Zivilisation“ fehlen.

Es ist schon erstaunlich, wie wenig die Linke bislang das zweibändige Hauptwerk von Norbert Elias: Über den Prozeß der Zivilisation (Ende der 30er Jahre erschienen, seit 1976 durch eine Suhrkamp-Ausgabe neu verfügbar) zur Kenntnis genommen hat, obwohl diese Bände bis heute als fortgeschrittenster Entwurf einer Zivilisationstheorie gelten können.

Vielleicht ist es die Unmöglichkeit, Elias einer „Schule“ zuzuordnen zu können, vielleicht verwirrt seine Nähe (und Distanz) zu sehr unterschiedlichen klassischen Autoren: Marx, Freud, Max und Alfred Weber, Mannheim, Horkheimer, Adorno - um die wichtigsten zu nennen. Es ist an der Zeit, das Rezeptionsversäumnis nachzuholen, nicht nur, um mit dem Zivilisationsbegriff angemessener hantieren zu können, sondern weil Elias' Theorieentwurf fruchtbare Anregungen für sehr viele Bereiche sozialwissenschaftlichen Denkens bereit hält (Gesellschaftstheorie, Staatstheorie, Subjekttheorie, Lebensweise-Forschung, Geschlechterverhältnis etc.), nicht zuletzt für den hier interessierenden Komplex: Gewalt, Krieg, Frieden.

Das moderne Über-Ich

Zwei grundlegende Gedanken verdankt Elias Freud: Erstens, daß aller innerer Zwang, aller Selbstzwang, also die Verhaltens- und Gefühlsregulierung in der Menschheitsgeschichte und der Kulturentwicklung, zunächst äußerer Zwang, Fremdzwang bzw. -gewalt war,

und zweitens, daß die psychogenetische Entwicklung jedes Individuums in gewisser Weise die Wiederholung der Menschheitsgeschichte im einzelnen Menschen ist. Gewissen, Moral, Kultur, selbst Vernunft, sind so gesehen Resultate der Soziogenese und Psychogenese menschlicher Verflechtung und ihrer Verflechtungszwänge.

Anders als Freud erklärt Elias die Richtung des Zivilisationsprozesses nicht quasimetaphysisch aus dem Kampf von Eros und Thanatos als immerwährenden Gewalten, sondern aus den Resultaten eines ungeplanten, die Triebstruktur selbst modellierenden Prozesses der Bildung immer komplexerer und sich wandelnder Konfigurationen von Menschen.

Elias führt die Herausbildung des modernen Über-Ich auf die Errichtung einer stabilen staatlichen Zentralgewalt mit einem dauerhaften Gewalt-Monopol zurück. Deren Formierung bildet den Auftakt für den Übergang mittelalterlicher regionaler Feudalordnungen zu zentralisierten Herrschaftsformen und letztlich zum modernen Nationalstaat. Die Leistung moderner Staaten besteht u.a. in der Schaffung intern-pazifizierter Räume: Die stärkere Funktionsteilung in diesen Gesellschaften mit Gewalt-Monopol, die Verlängerung der Interdependenzketten, führt zu einer höheren Dichte von Abhängigkeiten der Menschen untereinander, der Schutz vor fremder Gewalt (die

im Mittelalter alltäglich war) auf der einen Seite wird gekoppelt mit der Notwendigkeit, sich selbst stärker zu disziplinieren. Zurückhaltung der Affekte, Weiterung des Gedankenraumes, Ablösung des Handelns vom Augenblick sind die Folge - höflicher Umgang (moderne Verhaltenselemente gehen in der Tat von „Hofe“ aus), Planung, Wissenschaft und verfeinerte Kultur werden in einem Zivilisationsschub gefördert. Der menschliche Seelenhaushalt wird zu einer kontinuierlichen Regelung des Trieblebens umgeformt. Zwischenmenschliche Zwänge und Gewalt verschwinden zwar nicht, allerdings tritt mehr und mehr der Selbstzwang an ihre Stelle.

Der Herausbildung politisch stabiler Zentralorgane entspricht die Ausbildung und Verfestigung einer psychischen Selbstzwang-Apparatur. Außenkonflikte, Zwang und Gewalt - der „Kriegsschauplatz“ wird teilweise nach innen verlegt. Soziale und psychische Wandlungsprozesse sind ein untrennbares Geflecht.

Elias wird manchmal - wenn ihn Linke kursorisch zur Kenntnis nehmen - vorgeworfen, er vernachlässige ökonomische Bestimmungsfaktoren in seiner Theoriebildung. Das stimmt nur in geringem Maße, in weiten Teilen verbindet Elias explizit Entstehung von Gewalt, Steuer- und Geldmonopolen, die Monetarisierung von gesellschaftlichen

Beziehungen als Voraussetzung (und in Wechselwirkung verstärkte Folge) der neuen ökonomischen Rationalität des modernen Kapitalismus, der wiederum einen Zivilisationsschub in Richtung auf die heutigen Verhaltensstandards der Menschen bewirkt.

Zweifellos ist der Prozeß der Zivilisation, auf die Gewaltfrage bezogen, höchst ambivalent und prekär. Der internen Pazifizierung des Nationalstaates steht die Zentralisierung und Potenzierung der Gewalt in einem Staatensystem der anarchischen Konkurrenz gegenüber. Die Folgen eines Ausbruchs dieser kasernierten Gewalt sind heute infolge der mit modernen Massenvernichtungswaffen geführten „demokratisierten“ Kriege weitaus gefährlicher und todbringender (bis zum potentiellen Omnidid) als das Aufeinanderschlagen „wilder“, „unzivilisierter“ Gruppen, Stämme oder Gesellschaften in prämoderner Zeit.

Noch einmal Norbert Elias: Seiner Universalgeschichte liegt die Idee zugrunde, daß die zunehmende Verflechtung, verursacht durch fortschreitende Arbeitsteilung und Differenzierung, zwangsläufig in immer größere und immer weniger politische Einheiten mündet. Das geschieht nicht friedlich, sondern durch Kampf und Krieg. „Kriege sind nicht nur das Gegenteil des Friedens. Mit ... Zwangsläufigkeit ... gehören Kriege kleinerer Verbände im bisherigen Verlauf der Geschichte zu den unvermeidlichen Stufen und Instrumenten der Pazifizierung von größeren. ... Die Tatsache, daß in unseren Tagen, genau wie früher, die Verflechtungszwänge zu solchen Auseinandersetzungen, zur Bildung von Gewaltmonopolen über größere Teile der Erde und damit durch alle Schrecken und Kämpfe zu deren Pazifizierung weiterdrängen, ist deutlich genug. Und man sieht hinter den Spannungen der Erdteile, und zum Teil in sie verwoben, bereits die Spannungen der nächsten Stufe auftauchen. Man sieht die ersten Umriss eines erdumspannenden Spannungssystems von Staatenbünden, von überstaatlichen Einheiten verschiedener Art, Vorspiele von Ausscheidungs- und Vormachtkämpfen über die ganze Erde hin. Voraussetzung für die Bildung eines irdischen Gewaltmonopols, eines politischen Zentralinstituts der Erde und

damit auch für deren Pazifizierung.“ (Elias: Über den Prozeß ..., Bd.2, S. 452)

Was Elias in den dreißiger Jahren, als er dies schrieb, nicht reflektieren konnte, war die Existenz von Atomwaffen, die sein Zivilisationsmodell, wenn es weiter so verlief, zielstrebig in den Omnidid laufen lassen müsste. Andererseits hat aber nichts mehr als die ökonomische und soziale Überlebensinterdependenz (aktuell und zukünftig auch die ökologische), vermittelt und begleitet durch die nukleare Abschreckung sowie die Erfahrung des Schreckens zweier Weltkriege, die Voraussetzung für den Massen-Pazifismus moderner Gesellschaften und ihren 45jährigen „Nicht-Kriegszustand“ induziert.

Die Spruchweisheit der Friedensbewegung „Krieg kann kein Mittel der Politik mehr sein“ tritt universal-moralisch auf - reflektiert jedoch (ungewollt und unbewußt) nur eine partikuläre rationalistische Einsicht in die potentielle Selbstvernichtungsdynamik von Kriegen des „Nordens“.

Selbstverständlich sind Kriege (und Bürgerkriege) in weiten Teilen der Welt und nach wie vor für „Interessen“ führbar, solange die Kriegsziele (zumindest theoretisch) noch kalkulierbar umsetzbar bleiben und die Asymmetrie von Macht-, Zerstörungs- und Erleidenspotentialen bestehen bleibt.

150 Kriege seit dem 2. Weltkrieg

Wenn Elias' Zivilisationstheorie auch nur einigermaßen plausibel erscheint, dann wäre die Aufgabe einer langfristigen Friedenspolitik die Suche nach einem weltgesellschaftlichen Äquivalent zum nationalstaatlichen Gewaltmonopol - ein Gedanke übrigens, der schon in den frühen Friedensutopien des 16., 17. und 18. Jahrhunderts angelegt ist und in den liberalen und sozialistischen Weltstaatsvorstellungen seinen Niederschlag gefunden hat.

Klar ist, daß die Implementierung einer globalen Weltfriedensordnung nicht nach dem Muster der von Elias beschriebenen Ausscheidungskämpfe und Monopolisierungskämpfe verlaufen darf - der Verlauf der EG-Integration und die in der Regime-Theorie diskutierten internationalen Regulierungsformen jenseits

völkerrechtlicher und machstaatlicher Autorität könnten Alternativen aufzeigen.

Es scheint wahrscheinlich, daß die Einrichtung von Gewaltmonopolen, die Kadernierung der Gewalttat, die prekäre aber unhintergehbare Durchgangsform im Zivilisationsprozeß der Menschheit darstellt. Die Konsequenz dieser Einsicht sollte nicht als Affirmation des Militärischen verstanden werden sondern als Aufforderung, den Gewaltkern der Zivilisation analytisch angemessen wahrzunehmen.

Der Hinweis auf die Widersprüchlichkeit der Diskussion sicherheitspolitischer Alternativen seitens der Linken und Friedensbewegung mag dies illustrieren: Die Forderung nach Stärkung der UNO, nach Einrichtung kollektiver oder gemeinsamer Sicherheitssysteme und Abschaffung des Militärs koexistieren zumindest nebeneinander, werden teilweise (wenn auch selten) in einem Atemzug genannt. Unterschlagen wird meist, daß die gängigen sicherheitspolitischen Alternativen regionalen, kontinentalen oder globalen Zuschnitts in letzter Instanz auf Sanktionsgewalten beruhen, die militärisch fundiert sind. Gemeinsame Sicherheit beruht auf Minimal-Abschreckung, stabilisierter Bedrohungslage durch Einrichtung strukturell nicht angriffsfähiger Armeen, sowie kooperativer Rüstungssteuerung und vertrauensbildenden Maßnahmen. Gemeinsame Sicherheit ist eine Kriegsvermeidungs-Doktrin.

Kollektive Sicherheit beruht auf der Androhung der militärischen Intervention aller gegen den Friedensbrecher und ist in letzter Instanz eine Doktrin, die das Führen von Kriegen zur Wiederherstellung des Friedens einschließt.

Der Horizont der gängigsten und aussichtsreichsten sicherheitspolitischen Alternativ-Konzeptionen schließt Abschreckung oder auch Gewalt als Kernelemente implizit ein. Pazifistisch dominierte Friedensutopien verweigern kategorisch das Nachdenken über Anwendungsbedingungen militärischer Gewalt.

Wenn das Aneinander-Vorbeireden und -denken so bleibt, wird die Machtlosigkeit von Linken und Friedensbewegten erhalten bleiben und das „Schweigen der Lämmer“ im nächsten Krieg erneut unüberhörbar zum Himmel schreien.

Literatur:

- Zur Ethikdiskussion:
Apel, Karl Otto: Die Konflikte unserer Zeit und das Erfordernis einer ethisch-politischen Grundorientierung, in: Diskurs und Verantwortung. Das Problem des Übergangs zur postkonventionellen Moral, Frankfurt/Main 1990, S. 15-41
Ders.: Konfliktlösung im Atomzeitalter als Problem einer Verantwortungsethik, in: Diskurs..., S. 247 - S. 269
Reese-Schäfer, Walter: Karl-Otto Apel zur Einführung, Hamburg 1990
- Zur Zivilisationstheorie:
Elias, Norbert: Über den Prozeß der Zivilisation, 2 Bde., Frankfurt/Main 1976 (Insbes. das Kapitel:

Entwurf zu einer Theorie der Zivilisation, Bd. 2, S. 312 ff.
Ders.: Humana conditio. Beobachtungen zur Entwicklung der Menschheit am 40. Jahrestag eines Kriegsendes (8. Mai 1985), Frankfurt/Main 1985
Korte, Herrmann:
Über Norbert Elias. Das Werden eines Menschenwissenschaftlers, Frankfurt/Main 1988
Senghaas, Dieter: Konfliktformationen im internationalen System, Frankfurt/M. 1988
Bogner, Artur: Zivilisation und Rationalisierung. Die Zivilisationstheorien M. Webers, N. Elias' und der Frankfurter Schule, Opladen 1989

Rüdiger Eckert, Berlin

MEGA IN, MEGA OUT

Ein neues Kapitel der Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA) hat begonnen

Große weltgeschichtliche Tatsachen und Personen ereignen sich nach einem Wort Hegels sozusagen zweimal. Es war Karl Marx, der dieses Thema trefflich variierte und mit dem Zusatz versah: Das eine Mal als Tragödie und das andere Mal als Farce. Es ist schon etwas besonderes, wenn ein Satz durch das eigene Schicksal zur besten Bestätigung seiner Richtigkeit wird.

Die Geschichte des „Werkes im Werden“ währte bereits ein halbes Jahrhundert, als Engels' Idee, eine Gesamtausgabe des literarischen Erbes seines Freundes herauszubringen, ein für alle Male in den Flammen erstickt werden sollte. Der Initiator des schaurigen Spektakels ließ es sich nicht nehmen, am Abend des 10. Mai 1933 selbst auf dem Berliner Opernplatz zu erscheinen, um die Flammen aus den Büchern von Thomas und Heinrich Mann, Maxim Gorki, Upton Sinclair, Heinrich Heine, Bertolt Brecht, Karl Marx und Friedrich Engels aufzulodern zu sehen. Neben den Einzelausgaben der Schriften von Marx und Engels wurden auch die ersten zehn Bände der seit 1927 zunächst in Frankfurt am Main, dann in Berlin erschienenen MEGA der Feuerprobe unterzogen. Einer von ihnen enthielt das erst 1932 endgültig der „nagenden Kritik der Mäuse“ entrissene Manuskript „Die deutsche Ideologie“. Zwei weitere Bände konnten bis 1935 noch in Moskau und Leningrad erscheinen. Doch dann mußten auch (nachdem der erste Herausgeber, David Borissowitsch Rjasanow, bereits 1930 in die Verbannung geschickt worden war) die Mitarbeiter um Wladimir Wiktorowitsch Adoratski Mitte der 30er Jahre die Herausgabe der ersten MEGA einstellen.

Vierzigjährige Unterbrechung

Die historisch-kritische Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA) bietet den literarischen Nachlaß nicht nur so vollständig und originalgetreu wie möglich, sondern auch durch die Darbietung aller Varianten in seiner historischen Entwicklung.

Die beigegeführten wissenschaftlichen Kommentare sollen keine Interpretation des kritisch gesichteten Textes sein, aber das Eindringen in und Erschließen des Textes hilfreich begleiten. Dieser Anspruch läßt sich jedoch nicht völlig gelöst vom herrschenden ideologischen System umsetzen. Der Einfluß mag nicht immer beabsichtigt gewesen sein, läßt sich aber bei sehr genauer Kenntnis des Materials nachweisen. Bei den Textnotationen sind die Spuren wohl am geringsten, bei der inhaltlichen Erläuterung ein wenig stärker und verstärken sich, je weiter man nach vorne kommt in den Bänden. Die bisher üblichen Einleitungen werden in Zukunft, falls sie nicht völlig entfallen, nur in stark reduzierten Umfang erscheinen. Bei der Rekonstruktion des Textes wird man aber keine Einflüsse finden, denn ein zuverlässiger Text ist das wichtigste.

Darüberhinaus weist diese Ausgabe editionsgeschichtliche Neuheiten auf, insonderheit den Versuch, das gesamte geistige Werk zweier kongenialer Menschen in einer historisch-kritischen Gesamtausgabe zu vereinen. Auch der Versuch, nach fast vierzigjähriger Unterbrechung, das Unternehmen fortzusetzen, gehört dazu, insofern dabei der Torso der ersten MEGA nicht einfach nur fortgesetzt, sondern ein Neuanfang mit erweiterter Konzeption gewagt wurde. Neu wäre allerdings auch, wenn in einem Land mit großen Traditionen auf dem Gebiet der Textologie einer historisch-kritischen Edition zum zweiten Mal ein politisch motiviertes Ende bereitet würde.

Spezialisierter Sachverstand

Kann die MEGA einen zweiten Abbruch überleben und einen dritten Anfang nehmen? Die internationale Fachwelt ist sich in ihrem Urteil einig. In einer Flut von Briefen und Petitionen wenden sich Einzelpersonlichkeiten und Institutionen an den Bundespräsidenten, den Bundeskanzler sowie an die Treuhand-

MEGA gestoppt

Treuhand blockiert PDS-Gelder für Marx-Engels-Gesamtausgabe

BERLIN. Die Herausgeber der Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA) sind durch den Abbruch der PDS-Gelder durch die Treuhand der MEGA-Gesamtausgabe in Berlin über diese Entscheidung informiert worden. Die PDS-Vorsitzenden Gregor Gysi und die vierzig Beschäftigten der MEGA würden „ohne jede Sozialleistungen“ arbeitslos. Nicht einmal Gehälter für die Mitarbeiter würden noch gezahlt werden. Die Entscheidung wurde durch die Treuhand in Berlin getroffen.

anstalt mit der Bitte und Forderung, den allgemeinen Zugang zu einem Weltkulturgut wie dem des literarischen Erbes von Marx und Engels nicht tagespolitischen Manövern zu opfern. Die Folgen wären fatal.

Personen mit spezialisiertem Sachverstand sammelt man nicht auf dem Arbeitsmarkt. Engels hat mit Bedacht frühzeitig damit begonnen, Karl Kautsky und Eduard Bernstein in die Hieroglyphen von Marx einzuführen. Beide sollten für den Tag gewappnet sein, an dem es ihm nicht mehr möglich sein sollte, den handschriftlichen Nachlaß in eine druckfertige Form zu bringen. Seit dem Scheitern der ersten MEGA mußten vierzig Jahre verstreichen, ehe eine neue Generation von Marxforschern und Editoren herangewachsen war, die sich zutrauen konnte, das MEGA-Projekt von Neuem zu beginnen. Die Schaffung der finanziellen und organisatorischen Bedingungen dürfte nicht weniger Sorgen bereitet haben. Die finanziellen Mittel, die die SED und die KPdSU zur Pflege des vereinnahmten Marx'schen Erbes aufbrachten, waren im Vergleich zu anderen editorischen Unternehmen üppig. Trotzdem waren die Arbeitsbedingungen eher spartanisch als gut, die technische Ausstattung schlecht. Allein ein Mindestmaß an notwendigen Studienreisen verlieh einigen Bearbeitern den Status eines Privilegierten. Dessen ungeachtet verstanden sich die Editoren der MEGA mehrheitlich als Diener am Text und nicht des Systems. Ohne einen kritisch konstituierten, vollständigen und authentischen Text ist eine geistige Auseinandersetzung, aus welchem Blickwinkel auch immer, schlicht unmöglich.

Grundidee eines möglichen Konzeptes ab: Akademisierung, Internationalisierung, Parteienunabhängigkeit. Vielseitige Kontakte mit international bekannten Marxforschern und Vertretern von Institutionen bekräftigen diesen Kurs.

Dem Internationalen Institut für Sozialgeschichte Amsterdam kommt gleich aus mehreren Gründen eine Schlüsselstellung zu. Es bewahrt heute zwei Drittel des handschriftlichen Nachlasses von Marx und Engels, den es nach dem Machtantritt der Faschisten von der in Not geratenen SPD erworben hat. Obwohl die Leitung des IISG Vorbehalte gegen die bisherigen Herausgeber der MEGA stets aufrechterhalten hat, gewährte sie dem Projekt von Anfang an eine wohlwollende Unterstützung. Bereitwillig stellten die Mitarbeiter des IISG die Unikate zum Kollationieren der edierten Texte bereit. Beim Betrachten der Originale erschließen sich dem Editor zu berücksichtigende Feinheiten, die selbst die beste Fotokopie nicht preisgeben würde. Als Institut der königlichen Akademie der Niederlande steht das IISG zugleich für die anzustrebende Akademisierung und Internationalisierung der MEGA.

Den spezialisierten Sachverstand hierfür verkörpern gegenwärtig neben Moskauer Forschern vor allem die MEGA-Forschungsgruppen an der Humboldt-Universität Berlin, der Martin-Luther-Universität Halle, der Leipziger Universität und an der Pädagogischen Hochschule Erfurt/Mühlhausen sowie der MEGA-Stiftung Berlin. Während die ersteren von „Abwicklung“ akut bedroht sind, wurde letzteren „Kurzarbeit Null(!)“ verordnet.

Die Krise des Marxismus, soweit besteht Konsens unter den Marxforschern, ist die Krise jedes Einzelnen. Andererseits erwächst aus dem Ende des vergesellschafteten, weil verstaatlichten, Marxismus für jeden eine Chance. Diese Chance kann er aber nur nutzen, wenn ihm die Weiterarbeit ermöglicht wird. Dies wird ihm jedoch nur in dem Maße gestattet werden, wie es ihm gelingt, glaubhaft nachzuweisen, für sich diese Chance erkannt zu haben.

„Abwicklung“ oder Weiterarbeit

Das Ringen um die Fortsetzung der MEGA setzte unmittelbar nach der Wende im Herbst 89 ein. Bereits wenige Wochen später zeichnete sich die

Daß mit der Übernahme der Herausgeberschaft durch die IMES die MEGA noch nicht gerettet sein würde, wurde ebenschnell klar wie die Tatsache, daß man die Erfahrungen der Hersteller nicht beiseite lassen kann. Die Rechte des Dietz-Verlages sind weltweit geschützt. Satz, Druck und Binden der Doppelbände hat selbst Interdruck Leipzig nur von versierten Spezialisten ausführen lassen. Das weitere Erscheinen der Ausgabe würde jedoch unweigerlich ins Stocken geraten, wenn die derzeit zwanzig(!) parallel bearbeiteten Bände von den Arbeitsgruppen nicht fortgesetzt werden können.

Während die universitären Forschungsgruppen aufgrund ihrer Einbindung in den Lehr- und Studienbetrieb die günstigeren Voraussetzungen zu haben schienen, zeichnete sich für die Marx-Engels-Abteilung des Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung selbst bei strengster Selbstbeschränkung ihr Auslaufen zum Ende des Jahres 1990 ab. Auf der Suche nach tragfähigen Strukturen hoben sich zwei erfolgversprechende Wege ab. Gelang es noch, besagte MEGA-Kommission an der Akademie zu installieren, zerstoßen alle Hoffnungen auf die Verankerung einer kleinen MEGA-Arbeitsstelle unter dem Dach der selbst krisengeschüttelten Akademie sehr schnell.

Die letzte Volkskammer

Erfolgreicher verlief der Weg, parallel zu den noch arbeitenden Strukturen, einen parteiunabhängigen Verein zur Förderung und Edition der MEGA zu gründen. Dieser wurde unter dem Namen „MEGA-Stiftung Berlin“ am 9. April 1990 ins Leben gerufen. Mit der urkundlich beglaubigten Eintragung im Vereinsregister des Stadtbezirksgerichts Berlin-Mitte am 14. Mai erklärte das Gericht die Rechtsfähigkeit des Vereins. In den Folgemonaten setzten sich die Minister für Forschung und Technologie Prof. Dr. Terpe und Bildungsminister Prof. Dr. Meyer bei der letzten Volkskammer für den Antrag auf Gemeinnützigkeit des Vereins ein. Das Finanzamt für Körperschaften verlieh schließlich am 8. August der MEGA-STIFTUNG Berlin e. V. den Status der Gemeinnützigkeit. Bezüglich der Finanzierung war der Verein von Anfang an auf Spenden angewiesen. Der finanzielle Bedarf zur

Fortsetzung der MEGA wurde mit rund 50 Mill. Mark der DDR veranschlagt. Das entwickelte Finanzierungsmodell ging zurecht von der Annahme aus, daß die PDS, wenn sie schon das Erbe der SED angetreten hat, damit auch eine moralische Verpflichtung eingegangen ist, das Beste davon finanziell weiterhin zu fördern. Gemäß dem Selbstverständnis des Fördervereins, parteiunabhängig agieren zu wollen und auch zu können, kam nur eine einmalige Spende in Frage. Die am 31. Mai 1990 offiziell beantragte Spende entschied der Parteivorstand der PDS am 8. Juni positiv und veranlaßte die Überweisung. Am 13. des Monats wurden dem Verein 55 Mill. Mark der DDR gutgeschrieben. Öffentliche Erklärungen, daß man eine Finanzspritze der PDS erhoffte und daß diese eingetroffen sei druckten die „Berliner Zeitung“ am 4. Mai bzw. das „Neue Deutschland“ am 14. Juni. Im Zuge der Währungsunion wurden die für mindestens 30 Jahre angelegten Spendengelder am 1. Juli auf 27,5 Mill. DM umgestellt.

Zur gleichen Zeit, als die Bitte um eine Spende bei der PDS eingereicht wurde, verabschiedete die letzte Volkskammer ein Gesetz, das alle Vermögen der Parteien und Massenorganisationen ab 1. Juni unter treuhänderische Verwaltung stellte.

Mit Hilfe der Spendengelder sammelte der Verein einen Teil der editionserfahrenen Mitarbeiter aus der zum 31. September aufgelösten Marx-Engels-Abteilung des IfGA und richtete per 1. Oktober eine Arbeitsstelle für 41 (von ehemals 85) Mitarbeiter ein. Innerhalb der neugeschaffenen internationalen Struktur war die MEGA-STIFTUNG Berlin e. V. die zentrale Arbeitsstelle zur Fortsetzung der Ausgabe. Daran änderte auch der Bescheid des Amtsgerichts Charlottenburg - seit dem 3. Oktober 1990 auch für die ostberliner Vereinsregister zuständig - nichts, wonach entgegen der ausgereichten Urkunde der Verein nie im Vereinsregister des Stadtbezirksgerichts-Mitte eingetragen gewesen sei. Teilte er doch dieses Schicksal mit hunderten Sport-, Gesangs- und Campingvereinen.

Ohne Genehmigung ...

Das Aus für die Arbeitsstelle kam, als sich am 20. Februar 1991 die seit dem

1. Juni des Vorjahres tickende Zeitbombe entzünd. An diesem Tag verfügte die Treuhänderanstalt die Sperrung des Vereinskontos. Die Erklärung des Vorganges traf mit einem auf den 25. Februar datierten Schreiben ein: „... die Unabhängige Kommission zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen (hat) festgestellt, daß 27,5 Mio DM, die sich auf Ihren Konten befinden, Vermögen im Sinne des § 20 a Abs. 2 Parteiengesetz der DDR darstellen. Gemäß Anlage II, Kapitel III, lit. d. des Einigungsvertrages unterliegt diese Summe daher der treuhänderischen Verwaltung durch die Treuhänderanstalt.“ Diese Feststellung beruhe darauf, „daß es sich bei dieser Summe um eine Spende der Partei des Demokratischen Sozialismus vom 13. Juni 1990 in Höhe von 55 Millionen M der DDR handelt. Diese Spende ist ohne die erforderliche Genehmigung der Unabhängigen Kommission erfolgt.“

Zwischen dem Wohl und Wehe der MEGA liegen somit ganze 13, formal juristisch unangreifbare Tage. Der Spender war somit verpflichtet, seine Spende bei einer bis dahin nur auf dem Papier existierenden Kommission genehmigen zu lassen.

Erste Zweifel über die juristisch korrekte Ausreichung der Schenkung kamen im Zusammenhang mit dem Finanzskandal auf. Eine vom Vereinsvorstand erbetene Überprüfung aller Modalitäten ergab, daß die Spende ohne Information an die Treuhänder überwiesen worden war. Daraufhin entschuldigte sich Gregor Gysi Anfang November in einem Brief bei der Treuhänder für diesen Fehler und bat, die Spende nachträglich zu genehmigen. Eine Antwort traf nicht mehr ein. Die Suche geht weiter - nach dem authentischen Aristoteles, den authentischen Plato und Hegel; warum nicht auch nach dem authentischen Marx? Viele Fragen türmen sich auf, harren einer Antwort. Wird man die Frage nach den Defiziten seiner Theorie und jenen ihrer Rezeption schlüssig beantworten können, wenn 2/3 seiner Hinterlassenschaft weiterhin unzugänglich bleiben?

So ist von den mathematisch-naturwissenschaftlichen, wissenschaftshistorisch äußerst interessanten Arbeiten aus der Feder von Marx und Engels bis heute kaum etwas bekannt. Ihre Edition wird etwa sechs Bände umfassen.

In der dritten Abteilung, die dem Briefwechsel vorbehalten ist, werden erstmals Briefe Dritter an Marx und Engels veröffentlicht. Darüberhinaus werden auch solche Passagen aus Briefen, die Dritte untereinander ausgetauscht haben, aufgenommen, die einen Bezug zum Leben und Wirken beider Persönlichkeiten enthalten.

... auf elektronischen Datenträgern?

Mit den Marginalien, die in der vierten Abteilung zu veröffentlichen sind, ist bis heute eine Quelle von historisch-philologischer Bedeutung verschüttet geblieben. Ein Band, der alle in jahrzehntelanger Suche nach den persönlichen Bibliotheken von Marx und Engels gefundenen Bücher beschreibt und die Quelle zum Sprudeln bringen soll, steht kurz vor seiner Fertigstellung. Sein Erscheinen vorausgesetzt, wird er über viele Jahre als Platzhalter für nahezu 50% aller zur vierten Abteilung gehörenden Bände fungieren müssen. Es gibt zur Zeit nur wenige Marginalieneditionen. Die bekannteste ist wohl die Ausgabe der Marginalien von Voltaire. Die Darstellungsweise und der daraus resultierende Umfang stellen die Herausgeber der MEGA noch vor große Probleme. So muß die richtige Relation zwischen der Edition der Randanstreichungen von Marx und dem dazugehörigen Text gefunden werden, ohne manchem in Vergessenheit geratenen Autor zu neuen Ehren zu verhelfen. Auch die Frage, ob das Printmedium hierfür der geeignetste Träger ist oder ob etwa elektronische Datenträger in Form einer CD-Edition der Datenmenge eher gewachsen sind, bedarf noch einer weiteren Klärung. Die Unkenntnis all dieser Materialien konnte nur dem Heroenkult um Marx und Engels Vorschub leisten, ihre Kenntnis eröffnet dagegen die Chance, daß die kulturellen, politischen und kognitiven Kontexte der Auffassungen beider Vertreter des 19. Jahrhunderts bekannt werden.

spw

Sozialismus

Marxismus
Monatszeitschrift
Erschienen 1980 von
Lisa Abendorn, Louis A.
Russell, Manfred Bauer,
Piero Bardone, Karin
Benz-Geraghty, Theodor
Bergmann, Hans Ber-
baum, Joachim Bischoff,
Manfred Booke, Camen
Andre Bre, Monae Bre,
Karl Burgmaier, Alexander
Buzga, Ingeborg Gerny,
Hansgeorg Conert, Frank
Debbe, Richard Detle Horst,
Dietze, Irene Doring, Eber-
hard Fernmann, Peter
Götz, Mona Goroatschow,
Bryan Gould, Gregor Gysi,
Stuart Hall, Heinrich Har-
ten, Ingeborg Herold, Peter
Hess, Eric Hoopsbaum, Has-
ko Hunig, Pietro Ingrao,
Mechthild Jansen, Car-
stoon Jetter, Heinz Jung,
Robert Katzenstein, Sabine
Kepp, Sonja Kemnitz, Diet-
rich Kern, Arno Köhne, Lorenz
Kron, Otto König, Ula Krü-
ger, Jürgen Kuczynski, Wil-
helm Kuhn, Steffen Lennhoff,
André Lessewitz, Gerd Loddopal, Christa Lutz,
Ulrich Meitner, Heinz-Rudolf Meißner, Monae
Menard, Hans Modrow, Manuel Vasquez Mon-
talan, Manfred Muster, Lohar Nott, Heidegard
Mara Nocke, Alexander Ort, Lohar Peter, Klaus
Pöckhaus, Alfredo Rechin, Rossana Rossari-
da, Peter Ruben, Bernhard Sander, Helmut
Schauer, Peter Scherer, Eduard Schewarchow-
se, Josef Scherstein, Horst Schmittner, Werner
Seidemann, Otto Singer, Theo Steg-
mann, Bruno Trentin, Mario Trentin, Heide Wag-
ner, Helmut Warke, Monae Wend, Johannes
Wierding, Alexander Wogin, Karl Georg Zim-

Einzelheft: DM 7,50, Jahresabo: DM 75,-
Proprietät: USA Verlag, Postfach 50157,
W-2000 Hamburg 50

Peter Dobbstein-Osthoff

Just Community

basisdemokratische Spielwiese

oder Chance zur Demokratisierung der Schule?

Wenn mit LehrerInnen die Möglichkeiten einer Demokratisierung von Schule thematisiert werden, sind die Reaktionen in der Regel eher skeptisch.

Kaum mehr zu motivierende SchülerInnen, abnehmende Solidarität, Orientierungslosigkeit, politisches Desinteresse und wachsende Aggressivität - bis hin zu offenen Gewalttätigkeiten - kennzeichneten die Situation, mit der Schule und Unterricht täglich konfrontiert würden. Bezeichnend sei auch, daß es immer schwieriger würde, SchülerInnen z.B. überhaupt noch für die SV-Arbeit zu gewinnen.

Nicht nur die täglichen Erfahrungen von LehrerInnen, sondern auch jugendsoziologische Studien zeigen in der Tat, daß sich der gesellschaftliche Kontext und damit auch die Bedingungen für Schule und Unterricht grundlegend gewandelt haben. Aus der Perspektive der täglich zu bewältigenden Probleme ist Skepsis gegenüber Demokratisierungsvorschlägen, die den SchülerInnen mehr Selbstbestimmung und Verantwortung zugestehen wollen, verständlich. Andererseits sollten veränderte Bedingungen gerade Anlaß sein, über notwendige Veränderungen der pädagogischen Arbeit und über neue Formen einer Gestaltung von Schule nachzudenken.

Peter Dobbstein-Osthoff

Der amerikanische Pädagoge Lawrence Kohlberg, der an Dewey und den Schweizer Psychologen Piaget anknüpft, hat mit seiner Theorie der moralisch-kognitiven Entwicklung die Diskussion über das Verhältnis von Erziehung und Demokratie neu belebt. In Europa hat dazu Jürgen Habermas wichtige Beiträge geleistet. Für Kohlberg ist moralische Urteilsfähigkeit ein Schlüsselthema für Erziehung wie Demokratie. Seine Theorie hat in den letzten Jahren in einer Vielzahl von wissenschaftlichen Arbeiten Bestätigung gefunden. 1985 wurden Kohlberg und seine Kollegin Ann Higgins durch den Kultusminister Nordrhein-Westfalens zu einer Tagung eingeladen, um Theorie und schulpraktische Erfahrungen aus US-High-Schools vorzustellen. Ein Ergebnis dieser Tagung war ein mehrjähriger Modellversuch - in der BRD einzigartig - an einer Hauptschule, einer Realschule und einem Gymnasium unter dem Titel: „Demokratie und Erziehung in der Schule - Förderung moralisch-demokratischer Urteilsfähigkeit“. Peter Dobbstein-Osthoff, wissenschaftlicher Mitarbeiter des Landesinstitutes für Schule und Weiterbildung, wertet den nun zu Ende gegangenen Versuch aus.

Material über den Modellversuch ist bei *og. Institut in 4770 Soest, Paradieserweg 64* zu erhalten. Zu Kohlbergs Theorie sei u.a. empfohlen: „Moralische Urteilsfähigkeit - Eine Auseinandersetzung mit Lawrence Kohlberg“, Beltz Verlag.

Die Schule im Kontext veränderter Bedingungen - einige Schlaglichter

Vor mehr als einem Jahrzehnt haben Grauer und Zinnecker auf eine neue Qualität des „subkulturellen SchülerInnenengagements“¹ hingewiesen und damit auf Trends aufmerksam gemacht, die sich in vielen Schulen verstärkt haben: SchülerInnen haben schon immer vielfältige Handlungsstrategien entwickelt, das offiziell geltende Regelsystem zu

unterlaufen und sich „subversiv“ mit der Institution auseinanderzusetzen - „eine Welt im Schatten, voll heimlicher Frechheiten ... aller Art, voll Widerständen, Entlastungen, Machenschaften, Sinn für eigene Vorteile.“²

Die Orte der Aktivitäten haben sich allerdings verlagert und die Formen sind offener, aggressiver, aber auch zielloser geworden. Formen des Widerstands, der Regelverletzung und gewalttätiger Auseinandersetzungen, die vormem höchsten in den weniger kontrollierten Bereichen der Schule zu beobachten waren, haben sich bis in den Bereich des Unterrichts hinein verschoben. War der Widerstand kollektiv oder zumindest im Kollektiv abgestützt, so sind die Aktionen heute vielfach individualisiert, ohne mit dem Konsens oder der Solidarität der Gruppe rechnen zu können.

Für die pädagogische Arbeit relevante Kernaspekte der gesellschaftlichen Entwicklung, die darin zum Ausdruck kommt, beschreibt Ulrich Beck als einen Prozeß zunehmender Individualisierung³.

Traditionale Sicherheiten, die Verbindlichkeit bestimmter Wertorientierungen und Normensysteme, identitätsstützende Beziehungsstrukturen, Sozialformen und Versorgungszusammenhänge verlieren zunehmend an Bedeutung; der/die einzelne ist mehr und mehr auf sich selbst verwiesen, Wert- und Sinnorientierungen zu finden sowie soziale Beziehungsstrukturen herzustellen und zu erhalten.

Medien und unterschiedliche Bezugsgruppen, wie z.B. die vielfältigen Jugendszenen, in die sich „Jugendkultur“ heute ausdifferenziert, bieten ebenfalls grundlegend unterschiedliche, sich vielfach widersprechende Orientierungsmuster an.

Diese Entwicklung fördert Ansätze einer „neuen Ethik“ der Verantwortung und Pflichten gegenüber sich selbst und ein weitgehend ich-zentriertes Weltbild.⁴ Die nordrhein-westfälischen Richtlinien „Politik“ formulieren als eine zentrale Qualifikation politischer Bildung: „Fähigkeit und Bereitschaft, einerseits eigene Rechte und Interessen nach Möglichkeit solidarisch und kompromißbereit wahrzunehmen und andererseits gesellschaftliche Interessen ... als eigene zu erkennen und ihnen gegebenenfalls Vorrang zu geben.“⁵

Demokratie als Anspruch ohne Wirklichkeit

Die vielfältigen Formen kleinerer und gravierenderer Regelverstöße und die z.T. subtilen Handlungsstrategien, die SchülerInnen entwickelt haben das offiziell geltende Regelsystem der Institution Schule zu unterlaufen, interpretiert Zinnecker⁶ als spezifische Aneignungsformen der institutionellen Ordnung durch die SchülerInnen. Es sind Reaktionen auf die gegebene institutionelle Zwangssituation, die aus der eigenen Position heraus nicht umdefiniert werden kann.

Insbesondere die verschiedenen „Neben- und Hinterbühnen“ - der Klassenraum vor und nach dem Unterricht, die Toiletten, der Pausenhof etc. - sind traditionell die Felder, in denen sich ein kontrastierendes, ergänzendes und unterlaufendes Regelwerk etabliert. In diesem „subkulturellen“ Bereich können Frustrationen, Insuffizienzgefühle, aufgeregte Aggressionen und Erfahrungen von Macht- und Einflußlosigkeit gegenüber der Institution wenigstens ansatzweise ausgelebt und kompensiert werden.

Es entsteht eine Art Doppelmoral, da die SchülerInnen sich an unterschiedlichen, sich oft widersprechenden Verhaltensanforderungen und Deutungsmustern orientieren. Die schulische Lebenswelt zerfällt somit in mindestens zwei Bereiche, die sich häufig beide wiederum von dem grundlegend unterscheiden, was im außerschulischen Bereich für wichtig und richtig erachtet wird. Damit werden eher Orientierungskrisen verschärft und wird eine nutzenkalkulierende, individualistische Moral gefördert, als daß Schule zum Abbau von Orientierungsproblemen und zur Stabilisierung von Ich-Identität und sozialen Prozessen beiträgt.

Statt Konkurrenz und Individualisierung entgegenzuwirken, werden sie institutionell funktionalisiert, statt reale Verantwortungsübernahme zu ermöglichen, überwiegen Fremdbestimmung und Druck, statt demokratische Verfahren praktisch erproben zu können, werden die SchülerInnen mit institutionellen Strukturen konfrontiert, in denen die Betroffenen gerade nicht die die Entscheidungen Treffenden sind.

Eigene Interessen wahrnehmen zu können und sie in eine legitimierbare Balance mit den Interessen anderer zu bringen,

sich „durch Wahl angemessener Konzeptionen an der Austragung von Konflikten zu beteiligen“, „Eigeninitiativen zu entwickeln und - unter ständiger Prüfung der Realisierbarkeit geeignete Wege zu ihrer Verwirklichung zu gehen“, die „Chance zur Einflußnahme auf Entscheidungsprozesse und Herrschaftsverhältnisse zu erkennen, zu nutzen und zu erweitern“, „Partei zu ergreifen und gegebenenfalls auch angesichts von Widerständen und persönlichen Nachteilen zu versuchen, Entscheidungen nach demokratischen Regeln zu verwirklichen“⁷ - all diese für eine Demokratie grundlegenden Qualifikationen müssen erst erarbeitet, entwickelt, gefördert werden. Sie bedürfen spezifischer Rahmenbedingungen und institutioneller Absicherungen in der Schule, die eine praktische Erprobung, ein lernendes Suchen nach geeigneten Wegen und Verfahren erst ermöglichen. Sie lassen sich nicht lediglich abstrakt und theoretisch erarbeiten; erst recht nicht unter Bedingungen einer Praxis, die dies tagtäglich konterkariert. Eine Schule der Demokratie muß in weit stärkerem Maße eine demokratische Schule sein, als sie es z.Z. ist.

Allerdings: Schule zielt als pädagogische Institution immer auf bestimmte Lehr- und Lernziele, auf bestimmte sachbezogene und soziale Qualifikationen ab. Sie ist „Prägeapparatur“, sie hat eine Selektions- und Allokationsfunktion und sie folgt bestimmten Interpretationen eines Bildungs- und Erziehungsauftrages. Wirklich demokratische Selbstbestimmung und Gleichberechtigung aller an Schule Beteiligter ist damit höchstens als Prozeß einer zunehmenden Annäherung an selbstbestimmtes und demokratisches Entscheiden und Handeln denkbar.

Kann die Schule somit überhaupt ein „didaktisches Modell“ demokratischer Strukturen sein, oder läuft es letztlich immer auf eine Simulation ohne reale Gestaltungschancen, also auf die Illusion einer „demokratischen Spielwiese“ hinaus?

Die institutionellen Zwänge werden von SchülerInnen in der Regel über die Repräsentanten des Systems „Schule“ erfahren. Die Auseinandersetzungen mit der strukturellen Gewalt der institutionalisierten Schule werden subjektiv primär als interpersonelle Konflikte zwischen den SchülerInnen und zwischen

LehrerInnen und SchülerInnen wahrgenommen.

Die zentralen Ansatzpunkte, an denen eine Veränderung ansetzen muß, sind damit

- individuelle und kollektive Formen der Konfliktlösung oder -vermeidung,
- die Verfahren, wie Regelungen und Verhaltensnormen konstituiert und um bzw. durchgesetzt werden,
- das durch die jeweiligen Positionen innerhalb der Institution geprägte Rollenverständnis
- und die Beziehungsstrukturen in der Klasse/im Kurs und zwischen LehrerInnen und SchülerInnen.

SCHULE ... IST "PRÄGE-APPARATUR", SIE HAT EINE SELEKTIONS- UND ALLOKATIONS-FUNKTION

Wege zur Mitgestaltung - die Just Community?

In Nordrhein-Westfalen werden seit ca. drei Jahren im Rückgriff auf den strukturalgenetischen Ansatz Lawrence Kohlbergs Möglichkeiten schulpraktisch erprobt, Werteerziehung in Schule und Unterricht stärker zu berücksichtigen. Die Zielsetzungen dieses Schulversuchs sind, die moralisch-kognitive Urteilsfähigkeit der SchülerInnen durch moralische Diskurse im Fachunterricht orientiert an Kohlbergs methodischem Ansatz der Diskussion dilemmatischer Situationen - zu fördern⁸ und, rekurrierend auf den Kohlbergschen Just Community-Ansatz, die SchülerInnen verstärkt an der Bildung von Regelungen und Verhaltensnormen zu beteiligen.

Während in den „Dilemmastunden“ die Tragfähigkeit von Entscheidungen, von Begründungen und den dahinterliegenden Normen und Werten unter Aspekten wie Gerechtigkeit, Fairneß und Verallgemeinerbarkeit diskutiert wird, ist der tragende Gedanke des Just Community-Ansatzes, die Ebene „bloßen Rasonierens“ handlungspraktisch zu ergänzen. Es reicht nicht aus, faire und gerechte Lösungen für hypothetische oder für sich aus dem Unterrichtsstoff ergebende Konflikte zu reflektieren. Wenn die Ergebnisse keine praktischen Konsequenzen haben, „fehlt die Validierung des optimal Möglichen am real Schwierigen“⁹.

Moralisches Urteilen verlangt auch nach Bedingungen für moralisches Handeln. Dies setzt allerdings Selbstbestimmung, Entscheidungsspielräume und reale Verantwortungsübernahme voraus. In den Just Communities bzw. „Demokratischen Gemeinschaftssitzungen“, die mindestens eine Jahrgangsstufe umfassen, werden lösungsorientierte Fairneßdiskussionen geführt, die Konflikte und Probleme aufgreifen, bei denen aus der

Sicht der Betroffenen Handlungs- und Regelungsbedarf besteht. Die Grundidee ist, Lösungen bzw. Regelungen zu finden, die den unterschiedlichen Interessen aller möglichst gerecht werden. Jeder hat in den Abstimmungen eine Stimme, so daß die Beschlüsse der Gemeinschaftssitzung allein von der Mehrheit der Beteiligten gefaßt werden; weder die LehrerInnen noch die Schulleitung können qua Position innerhalb der Institution Entscheidungen erzwingen.

Ein Vorbereitungs-Komitee, das sich aus SchülerInnen und einigen LehrerInnen zusammensetzt, sammelt in den beteiligten Klassen Vorschläge für Themen, die die SchülerInnen in der Sitzung behandeln wollen, und stellt die Versammlungsleitung. Ein weiteres Komitee, das ebenfalls mehrheitlich aus SchülerInnen gebildet wird, hat die Aufgabe, die konkrete Umsetzung bestimmter Beschlüsse zu gestalten oder ihre Auswirkungen - Verhaltensänderungen, Befolgung der gefundenen Regelungen etc. - zu beobachten, ggf. Modifizierungen vorzuschlagen und dies

dem Plenum zu berichten. Darüber hinaus fungiert diese Gruppe als eine Art „Fairneßkomitee“, in dem sie SchülerInnen oder auch LehrerInnen, die sich nicht an die Mehrheitsbeschlüsse halten, nach ihren Gründen befragt und im Diskurs versucht, die Befolgung der gemeinsam beschlossenen Regelungen oder Konfliktlösungen zu erreichen. Weder dieses Komitee noch die „Just Community“ dürfen allerdings den Charakter eines Tribunals annehmen: Namen dürfen nicht genannt werden - stattdessen werden Fälle und Problemstellungen besprochen und Disziplinierungsmaßnahmen können nicht verhängt oder beschlossen werden.

Grenzen, Hemmnisse und Frustrationen

Erweckt dieser Ansatz auf den ersten Blick den Eindruck, als sei hier vollständige basis- bzw. partizipatorisch-demokratische Selbstbestimmung realisiert, so zeigt der letzte Hinweis, daß dem deutlich Grenzen gesetzt sind.

Die Übergabe der Verantwortung an die Mehrheit der Beschließenden - also an die SchülerInnen - unterstellt Verantwortungsbewußtsein, Empathiefähigkeit, soziale Perspektiven und kommunikative Kompetenzen, die durch die Just Community, durch den demokratischen Diskurs und durch praktische Erfahrungen erst entwickelt werden können. Mündigkeit kann „nur unter dem Vorschub fingierter Mündigkeit“ wachsen.¹⁰ Damit ist die Praxis der Just Community als ein Prozeß zunehmender Annäherung zu interpretieren. Der Ansatz beinhaltet die „Zumutung“, daß ein Kind „jeden Alters prinzipiell Verantwortung übernehmen und Verpflichtungen eingehen kann und daß es die Frage nach Gerechtigkeit zu stellen und zu beantworten fähig ist“.¹¹ Dabei bildet ein strukturalistisches Entwicklungskonzept, dessen pädagogische Dimension in der Förderung dieser Entwicklung besteht, die Grundlage. Die Entwicklungsstufen des moralischen Urteils unterscheiden sich im Hinblick auf ihre Komplexität, Differenziertheit und soziale Perspektive. Auf jeder die-

ser Entwicklungsstufen gibt es eindeutige Vorstellungen darüber, was gerecht, fair und - bezogen auf das unter der sozialen Perspektive Berücksichtigte (z. B. der konkrete Andere, die eigene Gruppe, das Gesamtsystem) - verallgemeinerbar ist. Insofern kann und sollte jedem Kind auch „zugemutet“ und die Gelegenheit gegeben werden, diese Fragen auf der Ebene seiner Urteilsstruktur und Denkmöglichkeiten selbst zu beantworten.

Aus dem Entwicklungsansatz selbst begründen sich jedoch auch Grenzziehungen. Die sozialen Konsequenzen moralischer Urteile können in unmittelbarem Widerspruch zu dem von Schule Verantwortbaren treten. So wäre z. B. ein konsequentes „Wie du mir, so ich dir“, das einer am Äquivalententausch orientierten moralischen Urteilsstruktur entspricht, kaum als Lösungsmuster einer Just Community akzeptierbar. Auch ist die Gefahr, daß Anpassung und Konformismus nun nicht durch die Sanktionen der Institution Schule, sondern durch den Gruppendruck der Just Community durchgesetzt werden, dem

Just Community-Ansatz inhärent. Ein Kernaspekt der Kohlbergschen Just Community-Schulen - „Wir gestalten die Regeln, also müssen wir uns auch daran halten“¹², - hat ihm dem Verdacht ausgesetzt, daß es hier primär um Integration, um Normen- und Regelakzeptanz durch Beteiligung gehe. Die Selbstbestimmung und Verantwortungsübernahme würde also instrumentalisiert, um Disziplinprobleme und dissozialen Individualismus und Privatismus besser in den Griff zu bekommen.¹³ Der Ansatz in Nordrhein-Westfalen setzt dagegen einen anderen Akzent, der sich schon in der Benennung ausdrückt: Weder der Begriff „Just Community“ noch seine direkte Übersetzung als „Gerechte Gemeinschaft“ wurde von den Schulen gewählt, sondern die Zielsetzung wird in der Bezeichnung als „Demokratische Gemeinschaft“ ausgewiesen. Ein Prozeß zunehmender Selbstbestimmung und verstärkter Partizipation soll durch praktische Verantwortungsübernahme zu demokratischem Bewußtsein und mehr Demokratie in der Schule führen. Verfahren

Literatur

- Beck, U.: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt/Main 1986
- Czerwenka, K. u.a.: Was Schüler von der Schule halten. Bericht über die ersten laufenden Ergebnisse des Forschungsprojektes: International vergleichende Untersuchung von Schülerurteilen über die Schule (INSCHUR), in: DDS 2/1988
- Grauer, G., Zinnecker, J.: Schülergewalt. Über unterschlagene und dramatisierte Seiten des Schülerlebens, in: Reinert, G.-B., Zinnecker (Hrsg.): Schüler im Schulbetrieb. Berichte und Bilder vom Lernalltag, von Lernpausen und vom Lernen in den Pausen, Reinbeck b. Hamburg, 1978
- Heid, H.: Der pädagogisch verbrämte Mißerfolg, in: Erziehung und Wissenschaft, 9/1988
- Heitmeyer, W.: Jugend, Staat und Gewalt in der politischen Risikogesellschaft, in: Heitmeyer, W., Möller, K., Sünker, H. (Hrsg.): Jugend - Staat - Gewalt. Politische Sozialisation von Jugendlichen, Jugendpolitik und politische Bildung, Weinheim, München 1989
- Kultusminister des Landes NW, Richtlinien für den Politikunterricht, Düsseldorf, 3. Auflage 1987
- Landesinstitut für Schule und Weiterbildung (Hrsg.): Jugend und Erziehung am Ende der achtziger Jahre. Soester Symposium 1988. Referate und Beiträge, Soest 1989
- Leschinsky, A.: Warnungen vor neuen Enttäuschungen - Strukturelle Hindernisse für eine Schule der gerechten Gemeinschaft, DDS, 1/87, S. 32f und S. 35f
- Oser, F.: Die gerechte Gemeinschaft und die Demokratisierung der Schulwelt: der Kohlberg'sche Ansatz, eine Herausforderung für die Erziehung, in: Vierteljahresschrift für wissenschaftl. Pädagogik, 88, Heft 1
- ders.: Möglichkeiten und Grenzen der Anwendung des Kohlberg'schen Konzepts der moralischen Erziehung in unseren Schulen, in: Lind, G., Raschert, J. (Hrsg.): Moralische Urteilsfähigkeit. Eine Auseinandersetzung mit Lawrence Kohlberg, Weinheim, Basel 1987, S. 46
- Reinhardt, S.: Das pädagogische Problem der Disziplin in pädagogischer Sicht, in: DDS 1/87
- Schirp, H.: Gewaltverhältnisse in der Schule? Ursachen und Effekte institutioneller Zwänge und Strukturen, in: Heitmeyer, W., Möller, K., Sünker, H. (Hrsg.): Jugend - Staat - Gewalt. Politische Sozialisation von Jugendlichen, Jugendpolitik und politische Bildung, Weinheim, München 1989
- Sloterdijk, P.: Kritik der zynischen Vernunft, Frankfurt/Main, Wien 1983, S. 221
- Zinnecker, J.: Die Schule als Hinterbühne oder Nachrichten aus dem Unterleben der Schüler, in: Reinert, G.-B., Zinnecker, J. (Hrsg.): Schüler im Schulbetrieb. Berichte und Bilder vom Lernalltag, von Lernpausen und vom Lernen in den Pausen, Reinbeck b. Hamburg, 1978
- Grauer, Jürgen Zinnecker: Schülergewalt. Über unterschlagene und dramatisierte Seiten des Schülerlebens, ebenda, S. 289 ff und S. 312
- 2 Peter Sloterdijk über die „Macht der Unteren“: Eine Ebene, „auf der die Unteren Möglichkeiten des Eigenwillens probieren, ist die Subversion, eigenwillige Praxis im Sinne halber Freiheiten, die die Gesetze dehnen.“, Sloterdijk: Kritik der zynischen Vernunft, Frankfurt/Main, Wien 1983, S. 221
- 3 siehe hierzu und zum folgenden: Ulrich Beck: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt/Main 1986, S. 205 ff, desweiteren: Wilhelm Heitmeyer: Jugend, Staat und Gewalt in der politischen Risikogesellschaft, in: Heitmeyer, W., Möller, K., Sünker, H. (Hrsg.): Jugend - Staat - Gewalt. Politische Sozialisation von Jugendlichen, Jugendpolitik und politische Bildung, Weinheim, München 1989 und Landesinstitut für Schule und Weiterbildung (Hrsg.): Jugend und Erziehung am Ende der achtziger Jahre. Soester Symposium 1988. Referate und Beiträge, Soest 1989, insbesondere die Beiträge von Heinz-Hermann Krüger, Wilhelm Heitmeyer und Fritz Bohnsack
- 4 vgl. Beck, a.a.O., S. 157 f
- 5 Qualifikation 5, Richtlinien für den Politikunterricht, Kultusminister des Landes NW, Düsseldorf, 3. Auflage 1987, S. 23
- 6 vgl. hierzu und zum folgenden: Reinert/Zinnecker, a.a.O., S. 31 f und S. 282 ff und Heinz Schirp: Gewaltverhältnisse in der Schule? Ursachen und Effekte institutioneller Zwänge und Strukturen, in: Heitmeyer, W., Möller, K., Sünker, H., a.a.O., S. 125 f
- 7 Richtlinien Politik, a.a.O., S. 17 ff
- 8 Dies beschreibt allerdings lediglich einen zentralen Fokus; desweiteren ist von Interesse, ob und wie „Dilemmadiskussionen“ helfen können, bspw. dialogische Kompetenzen (z.B. Verbesserung der Transaktivität) oder die Sensibilität für moralische Implikationen sozialer Konflikte zu verbessern. Darüber hinaus wird erprobt, wie moralische Diskussionen in die Unterrichtsarbeit integriert werden können, so daß nicht der Fachunterricht für solche Reflexionen funktionalisiert, sondern umgekehrt, diese einer kritischen Analyse und begründeten Beurteilung von Unterrichtsgegenständen dienen können.
- 9 Fritz Oser: Die gerechte Gemeinschaft und die Demokratisierung der Schulwelt: der Kohlberg'sche Ansatz, eine Herausforderung für die Erziehung, in: Vierteljahresschrift für wissenschaftliche Pädagogik, 88, Heft 1, S. 63
- 10 vgl. Sibylle Reinhardt: Das pädagogische Problem der Disziplin in pädagogischer Sicht, in: DDS 1/87, S. 48
- 11 Fritz Oser: Möglichkeiten und Grenzen der Anwendung des Kohlberg'schen Konzepts der moralischen Erziehung in unseren Schulen, in: Lind, G., Raschert, J. (Hrsg.): Moralische Urteilsfähigkeit. Eine Auseinandersetzung mit Lawrence Kohlberg, Weinheim, Basel 1987, S. 46
- 12 vgl. z.B. Oser: Gerechte Gemeinschaft, a.a.O., S. 66f; Er stellt so bspw. das „Prinzip der je größeren Identifikation durch Partizipation“ als ein Kernelement der Just Community heraus.
- 13 vgl. z.B. Achim Leschinsky: Warnungen vor neuen Enttäuschungen - Strukturelle Hindernisse für eine Schule der gerechten Gemeinschaft, DDS, 1/87, S. 32 f und S. 35f
- 14 Sloterdijk, a.a.O. S. 46
- 15 Sie greift damit den hier von Sloterdijk charakterisierten Kernaspekt der Aufklärung auf. Ebenda, S. 48
- 16 ebenda, S. 47 und S. 49

der Konsens- bzw. Meinungsbildung und Möglichkeiten der Umsetzung sollen, da sie zu realen Konsequenzen führen, wirklich erprobt und verbessert werden können.

Grenzen sind allerdings gesetzt, wenn Schule sich nicht ihres pädagogischen Auftrages begeben will; die Funktionsfähigkeit der Institution muß entsprechend der an sie delegierten Aufgaben gewährleistet bleiben. Wird die Perspektive über den Rahmen der einzelnen Schule erweitert, so ist evident, daß die völlige Selbstbestimmung jeder Schule undemokratisch wäre. Legitime gesellschaftliche Anforderungen und Interessen an dem, was in der Institution geschieht und vermittelt wird, würden ausgeschlossen und eine demokratische Kontrolle verhindert.

Zwei Aufgabenstellungen ergeben sich hieraus: Es müssen vertretbare Entscheidungs- und Handlungsspielräume für die Just Communities gefunden werden, und darüber hinaus muß nach Möglichkeiten gesucht werden, die basisdemokratischen Elemente in die übergreifend gegebenen repräsentativ-demokratischen Strukturen zu integrieren.

Die Themenwahl stellt sich auf diesem Hintergrund als das zentrale Problem der Just Community dar. Das Interesse der SchülerInnen an einer Mitgestaltung hängt entscheidend davon ab, welchen Handlungs- und Regelungsbedarf sie selbst bei einer Sache sehen. Wirklich interessierende Themen sind häufig genau die Fragen und Problemstellungen, die persönlichkeits-, schul- und versicherungsrechtliche Fragen berühren und damit nicht der Entscheidungskompetenz der Just Community überantwortet werden können.

Unproblematisch sind Konflikte der SchülerInnen untereinander: Gewalt in der Schule, Diebstahl, der Umgang der größeren mit den kleineren SchülerInnen sind Probleme, die auch die LehrerInnen gerne besser und selbstverantwortlicher geregelt sähen. Gefordert sind die LehrerInnen wenn z.B. die aus der Sicht der SchülerInnen ungerechten Pausenregelungen angesprochen werden; die LehrerInnen dürfen im warmen Lehrzimmer Kaffee trinken, während die SchülerInnen bei Wind und Wetter das Gebäude verlassen müssen. Ist das gerecht, wie läßt sich das begründen, welche Alternativen gibt es? - Fragen einer Just Community, die die Legitimität

ungleicher Behandlung in Frage stellen und, falls sie wirklich ernstgenommen werden und keine die Mehrheit überzeugenden Begründungen vorgebracht werden können, zu recht einschneidenden Problemen für die LehrerInnen führen können.

Ein für die SchülerInnen in der Regel zentrales Problem sind einzelne LehrerInnen, durch die sie sich drangsaliert und ungerecht behandelt fühlen oder deren Unterricht und Umgangsformen sie nicht länger widerstandslos hinnehmen wollen. Der oben reklamierte Schutz der Persönlichkeit muß jedoch auch hier greifen, so daß ein Tribunal, zu dem eine Just Community zu diesem Thema zweifellos würde, nicht zugelassen werden kann. Die Restriktionen bei der Themenwahl und die Beschränkung auf die eigenen Angelegenheiten schaffen Frustrationen und können sich kontraproduktiv auswirken. Hier zeigt sich, daß eine kleine basisdemokratische Einheit, die lediglich ihre eigenen Konflikte selbst regeln darf, in der Tat eine „Spielwiese“ darstellt. Eine demokratische „Schulpolitik“, eine wirklich die relevanten Konflikte und Regelungen gestaltende Einflußnahme, ist auf dieser Basis allein kaum möglich.

Selbstbestimmung und Integration

Eine Lösung könnte z.B. in der Ausweitung auf alle Jahrgangsstufen liegen. Wenn alle LehrerInnen und SchülerInnen einbezogen würden, könnten zumindest die „inneren Angelegenheiten“ der gesamten Schule Gegenstand der basisdemokratischen Entscheidungsprozesse werden. Es zeigt sich jedoch, daß sich die Gemeinschaftssitzungen mit zunehmender Größe qualitativ verändern: Der offene Diskurs nicht nur über Verfahren und praktische Regelungen, sondern auch und gerade über die Fairneß, die Gerechtigkeit und die Verallgemeinerbarkeit anvisierter Lösungen ist nicht mehr möglich. Empathie und individuelle Verantwortlichkeit gehen in der Anonymität der großen Zahl unter, der eigene Beitrag in der Diskussion und bei der Stimmabgabe verliert an Gewicht. Damit transformiert die Just Community zu einer durch Verfahrensabstimmungen und Geschäftsordnungsanträge geprägten „output“-orientierten Vollversammlung.

Sinnvoller scheint ein anderer Weg zu sein. Jede Jahrgangsstufe hat ihre Just Community, in der die eigenen Angelegenheiten diskutiert und geregelt werden. Themen, die über den Bereich des jeweiligen Jahrgangs hinaus von Belang sind, können zwar diskutiert werden, eine Regelung kann allerdings nicht von einer Just Community allein beschlossen werden, sondern muß dann den anderen Just Communities weitergegeben werden.

Um eine gemeinsame Entscheidungsfindung zu ermöglichen, bedarf dieses Modell der Ergänzung durch ein Gremium, in dem VertreterInnen aller Jahrgangversammlungen sich austauschen und abschließend entscheiden können. Während an den Just Communities alle teilhaben, werden in dieses Gremium Delegierte entsandt, die die Argumente ihrer Community einbringen, letztlich jedoch auf der Grundlage der im Delegiertengremium stattfindenden Diskussion entscheiden können. Weicht diese Entscheidung von dem Mehrheitsvotum der eigenen Gruppe ab, müßte dies selbstverständlich der Just Community erläutert und begründet werden.

Konkurrenzunternehmen zur SchülerInnenvertretung?

Die Situation der SV ist an nahezu allen Schulen desolat; die große Mehrheit der SchülerInnen steht dem Engagement der SchülerInnenvertretung desinteressiert gegenüber. Nur in den seltensten Fällen kann die SV auf einen ihre Verhandlungsposition stärkenden Druck „von unten“ oder wenigstens auf einen Rückhalt in der SchülerInnenenschaft verweisen. Auf diesem Hintergrund verwundert es nicht, daß die SV in der Etablierung von Just Communities anfänglich eine weitere Gefährdung ihrer Position sah. Dies hat an den Schulen zu zahlreichen Versuchen geführt, die SchülerInnenvertretung stärker einzubeziehen. So haben SV-VertreterInnen das Recht, an allen Just Communities teilzunehmen und ihre Perspektiven und Positionen einzubringen. Des weiteren ist die SV die Ansprechpartnerin für das „Fairneßkomitee“, wenn es um die Umsetzung bestimmter Beschlüsse geht, die nicht allein auf der Ebene der Selbstverpflichtung der Community-Teilneh-

merInnen liegen. Empfehlungen und Anregungen der Just Community, die die gesamte Schule betreffen, werden an die SV übergeben, um dann in die entsprechenden Gremien eingebracht zu werden.

Die partizipatorisch-basisdemokratische Ebene kann auf diese Weise der SV den nötigen Rückhalt gegenüber der Schulleitung, der LehrerInnenkonferenz, der Schulkonferenz oder den Fachkonferenzen geben. Andererseits können die Just Communities die notwendige An- bzw. Einbindung in die übergreifende repräsentativ-demokratische Struktur über die SV erhalten.

Diese Integration der Just Community bedeutet gewisse Veränderungen ihrer qualitativen Substanz. Schulpolitik, Verfahrensüberlegungen, Durchsetzungsmöglichkeiten und Strategien sowie die Delegation der praktischen Umsetzung mancher Beschlüsse an den SchülerInnenrat und die SV überlagern zunehmend Fairneßdiskussionen, Selbstverpflichtung und eigene Verantwortungsübernahme.

Es wird dadurch unmittelbar erfahrbar, daß demokratisches Engagement und praktische Politik mit institutionellen Strukturen, mit Machtverteilung und hindernden Rahmenbedingungen zu kämpfen haben, daß „es nirgendwo kampfflos zu besetzende Wahrheiten gibt, und ... jede Erkenntnis ihren Ort im Gefüge von Vormächten und Gegenmächten wählen muß“.¹⁴

Die Just Community deformiert damit jedoch noch nicht zum bloßen „taktischen Komplex“. Sie unterscheidet sich weiterhin durch die prinzipielle Möglichkeit aller, an der Diskussion unmittelbar teilzunehmen und durch ihren diskursiven Anspruch von einem primär auf politische Effektivität ausgerichteten Gremium. Sie versucht - wo immer möglich -, der „kontrafaktischen Unterstellung der Durchsetzung des besseren Arguments“ und dem „machtlos erzwungenen Beitritt zu den stärkeren Begründungen“¹⁵ zu folgen.

Ihre zentrale Aufgabe in diesem Modell einer Demokratisierung von Schule besteht zum einen darin, einen breiten Diskurs zu ermöglichen, zum anderen in der moralischen Reflexion von Entscheidungen, Verfahren und angestrebten Maßnahmen.

In Analogie zur Just Community noch einmal Sloterdijk zur Aufklärung: „Einer

ihrer Pole ist Vernunft, der andere das freie Gespräch der um Vernunft Bemühten. Ihr methodischer Kern und ihr moralisches Ideal zugleich ist der freiwillige Konsensus. ... Damit trägt die Aufklärung ... eine utopische Urszene in sich - ein erkenntnistheoretisches Friedensidyll, eine schöne, akademische Vision: die des freien Dialogs der an Erkenntnis zwanglos Interessierten. Daß die Wirklichkeit anders aussieht, wird niemanden überraschen. In der Konfrontation ... mit vorausgehenden Bewußtseinspositionen geht es um alles andere als Wahrheit: um Vormachtstellungen, Klasseninteressen, Schulpositionen, Wunschsetzungen, Leidenschaften und um die Verteidigung von Identitäten.“¹⁶

Die Demokratisierung von Schule erfordert, sich auf dieses wahrlich nicht immer faire Ringen einzulassen. Es wäre im Sinne der politischen Bildung fatal, wenn die Just Community sich auf das kontrafaktische Idyll beschränken würde. Die Einbindung in die Gesamtstruktur, in die mühsame Arbeit von SchülerInnenpolitik und in die oft frustrierend wirkungslosen Versuche, die starre, stark reglementierte Institution „Schule“ mit zugestalteten oder gar zu verändern, ermöglicht gerade durch die Kombination politisch utopischer Konsens- und Diskursorientierung der Just Community mit dem strategisch-politischen Kalkül der Gremienarbeit vielfältige Lernprozesse.

Die Integration basisdemokratisch-partizipatorischer und repräsentativer Formen eröffnet die Chance, moralisch reflektierter und begründeter, aber auch effektiverer Mitgestaltung von Schule, die so nicht mehr primär als ein entfremdender Lernort, sondern auch als ein Stück mehr gestaltbare Lebenswelt wahrgenommen werden kann. Schule kann damit ihren Beitrag zu mehr Verantwortungsbewußtsein, Orientierung und solidarischem Engagement leisten, statt larmoyant wachsende Defizite zu beklagen. „Einen so schlimmen Jahrgang hatten wir noch nie!“ - Wirklich? Oder wird nicht vielmehr immer deutlicher, daß pädagogische Konzepte und schulorganisatorische Formen keine Konstanten in einer sich wandelnden Welt sein dürfen?

spw

15 Jahre

SOZIALIST

Zeitschrift marxistischer Sozialdemokraten/Innen

Jetzt zum Kennenlernen:
15 Hefte aus 15 Jahren
zum Preis eines Jahresabos
von nur DM 21,00

solange Vorrat reicht!

Ich bestelle die 15 Sozialist-Ausgaben

Name _____

Strasse _____

PLZ-Ort _____

Bitte DM 21,00 beilegen
(Briefmarken oder V-Scheck)

Bestellcoupon ausfüllen, ausschneiden
und einwerfen an:
SOZIALIST
Im Kärzchen 10
3400 Göttingen

Ich abonniere SPW ab sofort/ab Heft SPW erscheint in sechs Heften mit einem Gesamtumfang von ca. 360 Seiten. Die Kündigung des Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist nur zum Jahresende möglich. Jahresabo: Inland DM 51,-; Ausland DM 54,- (incl. Versand). SPW kann jahrgangsweise auch rückwirkend abonniert werden.

- zum Normalpreis DM 51,-
 zum ermäßigten Preis DM 42,-
 zum Auslandspreis DM 54,-

Hiermit erteile ich dem SPW-Verlag gleichzeitig eine Einzugsermächtigung für die Abbuchung des Abo-Betrags von meinem Konto.

Ich wünsche eine Rechnung

Konto-Nummer Bankleitzahl

Bankverbindung

Name (in Druckbuchstaben) Geburtsdatum

Straße und Hausnummer

PLZ Wohnort

Datum/Unterschrift

Diese Bestellung kann innerhalb einer Woche schriftlich widerrufen werden (Poststempel). Erfolgt innerhalb dieser Frist kein Widerruf, ist ein wirksamer Vertrag zustande gekommen. Ich bestätige hiermit, über mein Widerrufsrecht entsprechend dem Abzahlungsgesetz (§ 1b, Abs. 1) in Kenntnis gesetzt worden zu sein.

Datum/Unterschrift

(Achtung! Zwei Unterschriften bitte, damit wir die Bestellung zügig bearbeiten können!)

PRÄMIE

Ich habe spw bereits abonniert oder diese/n Abonnenten/in gewonnen. Ich möchte gerne die Buchprämie

Nr.
 Die Prämie steht mir zu, sobald die Abo-Gebühren beim Verlag eingegangen sind.

Name (in Druckbuchstaben)

Straße und Hausnummer

PLZ Wohnort

Datum/Unterschrift

3. 4.

Kohl-Zeit
 Ein Kauderwelsch von Deutschland

5.

MEMORANDUM 91
 Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik
 Gegen Massenarbeitslosigkeit und Chaos
 Aufbauplan für Ostdeutschland

Sozialismus im Westen
 Detlev Albers

spw Hefte 1 bis 51 sind sämtlich noch lieferbar:

- Hefte 1-29 für AbonnentInnen zu je 5,- DM
 Hefte 30-50 für AbonnentInnen zu je 7,50 DM

Ich bestelle

- gegen Rechnung
 durch Vorkasse
 mit Verrechnungsscheck
- Expl. Josef Hindels, Marxismus u. Gegenwart
 Expl. Frauenbilder
 Expl. Kapitalistische Krise
 Expl. Herforder Thesen
 Expl. Linke Sozialdemokraten ? ...
 Expl. Sozialismus der Zukunft
 Expl. Projekt Moderner Sozialismus. 53 Thesen

spw Heft Nr.

Name, Vorname

Straße und Hausnummer

PLZ und Ort

Datum und Unterschrift

Geschichte wird gemacht, spw war dabei.

spw 39 bis spw 50 zum Sonderpreis von 60,- DM (incl. Versand).

Ich bestelle

- Ich habe einen Verrechnungsscheck beigelegt
 Ich wünsche eine Rechnung

Name, Vorname

Straße und Hausnummer

PLZ und Ort

Datum und Unterschrift

WEITERHIN

LIEFERBAR AUS UNSEREM VERLAGSPROGRAMM

Josef Hindels MARXISMUS UND GEGENWART

2. Auflage 1985, 146 Seiten, Ladenpreis 9,- DM, für AbonnentInnen 6,- DM, bei Abnahme von min. 10 Expl. 5,- DM je Stück. Für die Schulungsarbeit erprobt und bestens geeignet!

FRAUENBILDER: Die weibliche Wirklichkeit ist anders

(Hrsg. von den JungsozialistInnen Berlin), 80 Seiten mit Fotos, Ergebnisse des Fotowettbewerbs der Berliner JUSOS, Ladenpreis 19,80 DM, für AbonnentInnen 15,- DM

KAPITALISTISCHE KRISE UND STRATEGIEN DER EUROLINKEN

Fragen einer sozialistischen Politik in Westeuropa, hrsg. von Detlev Albers, Josef Cap, Jean-Pierre Chevènement und Pietro Ingrao, mit Beiträgen von AutorInnen aus der gesamten westeurop. Linken, 160 S., Ladenpreis 21,50 DM, für AbonnentInnen 12,- DM

HERFORDER THESEN. Zur Arbeit von Marxisten in der SPD

2. überarbeitete Ausgabe 1981, hrsg. vom Vorstand der JUSOS Ostwestfalen-Lippe, Ladenpreis 8,- DM, für AbonnentInnen 5,- DM. Die Herforder Thesen waren Anfang der achtziger Jahre die grundlegende Positionsbestimmung marxistischer Kräfte innerhalb der Sozialdemokratie, die dabei an die marxistischen Traditionen in der hiesigen wie der internationalen Sozialdemokratie anknüpfen.

LINKE SOZIALDEMOKRATEN & BUNDESREPUBLIKANISCHE LINKE.

Diskussion am Beispiel der Herforder Thesen
 Hrsg. von Detlev Albers u.a., mit Beiträgen v. Wolfgang Abendroth, Rudolf Bahro, Joachim Bischoff u.a., Ladenpreis 10,80 DM, für AbonnentInnen 8,- DM.

SOZIALISMUS DER ZUKUNFT. Grundlagen für das neue Programm der SPD

Hrsg. v. D. Albers, F. Heidenreich, H. Lienker u. Kurt Neumann, mit Beiträgen von Dieter Dehm, Jürgen Egert, Katrin Fuchs u.a., 185 S., Ladenpreis 17,50 DM, für AbonnentInnen 15,- DM. WissenschaftlerInnen und PolitikerInnen, Ökonomen und Politologen, Abgeordnete aus Bundestag und Europäischem Parlament, skizzieren Ziele und Wege sozialdemokratischer Politik auf lange Frist.

PROJEKT MODERNER SOZIALISMUS. 53 Thesen

Hrsg. von Susi Möbbeck, Fiete Saß und Birgit Zoerner, Ladenpreis 8,- DM, für AbonnentInnen 7,- DM. Marxistische Jusos in der SPD haben Bausteine für eine Analyse unserer Zeit und eine moderne sozialistische Strategie formuliert. Aus dem Inhalt: Welt im Umbruch; Ökonomische Regulierung; Veränderung von Arbeits- und Lebensweise; Entwicklung des politischen Systems; Reform und Revolution heute; Bündnis von Arbeit, Wissenschaft und Kultur; Perspektiven des modernen Sozialismus.

Anzeige

„ein neues linkes Wochenblatt ohne Enge...“
Der Morgen, Berlin

„...Forum für die linke Intelligenz in Ost und West...“
WOZ, Zürich

„...die übellaunige Sicht aufgeklärter Hochschulabsolventen und Magazinleser...“
Frankfurter Allgemeine Zeitung

„...deutsch-deutscher Annäherungsversuch...“
die tageszeitung

„...aber bestimmt keine deutsch-deutsche Vereinnahmung.“
Prinz Berlin

Freitag

Die Ost-West-Wochenzeitung

Ich möchte den FREITAG kennenlernen...

...und bestelle 12 Ausgaben als Test-Abo für DM 20,- (nur Vorkasse: bar, Scheck, Briefmarken). Als Begrüßungsgeschenk erhalte ich ein FREITAG-Feuerzeug.

Name, Vorname

Straße

PLZ/Ort

Datum/Unterschrift

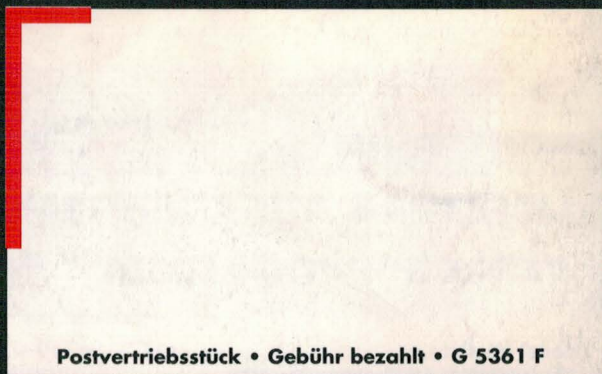
Vertrauensgarantie: Diese Bestellung kann ich innerhalb einer Woche beim Vertrieb FREITAG widerrufen. Das Probeabo wandelt sich nicht automatisch um.

Datum/Unterschrift

Vertrieb FREITAG · Postfach 360 520
 W-1000 Berlin 36 · Tel. 030 / 65 005-213

In den nächsten
Heften u.a.:

- **Ökologie:
Produktions- und
Konsummodell**
- **Zukunft der
Sozialdemokratie**
- **Neuer
Internationalismus**



Postvertriebsstück • Gebühr bezahlt • G 5361 F

**spw
abonnieren!
AbonnentInnen
werben!**

Wer jetzt **spw** abonniert
oder ein neues ABO wirbt, erhält als
Dankeschön eine **Werbeprämie**
nach eigener Wahl!

Das aktuelle Angebot
befindet sich
auf Seite 58.

spw

- **das Magazin
der sozial-
demokratischen Linken,**
- **das Magazin
für einen
sozialistischen Dialog.**